

# Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK) 2019

## KLIMASCHUTZ MITWIRKUNG

Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie-  
und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK)



## ERGEBNISSE AUS DEM THEMENBEREICH WÄRME



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Inhalt

Einleitung.....	1
Erläuterung zum Dokument .....	2
Abkürzungsverzeichnis .....	5
I. Neue Maßnahmenvorschläge .....	6
II. Bestehende Maßnahmenvorschläge .....	29
1. Handlungsfeld: Kommunale Wärmepläne/Energiepläne.....	29
2. Handlungsfeld: Energiesparen im Neubau und bei der Sanierung privater Gebäude .....	48
3. Handlungsfeld: Netzgestützte Wärmeversorgung.....	80
4. Handlungsfeld: Effiziente Wohnraumnutzung.....	95

# Einleitung

Mit der Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes (IEKK) werden in Baden-Württemberg Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, die auf viele Lebensbereiche einwirken. Deshalb hatte die Landesregierung Bürgerinnen und Bürger, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, verschiedenen Gruppen, Instituten und Interessensvertretungen dazu eingeladen, sich im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung an der Weiterentwicklung des IEKK zu beteiligen. Von Mitte Mai bis Ende Juli 2019 haben sich viele Bürgerinnen und Bürger online und persönlich an den Bürger- und Verbändetischen eingebracht. Von Anfang an hat die Verwaltung des Landes Baden-Württemberg etwa 170 Maßnahmen für ein neues IEKK vorgeschlagen, die jedoch alle als Entwurf zur Debatte standen. Ziel der frühen Einbeziehung von Bürgerinnen, Bürgern, Verbändevertreterinnen und Verbändevertretern war es, wertvolle Hinweise zur Ausgestaltung, Ergänzung und Anpassung dieser Maßnahmenvorschläge zu erhalten. Besonders interessant sind daneben neue Vorschläge, die aus der Bürgerschaft oder von Interessensgruppen eingebracht wurden. Die zu diskutierenden Themen waren unterteilt in die Themenfelder Strom, Verkehr, Wärme, Industrie und Stoffströme, Land- und Forstwirtschaft/Landnutzung und Querschnitt. Die Teilnehmenden haben die vorgeschlagenen Maßnahmentexte bewertet, Verbesserungsvorschläge formuliert und gemeinsam auch neue Maßnahmen entwickelt.

All diese Kommentare und Vorschläge wurden gesammelt, thematisch sortiert und in Dokumenten zusammengefasst, um mit den Ergebnissen weiterarbeiten zu können. Im folgenden Dokument finden Sie alle Kommentare, Bewertungen und Vorschläge zum Themenfeld Wärme, die bei uns im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangen sind.

Die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung werden nun von den Ministerien des Landes gesichtet und geprüft. Vorschläge für Veränderungen der Maßnahmentexte und für neue Maßnahmen werden zwischen den Ministerien diskutiert. Dieser Prozess durchläuft mehrere Abstimmungsrunden in der Verwaltung. In den Entwurf fließen im Rahmen dieser Abstimmungen auch Begleittexte und Formulierungen für Ziele und Indikatoren zur Messung des Fortschritts bei Energiewende und Klimaschutz in Baden-Württemberg ein. Sobald ein Entwurf entwickelt worden sein wird, wird die offizielle Verbändeanhörung folgen, bei der den Verbänden die Gelegenheit gegeben wird, zu diesem ersten Entwurf Stellung zu nehmen. Dies wird öffentlich bekannt gegeben.

Der finale Entwurf wird dann dem Landtag zur Stellungnahme vorgelegt und abschließend durch die Landesregierung beschlossen. Im Sommer 2020 soll das Land Baden-Württemberg ein neues Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für den Zeitraum bis 2030 vorliegen haben.

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich mit den vorliegenden Dokumenten einen Überblick über die verschiedenen Argumente und Meinungen zu verschaffen, oder werfen Sie nur einen kurzen Blick auf vereinzelte Maßnahmenvorschläge und die Kommentare dazu. Denn gerade in der Vielfalt der Kommentierungen aus Bürger-, Verbände- und Jugendbeteiligung liegt die Stärke der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes Baden-Württemberg.

# Erläuterung zum Dokument

Im folgenden Dokument finden Sie sowohl die Maßnahmenentwürfe aus den Ministerien des Landes Baden-Württemberg als auch Maßnahmenvorschläge, die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gänzlich neu eingebracht wurden.

## NEUE MASSNAHMEN

Sowohl über die Online-Beteiligung als auch an den Bürger- und Verbändetischen und während der Jugendbeteiligung konnten neue Maßnahmenvorschläge eingebracht werden. Bei diesen Veranstaltungen war es auch möglich, die neuen Vorschläge direkt zu kommentieren. Bewertet werden konnte dabei, ob die Maßnahme als sinnvoll erachtet wird, und ob man die Maßnahme als notwendig erachtet und diese auf jeden Fall (ggf. per Gesetz) umgesetzt werden sollte, auch dann wenn sich viele beschweren. Als drittes wurde abgefragt, ob man persönlich in seinem Umfeld dabei unterstützen möchte, dass die Maßnahme erfolgreich wird. Die Maßnahmenvorschläge sowie deren Bewertung durch die Teilnehmenden vor Ort sind jeweils in einzelnen Tabellen dargestellt. Im folgenden sehen Sie eine Übersicht einer solchen Tabelle mit einer Beschreibung der Inhalte.

The image shows a screenshot of a document interface for a measure proposal. It includes several callout boxes explaining different parts of the interface:

- Top Left (Red box):** Maßnahmennummer und Angabe, ob der Vorschlag aus der Online-, Bürger-, Verbände- oder Jugendbeteiligung stammt.
- Top Center (Black box):** Beschreibung der Maßnahme durch den Autor / die Autorin.
- Top Left (Red box):** WÄ\_N51 (Quelle: Bürgertisch)
- Center (Yellow box):** Neu zu erschließende Baugebiete müssen bereits im Vorfeld für die Nutzung von erneuerbaren Energien bzw. Photovoltaikanlagen geplant werden. Ausschreibungen müssen bereits dahingehend formuliert werden.
- Right (Blue box):** Kommentare der Teilnehmenden, die entweder persönlich dem Vorschlag zugeordnet oder im Plenum diskutiert wurden. Bei der Online-Beteiligung war eine direkte Kommentierung nicht möglich.
- Bottom (Blue box):** Bewertung durch die Teilnehmenden. Mit Klebepunkten konnten die Teilnehmenden bei den Bürger- und Verbändetischen die drei genannten Aussagen beantworten. Nicht geklebte Punkte wurden dabei als Enthaltung gewertet.

The main interface content includes:

- Section Header:** Bewertung durch Teilnehmende
- Section Header:** Kommentare vor Ort
- Comment:**
  - Der Bebauungsplan sollte vorschriftsgemäß CO2- neutral sein
- Section Header:** Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)
- Table:**

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span style="width: 13px; height: 10px; background-color: #4CAF50;"></span> <span style="width: 8px; height: 10px; background-color: #9E9E9E;"></span> </div>	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span style="width: 9px; height: 10px; background-color: #4CAF50;"></span> <span style="width: 12px; height: 10px; background-color: #9E9E9E;"></span> </div>	<div style="width: 21px; height: 10px; background-color: #9E9E9E;"></div>	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

# BESTEHENDE MASSNAHMEN

Die bestehenden Maßnahmenvorschläge konnten in den verschiedenen Beteiligungsformaten bewertet werden. Die Darstellung der bestehenden Maßnahmen und deren Bewertung ist in mehrere Tabellen aufgeteilt.

Dabei können Sie unter *Ausschließlich wertende Kommentare* erkennen, wie viele Kommentare die Maßnahme schlicht als positiv oder negativ bewerten. Zusätzlich konnte abgestimmt werden, ob die Maßnahme als sinnvoll erachtet wird, und ob man die Maßnahme als notwendig erachtet und diese auf jeden Fall (ggf. per Gesetz) umgesetzt werden sollte, auch dann wenn sich viele beschweren. Als drittes wurde abgefragt, ob man persönlich in seinem Umfeld dabei unterstützen möchte, dass die Maßnahme erfolgreich wird.

Im Folgenden sehen Sie eine Übersicht solcher Tabellen mit einer Beschreibung der Inhalte.

Maßnahmennummer und -titel.

Maßnahmentext.

<b>M01</b>	<b>Flankieren und Umsetzen des Kohleausstiegs im Land</b>
<p>Für die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Ziele in der Stromerzeugung ist der Ausstieg aus der bundesweiten Kohlenutzung erforderlich. Dabei setzt sich das Land für die Umsetzung des Kohleausstiegs parallel zum Kernenergieausstieg bei unverändert hohem Niveau der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit ein.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Begleitung des Strukturwandels an den Kraftwerkstandorten</li> <li>• Runder Tisch mit Kraftwerksbetreibern</li> <li>• Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung lokalspezifischer Alternativkonzepte auch im Bereich Wärme</li> </ul>	
Wenn Sie an der Einordnung Maßnahmenkatalog nachgele...	

Hier kann die Gesamtzahl der eingesendeten Kommentare zur entsprechenden Maßnahme und deren Verteilung auf die Beteiligungsformate abgelesen werden.

A	In Zahlen															
Gesamtanzahl Kommentare: 155																
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 25%;">Bürgerbeteiligung</th> <th style="width: 25%;">Verbände<b>b</b>eteiligung</th> <th style="width: 25%;">Jugendbeteiligung</th> <th style="width: 25%;">Onlinebeteiligung</th> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Anzahl Kommentare</td> <td style="text-align: center;">5</td> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">146</td> </tr> </table>	Bürgerbeteiligung	Verbände <b>b</b> eteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung	Anzahl Kommentare	5	2	2	146						
Bürgerbeteiligung	Verbände <b>b</b> eteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung													
Anzahl Kommentare	5	2	2	146												
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)																
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 20%;">Anzahl</th> <th style="width: 80%;">Auswahl</th> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">2</td> <td>Die vorgeschlagenen Instrumente scheinen mir ausreichend. Ausstieg um jeden Preis. Schnellstmöglich!</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">0</td> <td></td> </tr> </table>	Anzahl	Auswahl	2	Die vorgeschlagenen Instrumente scheinen mir ausreichend. Ausstieg um jeden Preis. Schnellstmöglich!	0										
Anzahl	Auswahl															
2	Die vorgeschlagenen Instrumente scheinen mir ausreichend. Ausstieg um jeden Preis. Schnellstmöglich!															
0																
Es werden Kommentare gezählt, die lediglich wertend (Zustimmung/Ablehnung), ohne Begründungszusammenhang oder Kommentar, sind. Unter „Auswahl“ wird eine Auswahl der Formulierungen zur Illustration gegeben.																
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)																
Angaben = Häufigkeit der Nennung																
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 33%;">Zustimmung</th> <th style="width: 33%;">Ablehnung</th> <th style="width: 33%;">Enthaltung</th> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Bürgerbeteiligung (n=17)</td> <td style="text-align: center;">Verbände<b>b</b>eteiligung (n=19)</td> <td style="text-align: center;">Jugendbeteiligung (n=26)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">15</td> <td style="text-align: center;">14</td> <td style="text-align: center;">13</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">3</td> <td style="text-align: center;">1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">12</td> </tr> </table>	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Bürgerbeteiligung (n=17)	Verbände <b>b</b> eteiligung (n=19)	Jugendbeteiligung (n=26)	15	14	13	1	3	1	1	2	12
Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung														
Bürgerbeteiligung (n=17)	Verbände <b>b</b> eteiligung (n=19)	Jugendbeteiligung (n=26)														
15	14	13														
1	3	1														
1	2	12														
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 33%;">Zustimmung</th> <th style="width: 33%;">Ablehnung</th> <th style="width: 33%;">Enthaltung</th> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">14</td> <td style="text-align: center;">13</td> <td style="text-align: center;">13</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">3</td> <td style="text-align: center;">1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">3</td> <td style="text-align: center;">12</td> </tr> </table>	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	14	13	13	1	3	1	2	3	12			
Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung														
14	13	13														
1	3	1														
2	3	12														
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 33%;">Zustimmung</th> <th style="width: 33%;">Ablehnung</th> <th style="width: 33%;">Enthaltung</th> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">5</td> <td style="text-align: center;">12</td> <td style="text-align: center;">13</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">4</td> <td style="text-align: center;">6</td> <td style="text-align: center;">1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">8</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">12</td> </tr> </table>	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	5	12	13	4	6	1	8	1	12			
Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung														
5	12	13														
4	6	1														
8	1	12														
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 33%;">Zustimmung</th> <th style="width: 33%;">Ablehnung</th> <th style="width: 33%;">Enthaltung</th> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> </tr> </table>	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	0	0	0									
Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung														
0	0	0														
Die Maßnahme ist unklar																
Bewertung durch die Teilnehmenden. Mit Klebepunkten konnten die Teilnehmenden bei den Bürger- und Verbändetischen und der Jugendbeteiligung die vier genannten Aussagen beantworten. Nicht geklebte Punkte wurden dabei als Enthaltung gewertet.																

## KOMMENTARE ZU BESTEHENDEN MASSNAHMEN

Im Tabellenteil B sind sämtliche Kommentare aus der Öffentlichkeitsbeteiligung dargestellt. Diese wurden zunächst in vier Kategorien vorsortiert:

- Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme
- Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme
- Keine wertende Einordnung vorgenommen
- Allgemeine Hinweise

Diese Sortierung wurde zur Orientierung bei der Auswertung und Weiterverarbeitung geschaffen. Sie stellt keine Bewertung der Kommentare dar. Alle eingereichten Kommentare werden bei der Erarbeitung eines neuen IEKK-Entwurfs hinsichtlich ihrer Übernahmemöglichkeit ins IEKK geprüft.

Im Folgenden sehen Sie eine Übersicht solcher Tabellen mit einer Beschreibung der Inhalte.

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die der Maßnahme positiv gegenüberstehen und keine rein wertende Aussagen sind, sondern Begründungszusammenhänge oder Erläuterungen liefern.  
 Trat die Aussage mehrmals auf, werden diese mit der Anzahl der Duplikate angegeben.

Eventuelle Gewichtung des Kommentars durch die Teilnehmenden vor Ort. Damit hatten sie die Möglichkeit, den Kommentar hervorzuheben und bspw. als besonders wichtig oder dringend zu kennzeichnen. Bei der Online-Beteiligung war diese Gewichtung nicht möglich, daher enthält dort die entsprechende Zelle die Angabe „n. a.“  
 Außerdem angegeben ist die Quelle des Kommentars (s. Abkürzungsverzeichnis).

B		Kommentarinhalt	
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M03_001	Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Strombereich soll in erster Linie Aufgabe des Netzbetreibers sein (unter starker Kontrolle der Bundesnetzagentur und Regierung). Dazu soll der Betrieb von Regel- und Speicherkraftwerken (vor allem Gaskraftwerke) an die Netzbetreiber übertragen werden. Dies ist notwendig, da ein Kapazitätsmodell im Hinblick auf die lange Laufzeit eines Gaskraftwerkes große Investitionsrisiken birgt und damit eine Investition im notwendigen Ausmaß sehr unwahrscheinlich,	n. a.	OB

-> Ziel: 2035 100% EE	
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die der Maßnahme negativ gegenüberstehen und keine rein wertende Aussagen sind, sondern Begründungszusammenhänge oder Erläuterungen liefern.  
 Trat die Aussage mehrmals auf, werden diese mit der Anzahl der Duplikate angegeben.

Fixierung der Batterieentwicklung auf Mobilität ist ungenügend	
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die in ihrer Wertung nicht zugeordnet werden konnten oder nicht den Kern der Maßnahme betreffen.

Vollständige Kommunikation der Ergebnisse an die Öffentlichkeit	
<i>Allgemeine Hinweise</i>	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die keine Maßnahme im Speziellen betreffen, sondern allgemeiner Natur sind.

# Abkürzungsverzeichnis

## **BETEILIGUNGSFORMAT**

JB = Jugendbeteiligung  
BB = Bürgerbeteiligung  
OB = Onlinebeteiligung  
VB = Verbände**beteiligung**

## **SEKTOREN**

LW = Landwirtschaft  
ST = Strom  
WÄ = Wärme  
VK = Verkehr  
IS = Industrie- und Stoffströme  
QS = Querschnitt

## **SONSTIGES**

n = Anzahl der am Format beteiligten Personen  
n. a. = keine Angabe

# I. Neue Maßnahmenvorschläge

<b>WÄ_N01</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Im Neubau keine Genehmigung für fossile Heizungen mehr zu erteilen, ist bei der durchschnittlichen Betriebszeit einer Gasheizung und den CO <sub>2</sub> -Einsparungszielen eine absolute Notwendigkeit. Häufig fehlt es den Bauherren nur an umfassenden und korrekten Informationen.
<b>WÄ_N02</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Beim Heizen mit Holz (Biomasse) fehlt eine Abgasgegenüberstellung zu den fossilen Energieträgern (Gas und Heizöl). Die für das Klima schlechten Abgaswerte bei Holz werden nicht publiziert. Da - wie beschrieben - die einheimischen Holzpotentiale bereits weitgehend ausgeschöpft sind, wird in der Praxis Holz aus Osteuropa importiert und dabei ganze Wälder vernichtet. Holzheizungen gehören nicht in Großstädte! Förderung der Holzheizungen durch den Staat sind für das Klima schädlich.
<b>WÄ_N03</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Mit dem Potential in den Abwasserkanälen könnte Studien zufolge etwa 10 - 15 % der kompletten Wärmeenergie erzeugt werden. Das sollte in der neuen Fassung des IEKK in der diesem Wert angemessenen Weise verdeutlicht werden.
<b>WÄ_N04</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Klimaneutral 2035 -Einhalten der 1.5°C Grenze -Bei öffentlichen Ausschreibungen muss Klimaschutz ein wichtiges Kriterium sein -Massentierhaltung einschränken/verbieten -vegane und vegetarische Organisationen fördern -mehr Aufklärung und Bewusstsein schaffen für den Klimawandel -Schulen sollen verpflichtet sein aufzuklären über den Klimawandel und aufzufordern etwas dagegen zu tun -Elektro Autos fördern -Kurstrecken Flüge verbieten -Öffentliche Verkehrsmittel viel günstiger machen, teilweise kostenlos -Fahrradstraßen ausbauen und fördern
<b>WÄ_N05</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Ab 2020 wird eine verpflichtende Schulung für Heizungsinstallateure über erneuerbare Alternativen eingeführt. Diese wird im ausführlichen Maße alle drei Jahre durchgeführt. Jährlich findet eine verkürzte Impuls-Schulung für Heizungsinstallateure statt. In den Schulungen soll der neueste Stand einer klimaneutralen Wärmeversorgung vermittelt werden.

<b>WÄ_N06</b>	<b>Forcierung der Heizungsmodernisierung (Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	<p>In Baden-Württemberg sind über die Hälfte der rund 2 Millionen bestehenden Wärmeerzeuger älter als 20 Jahre und stehen zu einer Sanierung an.</p> <p>Anforderung:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Verbesserte Förderbedingungen, steuerliche Abschreibung</li><li>• Informations- und Motivationskampagne</li></ul>
<b>WÄ_N07</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	<p>Viele der beschriebenen Maßnahmen benötigen eine größere Anzahl an Handwerkern als bisher vorhanden. Daher soll die Stellung der Handwerker verbessert werden. Dies beinhaltet, ist aber nicht limitiert auf, eine Übernahme der Ausbildungskosten, sowie mehr Ausbildungsplätze.</p>
<b>WÄ_N08</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	<p>Es muss eine jährliche Sanierungsrate angestrebt werden, mit der bis 2035 ein klimaneutraler Gebäudebestand möglich ist, d.h. eine Sanierungsrate von ca. 7-10 %.</p>
<b>WÄ_N09</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	<p>Land erstellt einen Sanierungsfahrplan und fördert die Ausbildung von Energie Managern, welche die Beratung und Qualitätssicherung von Sanierungsmaßnahmen übernehmen.</p>
<b>WÄ_N10</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	<p>Die Sektoren Wärme, Strom, Verkehr müssen unter dem Sektor Energie als eins betrachtet werden. Bis 2035 muss eine 100 % erneuerbare Energieversorgung in diesem Sektor erreicht werden.</p>
<b>WÄ_N11</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	<p>Bis Ende 2020: jeder Stadtkreis und Größere Kreisstädte stellen einen Wärmemanager, ein Wohnraummanager und Sanierungslotsen ein. Kleine Kommunen werden durch Förderungen bei Einstellung dieser Manager unterstützt.</p>
<b>WÄ_N12</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	<p>Das Land geht mit gutem Beispiel voran und hat ab spätestens 2030 einen klimaneutralen Gebäudebestand für alle Landesgebäude. Dies wird im GEG festgelegt.</p>

<b>WÄ_N13</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Firmen in den ländlichen Regionen müssen mehr gefördert werden, um die Abwanderung in Städte zu verhindern, die für neuen Wohnraum verantwortlich ist.
<b>WÄ_N14</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Das Land setzt sich auf Bundesebene für ein sofortiges Verkaufsverbot von Öl- und Gasheizungen in Neubauten auszusprechen!
<b>WÄ_N15</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Das Land nutzt seine Möglichkeiten auf Bundeseben um sich für eine angemessene CO2 Steuer (180 Euro pro Tonne CO2 Äquivalente) einzusetzen, um so klimafreundliche Wärmetechnik zu fördern. Außerdem geht das Land mit gutem Beispiel voran und führt diese Steuer selbst ein.
<b>WÄ_N16</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Auf Bundeseben: Abbau von Subventionen auf fossile Wärme-Kraftstoffe bzw. Erhöhung der Steuer auf Heizöl und Gas.
<b>WÄ_N17</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Das Land subventioniert Wärmepumpen mit einer Arbeitszahl von mindestens 5. Nach 1-2 Jahren wird getestet wie gut die Wärmepumpe läuft. Ist diese falsch montiert worden muss – falls möglich nachgerüstet werden – oder Subventionen teilweise zurückgezahlt werden. Das Land setzt sich auf Bundeseben dafür ein, dass die Bundesebene dies genauso handhabt.
<b>WÄ_N18</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Keine Deckelung für Wärmeförderung des Landes.
<b>WÄ_N19</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Es wird eine öffentlichkeitswirksame Informationskampagne 10-Jahres-Kampagne durchgeführt. Diese informiert über die verschiedenen geringinvestiven Maßnahmen, Förderungsmöglichkeiten und Energieberatungen. Die öffentlichkeitswirksame Kampagne wird durch eine Informationskampagne für Hausbesitzer ergänzt. Diese bereitet auch Themen wie "Smart Homes" auf. Ziel der Kampagne muss die Sanierung auf Effizienzhaus-Standard sein.

<b>WÄ_N20</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Gezielte Informationskampagne für den Nichtwohngebäude-Bereich. Auch hier müssen Energieberater gestellt werden die individueller Sanierungsfahrpläne erstellen. Diese Beratung wird durch den Staat gefördert.
<b>WÄ_N21</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Einrichtung eines Gebäudeexpertenzentrums. Diese Plattform dient als Austausch- und Weiterbildungszentrum für (Gebäude-Energie-)Experten. Gemeinsame Projekte sollen von diesem Zentrum ausgehen. Unter anderem soll eine Datenbank mit verfügbaren Daten erstellt werden, um die zielführendsten Maßnahmen herauszufiltern. Dieses Zentrum würde die Qualität der Beratung und Ausführungsqualität steigern (laut gea um 50%).
<b>WÄ_N22</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Entwicklung von Investitionsmodellen, die es Investoren und Privatpersonen ermöglichen ohne eigenes Haus in die Gebäudesanierung zu investieren. Dadurch könnte Kapital bereitgestellt werden. Zum Beispiel: Investitionen in einen Sanierungsfonds. Mit diesem Fonds werden Gebäudesanierungen finanziert. Die Einnahmen daraus können zu einem bestimmten Anteil abgeschöpft werden vom Investor.
<b>WÄ_N23</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Eine erfolgreiche Wärmewende ist nur möglich, wenn das EEG so geändert wird, dass der im Haus erzeugte Strom von allen Fraktionen verwendet werden kann. Hintergrund: Strom auf dem Dach kostet ca. 10 ct/kWh, Wärmepumpe: 2 ct/kWh (Arbeitszahl: 5), Gas: 4-5 ct/kWh => Wärmepumpe wäre billiger zum Heizen
<b>WÄ_N24</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Förderung und Einführung einer verbindlichen Quote von PowertoX-Brennstoffen, um den Markteinstieg zu beschleunigen. Ausbau eines internationalen PowertoX-Marktes. Förderungen müssen lang angelegt sein, um Planungssicherheit zu garantieren.
<b>WÄ_N25</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Neubauten müssen ab Januar 2020 Effizienzhausstandard haben.

<b>WÄ_N26</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
Ausbauen von Energiespar-Contracting	
<b>WÄ_N27</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
Förderung von Wärmespeichern (die Sektorübergreifend eingesetzt werden).	
<b>WÄ_N28</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
Das Land Baden-Württemberg muss eine Subvention für energetische Sanierungen für Altbauten sowie den Neubau von Passiv- und Niedrigenergiehäusern gewähren. Bis 2045 müssen wir Passivhaus-Land sein und nur noch regenerative Energien für das Heizen unserer Wohnungen nutzen.	
<b>WÄ_N29</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
Die Wärmewende in Baden-Württemberg hat bisher nicht im Klimaschutz-relevanten Umfang stattgefunden. Um die Klimaschutzziele im Land zu erreichen, ist es notwendig, die jetzt schon absehbare Verfehlung der energetischen Sanierungsaktivitäten durch Ausbau des Anteils der EE an Strom und Wärme zu kompensieren. Dies bedeutet nicht, dass Sanierungsaktivitäten erheblich auszuweiten und zu verstärken sind.	
<b>WÄ_N30</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
Im Bereich der Wärmeversorgung ist es notwendig, die immer noch laufende Förderung fossiler Heizkessel umgehend einzustellen, die zahlreichen Ausnahmetatbestände bei der Verpflichtung, sehr alte ineffiziente Heizkessel auszutauschen, zu streichen sowie den Austausch von bestehenden Nachtspeicherheizungen verstärkt zu fördern. Dieses Vorhaben wird nur mit einer scharfen Frist und einer mit den entsprechenden Akteuren ausgehandelten Übergangszeit bis 2030 vollzogen werden.	
<b>WÄ_N31</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
Die Verpflichtung bzw. Unterstützung der Kommunen, für gesamten Gebäudebestand mittels einer strategischen Wärmeplanung und Quartierskonzepten ihre zukünftige Wärmeversorgung gemäß der Reduzierung der THG-Emissionen um 50% bis 2030 und 100% bis 2050 zu erfüllen.	
<b>WÄ_N32</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
Die Förderung der vollständigen Dekarbonisierung von Wärmenetzen, insbesondere in den großen städtischen Fernwärmenetzen, aber auch zur Nahwärmeversorgung (dezentrale Netze und	

Inselversorgungen) und dem Ablösen der Niederdruck-Gasnetzinfrastruktur hin zu hoch-effizienten Niedertemperatur-Wärmenetzen.

WÄ\_N33

**Rahmenbedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien verbessern (Quelle: Onlinebeteiligung)**

Die Rahmenbedingungen für den forcierten Einsatz von erneuerbarer Energie müssen verbessert und insoweit angepasst werden, dass sie nicht als eine Hemmschwelle für den Einsatz der erneuerbaren Energie wirken. Nach der Agorastudie „Wärmewende 2030“ benötigt Deutschland bis 2030 fünf bis sechs Millionen Wärmepumpen, um eine Treibhausgasmindering um 55 Prozent im Jahr 2030 und mindestens 80 Prozent im Jahr 2050 erreichen zu können (Seite 10). Zurzeit sind in Deutschland knapp eine Million Wärmepumpen eingebaut, und das seit den 80-er Jahren. Weiterhin regen wir ein Forschungsprojekt an, mit dem der erweiterte Einsatz moderner Wärmepumpen mit neuen Kältemittel, wie Propan, untersucht wird. Dabei geht es insbesondere um Die Frage, wie mit den Wärmepumpen neuerer Generation eine Wohnungsheizung auch über Heizkörper möglich ist. Wenn ein massiver Zubau von Wärmepumpen erfolgen soll, kann nicht in jedem Fall vorher eine Kernsanierung der betreffenden Gebäude erfolgen. Gerade teilsanierte Gebäude, wie zum Beispiel mit neuen Wärmeschutzfenstern, Dachdämmung, kommen auch mit einer geringeren Heizungsvorlauftemperatur aus.

WÄ\_N34

**Handlungsfeld Erneuerbare Brennstoffe (Quelle: Onlinebeteiligung)**

Entsprechend der Maßnahme M157 soll der Einsatz von Erneuerbaren Brennstoffen, insbesondere synthetisches Methan (Power to X) auch für die Wärmeversorgung von Gebäuden eingesetzt werden. Derzeit sind ca. 50 Prozent der Wohnungen in Deutschland an die Erdgasversorgung angeschlossen. Diese Gas-Infrastruktur muss erhalten bleiben. Das Gasnetz bietet sich weiterhin als ein sehr günstiger Energiespeicher an. In das bestehende Gasnetz kann mit zunehmender Tendenz Erneuerbare Brennstoffe eingesetzt und verwendet werden. Neben der klassischen Form von Biogas betrifft dies auch Wasserstoff, der bis zu 10 Prozent dem Erdgas beigemischt werden kann sowie – wenn verfügbar – auch synthetisches Methan aus erneuerbarem Strom.

WÄ\_N35

**(Quelle: Onlinebeteiligung)**

Der BUND empfiehlt, eine Planung auf Landesebene zu erstellen, um regelmäßig ermitteln zu können, ob die Umsetzung der Wärmewende auch den klimapolitischen Notwendigkeiten entspricht und bei Unterschreitung der Planungen nachjustieren zu können.

WÄ\_N36

**(Quelle: Onlinebeteiligung)**

Auf Landesebene ist es erforderlich, Vorranggebiete für Wärmenetze festzulegen und Kommunen regulatorisch die Möglichkeit zu geben, einen Anschluss- und Benutzungszwang für bestimmte Gebiete festzulegen. Diese rechtliche Möglichkeit sieht z.B. Schwäbisch Hall schon heute sowohl in Neubau- als auch in Bestandsgebieten gegeben.

WÄ\_N37

**(Quelle: Onlinebeteiligung)**

Da insbesondere bei der Wärmewende die Bevölkerung mitgenommen werden muss, da sie auch in Bestandsgebieten durch Anschlusszwänge und andere Maßnahmen direkt betroffen sein kann, empfehlen wir dringend, z.B. durch das Forum Energiedialog oder das Land selbst Handreichungen und Leitfäden zu Transparenz

und Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung der Planungen erarbeiten zu lassen. Eventuell kann das Forum Energiedialog auch entsprechende Angebote zur Prozessbegleitung erarbeiten.

**WÄ\_N38 (Quelle: Onlinebeteiligung)**

Um Kompatibilitäten und Vergleichbarkeiten zu gewährleisten, ist ein einheitlicher Technikkatalog für die Umsetzung der Wärme- und Kälteplanungen notwendig. Auch hier können dänische Erfahrungen genutzt werden.

**WÄ\_N39 (Quelle: Onlinebeteiligung)**

Im Zusammenhang mit der Aufstellung von Wärmeplänen sollten auch Planungen zum Um- und Rückbau der Gas-Verteilnetzstruktur angestellt und veröffentlicht werden, um die richtigen Anreize zu setzen.

**WÄ\_N40 (Quelle: Onlinebeteiligung)**

Um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zu finanzieren und ihre Lasten gerecht zu verteilen, schlagen BUND, Deutscher Mieterbund und der Deutsche Naturschutzring das Drittelmodell<sup>12</sup> vor. Mit dem Drittelmodell und einer für alle vorteilhaften Kostenaufteilung zwischen Vermieter\*in (Instandhaltungskosten), Mieter\*in (Warmmietneutralität) und dem Staat (mittels Förderungen) können gesetzlich vorgegebene Konflikte behoben werden. Die Landesregierung ist aufgefordert, sich für eine solche gerechte Kostenverteilung auf Bundesebene starkzumachen.

**WÄ\_N41 (Quelle: Onlinebeteiligung)**

Um sowohl bei Nahwärmenetzen als auch bei der energetischen Gebäudesanierung voranzukommen und die notwendigen Modernisierungsraten für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis allerspätestens Mitte des Jahrhunderts zu erreichen, ist Quartiersmanagement ein wichtiger Schlüssel. Ein Quartiersmanagement berät im Quartier zu Energiefragen (und auch zu Fragen, die allgemein die Entwicklung des Quartiers betreffen). Insbesondere größere Kommunen müssen dazu angehalten werden, Stellen für Quartiersmanagement zu schaffen und entsprechende Räumlichkeiten anzumieten. Eventuell ist hierfür ein Förderprogramm des Landes notwendig.

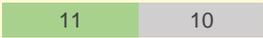
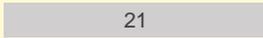
**WÄ\_N42 (Quelle: Onlinebeteiligung)**

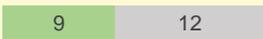
Es ist auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass klare Anforderungen an Bauteilqualitäten und an die Qualitätssicherung von Planung und Ausführung verbindlich festgeschrieben werden.

**WÄ\_N43 (Quelle: Onlinebeteiligung)**

Im Neubau muss das Passivhaus zum Baustandard werden.

<b>WÄ_N44</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Als konkrete Maßnahmen im Bereich Sanierung fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich auf den entsprechenden Ebenen für ein Verbot des Einbaus neuer ölbefuerter Heizungsanlagen und Anlagen ohne Brennwertnutzung, für ein Ende der Förderung neuer, gasbefuerter Heizungsanlagen, für ein Verbot von Nachtspeicherheizungen und von fossilen Kesseln in Gebäuden und für eine Stromnutzung zu Heizzwecken nur in Kombination mit hocheffizienten Wärmepumpen, die mindestens eine sicher eingehaltene Jahresnutzungszahl von über 4,0 aufweisen, einzusetzen.
<b>WÄ_N45</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Fernwärmeversorgungsunternehmen müssen dazu verpflichtet werden, ein Konzept für ihr Wärmenetz zu entwickeln, das an dem Ziel der klimaneutralen Wärmeversorgung bis zu einem festzulegenden Jahr – der BUND empfiehlt 2030 – ausgerichtet ist und in dem auch die gegebenenfalls erforderlichen Durchführungsschritte für die verbleibende Zeit dargelegt werden. Wie dies juristisch geregelt werden kann und welche weiteren Festlegungen Sinn machen, ist dem Thüringer Klimagesetz zu entnehmen.
<b>WÄ_N46</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Die große Herausforderung bei der Speicherung von Wärme ist die saisonale Speicherung. Für entsprechend große Speicher gibt es sowohl hierzulande (z.B. Crailsheim) als auch in Dänemark richtungweisende Vorbilder. Diese Speicher fassen mittlerweile mehrere zehntausend Kubikmeter. Solche saisonalen Wärmespeicher müssen beim Aufbau der Wärmenetze hierzulande von Anfang an integriert werden, um Angebot und Nachfrage zuverlässig ausgleichen zu können.
<b>WÄ_N47</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Neben der effizienten Nutzung von Wohnraum im Bestand muss es auch darum gehen, bei Neubauten auf Einfamilienhäuser, schlecht teilbare Wohneinheiten und andere, nicht nachhaltige Bauformen weitestgehend zu verzichten. Eine Ursache für die wachsende Anzahl von Neubaugebieten ist der Paragraph 13b des Baugesetzbuches, der die beschleunigte Ausweisung von Baugebieten an Ortsrändern ermöglicht. Die Landesregierung ist aufgefordert, sich für die ersatzlose Streichung des bisher befristeten Paragraphen 13b einzusetzen.
<b>WÄ_N48</b>	<b>(Quelle: Onlinebeteiligung)</b>
	Als langfristige Maßnahme wird vorgeschlagen, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Grundsteuer an die Größe der Wohneinheit gekoppelt und progressiv gestaltet wird.

<b>WÄ_N49</b>	<b>(Quelle: Bürgertisch)</b>		
	Schulfach „Energie + Umwelt“ Pädagogische Bildung		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>Ist bis jetzt freiwillig, sollte aber Pflicht werden, ebenso an Berufsschulen</li> <li>Fach „Energie und Umwelt“ an Hochschulen für Architekten und Bauingenieure verpflichtend ausbauen/einführen             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auch an Berufsschulen und Grundschulen</li> <li>- BNE stärken</li> </ul> </li> </ul>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N50</b>	<b>(Quelle: Bürgertisch)</b>		
	Neu zu erschließende Baugebiete müssen bereits im Vorfeld für die Nutzung von erneuerbaren Energien bzw. Photovoltaikanlagen geplant werden. Ausschreibungen müssen bereits dahingehend formuliert werden.		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Bebauungsplan sollte vorschriftsgemäß CO2- neutral sein</li> </ul>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N51</b>	<b>(Quelle: Bürgertisch)</b>		
	In Bebauungsplan CO2-neutrale Nahwärme vorschreiben		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>Ergänzung: abhängig von der Größe des Baugebiets (Wärmebedarfs), nicht der Größe der Kommune</li> </ul>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
4 1 16	11 19	21	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N52</b>	<b>(Quelle: Bürgertisch)</b>		
	Verpflichtung der Dachnutzung als Energiequelle		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bonussystem; riesiges Potential auf Industriedächern; Möglichkeit der Verpachtung der Dachflächen, falls man selbst nicht bebauen möchte</li> <li>Aller Dächer</li> </ul>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
8 13	3 2 16	21	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N53</b>	<b>(Quelle: Bürgertisch)</b>		
	Vereinfachte Förderung/Unterstützung unabhängig von Bank bzw. Darlehen. Z.B. für bestimmte Maßnahmen fester Betrag mit weniger Bürokratie. Z.B. Unterstützung von Eigenstromverbrauch PV-Strom durch zur Verfügungstellung von Stromspeicher		

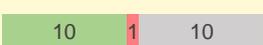
Bewertung durch Teilnehmende			
Kommentare vor Ort			
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bestimmte Maßnahmen brauchen einen festen Betrag</li> <li>Bürokratie vereinfachen</li> </ul>			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

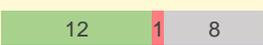
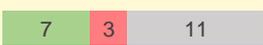
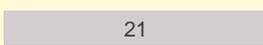
WÄ_N54	(Quelle: Bürgertisch)		
	Bei Heizungserneuerung 15% regenerative Energien. Zwang?		
Bewertung durch Teilnehmende			
Kommentare vor Ort			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

WÄ_N55	(Quelle: Bürgertisch)		
	Innovative Finanzierungsmodelle für notwendige Investitionen (Anleihen der Bank?)		
Bewertung durch Teilnehmende			
Kommentare vor Ort			
<ul style="list-style-type: none"> <li>Landesbank könnte Anleihen für private Personen (neue Investitionen möglich)</li> <li>Modell für Finanzierung im Alter</li> </ul>			

Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

WÄ_N56	(Quelle: Bürgertisch)		
	Belohnung/Anreiz von Gemeinde/Stadt für besonders innovative Projekte mit Kombination mehrerer erneuerbarer Systeme z.B. Erdwärmespeicher, Wärmepumpe, Solarthermiekollektoren und PV mit Stromspeicher		
	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

WÄ_N57	(Quelle: Bürgertisch)		
	Stärkung und Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften und Landesbaugenossenschaften bei Neubauvorhaben		
	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
<ul style="list-style-type: none"> <li>Vorbildfunktion des Landes                             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gekoppelt an Gebäudestandards</li> <li>- Günstiger und vorzugsweise Vergabe bei Einhaltung</li> <li>- Anreize für Kommunen schaffen, an nachhaltige Projekte Grund zu vergeben</li> </ul> </li> </ul>			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			

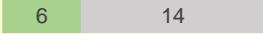
Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

<i>n = Häufigkeit der Nennung</i>	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
-----------------------------------	------------	-----------	------------

<b>WÄ_N58</b>	<b>(Quelle: Bürgertisch)</b>		
	Einbezug des Energiebedarfs/-erzeugung/-wandlung eines Gebäudes für E-Mobilität		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Smart readiness Faktor</li> <li>• Modell für Finanzierung im Alter</li> <li>• Ganzheitliche Konzepte für Gebäude (Strom, Wärme, etc.)</li> </ul>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

<b>WÄ_N59</b>	<b>(Quelle: Bürgertisch)</b>		
	Modelle für Nach-Förderzeit Solar-PV		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

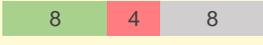
Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

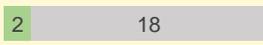
<b>WÄ_N60</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Abwärme-, Kopplung Wärme + Kältenutzung 1.) Mindestanforderung: Fordern 2.) Gesteigerte Anforderung: Fördern		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

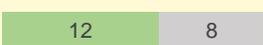
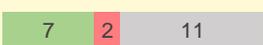
<b>WÄ_N61</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	KWK-Konzept des Landes fortschreiben (Fuel-Switch, Abwärme im KWK-G, Kälte, etc.)		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

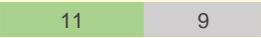
<b>WÄ_N62</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Technologieoffene Sektorenkopplung - effizienteste Mittel zur CO2-Reduktion - Nutzung Biogas/Wasserstoff/synthetische Gase in der Wärmeversorgung		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			

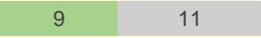
Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

<b>WÄ_N63</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Dekarbonisierung industrieller Prozesswärme in Verbindung mit Abwärmenutzung.		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
Kommentare vor Ort			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

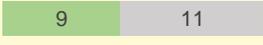
<b>WÄ_N64</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Gesetzliche Rahmenbedingungen für EE verbessern -> keine Hemmnisse aufbauen		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
Kommentare vor Ort			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

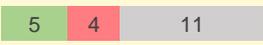
<b>WÄ_N65</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Initiative zur Berufung von WEG zur Gebäudesanierung und WEG-Reform + Mietrecht		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

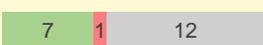
<b>WÄ_N66</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Erneuerbare Brennstoffe für den Wärmesektor		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

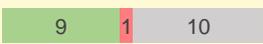
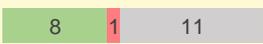
<b>WÄ_N67</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierung		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			

Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N68</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Förderung Digitalisierung Heizung		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N69</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Projektdatenbank		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N70</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Höhere Förderung Gebäudesanierung		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N71</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Beratungsverpflichtung bei Kauf & Erbe		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N72</b>	<b>(Quelle: Verbändetisch)</b>		
	Förderprogramm zur Beseitigung Fachkräftemangel als Voraussetzung zur Bewältigung des Sanierungsstau (qualitativ hochwertige Gebäudesanierung)		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			

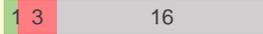
Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig		Die Umsetzung unterstütze ich
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

WÄ_N73	(Quelle: Verbändetisch)		
	<p>Förderung der Bürgerenergie und nicht-wirtschaftlichen Partizipation.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Community Benefit Pots</li> <li>- Förderung der Ehrenamtlichen Mitarbeit und dadurch teilhabe ohne wirtschaftliche Partizipation (wichtig für Geringverdiener und junge Menschen)</li> <li>- Vereinfachung der Leistungserbringung für Mitglieder (Stromlieferung, Wärmelieferung, Car-Sharing...)</li> <li>- Trainingskurse für junge Menschen im kommunalen Energieprojektmanagement</li> <li>- Förderprogramm für Bürgerenergie oder verbesserte Bedingungen für Bürgerenergieprojekte</li> <li>- Unterstützung bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle</li> <li>- Förderung zur Professionalisierung der Bürgerenergie</li> <li>- Franchisemodell/Mentoringprogramm</li> <li>- Shared Service Provider</li> </ul>		
	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig		Die Umsetzung unterstütze ich
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

WÄ_N74	(Quelle: Verbändetisch)		
	Fernwärme: Abschaffung von Ausschluss- + Benutzungszwang		
	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)			

Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>
		
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>
		<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N75 (Quelle: Verbändetisch)</b>			
	Förderung von Heizungsmodernisierung		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

<b>WÄ_N76 (Quelle: Verbändetisch)</b>			
	FW-Versorger müssen Konzept zur Transformation vorlegen, Bsp. ThürklimaG		
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=20)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

<b>WÄ_N77</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Keine getrennte sektorale Betrachtung von Wärme, Strom und Mobilität → Maßnahmen müssen immer alle drei Sektoren berücksichtigen (übergeordnet)
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

<b>WÄ_N78</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Verpflichtende jährliche Schulungen für Heizungsinstallateure, in denen über emissionsfreie Wärmebereitstellung informiert wird (ordnungspolitisch)
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

<b>WÄ_N79</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Ausarbeitung eines Konzeptes, in dem festgelegt wird, wie Baden-Württemberg bis 2035 eine klimaneutrale Wärmeversorgung hat / Sanierungsrate, mit der Baden-Württemberg bis 2035 klimaneutral ist (ca. 10% pro Jahr auf den aktuelle Gebäudestand) (visionär)
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

<b>WÄ_N80</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Verbot von Öl-, Gasheizungen und KWK-Anlagen bei Neubauten; kein Kesselwechsel bei Bestandsgebäuden
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

<b>WÄ_N81</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	<p>Verpflichtende (kostenlose) Energieberatung für jedes Haus, indem Strom und Wärme betrachtet wird (PV-Anlage; Wärmepumpe, etc.)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Hilfestellung und Beratschlagung zur Umsetzung</li> <li>o Bereitstellung von günstigen Krediten (z.B. durch die KfW-Bank)</li> <li>o Erarbeitung eines Plans, wie alle Hausbesitzer beraten werden und bis 2035 der gesamte Gebäudebestand emissionsfrei beheizt werden kann</li> </ul>
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

<b>WÄ_N82</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Subventionsstop für Öl- und Gasheizung
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

<b>WÄ_N83</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Ausarbeitung eines Konzepts wie bis 2035 BW eine klimaneutrale Wärmeversorgung hat
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

<b>WÄ_N84</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Eine Sanierungsrate, mit der BW bis 2035 klimaneutral ist (ca. 10% pro Jahr, auf den aktuellen Gebäudebestand)
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

Wärme – Neue Maßnahmenvorschläge

<b>WÄ_N85</b>	<b>(Quelle: Jugendbeteiligung)</b>
	Wärmemanager für Kommunen (verpflichtend; bis Ende 2020)
	<b>Bewertung durch Teilnehmende</b>
<i>Kommentare vor Ort</i>	

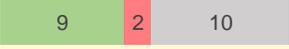
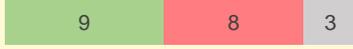
## II. Bestehende Maßnahmenvorschläge

### 1. HANDLUNGSFELD: KOMMUNALE WÄRMEPLÄNE/ENERGIEPLÄNE

<b>M22</b>	<b>Begleitung einer verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung für Stadtkreise und Große Kreisstädte</b>
<p>Zur Unterstützung der Kommunen und zur Sicherung der Qualität der Pläne werden eine Handreichung bereitgestellt und Workshops durchgeführt. Vorhandene Daten, z.B. aus dem Energieatlas, können (kostenlos) genutzt werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufnahme der Verpflichtung in die Novelle des Klimaschutzgesetzes</li> <li>• Beratung/Unterstützung der Kommunen bei Erstellung der Wärmepläne</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.1. S. 40 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
Gesamtanzahl Kommentare: 76				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbände<b>e</b>beteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	13	1	0	62
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	Gute Idee.; Ok.; Beides absolut sinnvolle Instrumente und sehr zu begrüßen!; Ja.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>		<i>Verbände<b>e</b>beteiligung (n=20)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
			/	

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B    Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M22_001	Die Bereitstellung vorhandener Daten vereinfacht die Arbeit in Kommunen. Das vorhandene Beratungsangebot beispielsweise der regionalen Energieagenturen ist dauerhaft zu sichern und zu stärken. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M22_002	Die Energieberatung bei Sanierungen etc. ist sehr hilfreich. Das Ziel muss allerdings sein, 2035 klimaneutral zu sein, d.h. eigentlich dürfen ab gestern keine Wärmesysteme mehr gebaut werden, die mit Öl, Kohle oder Gas laufen (Amortisation). Gerade städtische oder landeseigene Gebäude sollten als Vorbilder vorangehen, indem die Entscheidungsträger entsprechend unterstützt werden.	n. a.	OB
M22_003	Erstellung von Wärmeplänen sollte landesweit verpflichtend für die Kommunen sein. Das Land muss das finanzieren.	n. a.	OB
M22_004	Sehr wichtig. Ohne den Ausbau der Wärmenetze schaffen wir die Klimaziele nicht.	n. a.	OB
M22_005	Wie groß die Unterstützung sein muss, hängt voraussichtlich auch davon ab, ob die entsprechenden Planungskapazitäten verfügbar sind, um innerhalb weniger Jahre Wärme- – und hoffentlich auch Kälte- –pläne für 103 Kommunen zu erstellen. Dies wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mit dem in den Kommunen vorhandenen Personal möglich sein. Hier ist eine Bedarfs- und Angebotsabschätzung notwendig. Eventuell müssen Lösungen zur Bereitstellung der planerischen Kapazitäten zentral erarbeitet und ggf. sogar umgesetzt werden. Insbesondere zu Beginn der kommunalen Planungen kann es recht schnell zu einer Marktsättigung und dementsprechenden Preissteigerungen kommen. Oder aber die Planungen werden durch nicht ausreichend qualifiziertes Personal durchgeführt und sind dementsprechend wertlos. In der notwendigen Geschwindigkeit durchsetzen lässt sich die Wärmewende aber nur mittels verbindlicher Regeln. Deshalb und da die großen Kreisstädte und Stadtkreise nur etwa die Hälfte der Bevölkerung	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	umfassen ist es angebracht, über das Klimaschutzgesetz hinaus mittelfristig alle Kommunen zu einer Wärme- und Kälteplanung zu verpflichten. Zur Wahrung des Konnexitätsgebots aus Art. 71 Abs. 3 der Landesverfassung ist für die Mehrbelastung der Kommunen eine Kostendeckung sicherzustellen.		
<b>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M22_006	Die verpflichtende Kommunale Wärmeplanung muss auch für kleine Gemeinden kommen. Diese müssen dann entsprechend gefördert werden. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB
M22_007	Die Wärmeplanung muss für alle Gebäude im Stadtgebiet erstellt werden. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB
M22_008	Der Wärmeplan muss bis Ende 2020 ausgearbeitet worden sein. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB
M22_009	Der ausgearbeitete Wärmeplan muss für städtische Gebäude ab Ende 2020 umgesetzt werden. Für alle anderen Gebäude müssen Förderungen und Beratungen für die Umsetzung des Wärmeplanes bereitgestellt werden. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB
M22_010	Die ausgearbeiteten Wärmepläne müssen darauf abzielen, bis 2035 eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu haben. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB
M22_011	Ein kommunaler Wärmeplan bis 2030 ist viel zu spät, weil jetzt gebaute oder sanierte Gebäude ca. 30 Jahre nicht mehr saniert werden. Daher muss ein provisorischer Plan in den Kommunen schon bis 2025 erstellt werden, der insbesondere klärt, wie die Wärmeversorgung der Kommune bis 2035 klimaneutral werden kann. Dieses Ziel ist wegen des Pariser Klimaschutzabkommens dringend erforderlich, gerade im Sinne der Bevölkerung, die in Zukunft in Baden-Württemberg noch lebt.	n. a.	OB
M22_012	Ich habe als Vermieter die Empfehlungen mehrerer Energieberater genossen: weltfremd und teuer. Wie verträgt sich das mit der Forderung nach bezahlbaren Mieten? Oder soll das wie in der seligen DDR der Vermieter mit einer negativen Rendite bezahlen? Übrigens, der Energieausweis interessiert Mieter in Stuttgart im preiswerten Bereich überhaupt nicht.	n. a.	OB
M22_013	Die Überschrift von Maßnahme M22 passt nicht zu den Instrumenten. Die Energieberatung für Bürger findet in den regionalen Energieagenturen, meist in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale statt. Hier geht es aber doch um die Verpflichtung von Kommunen, eine Planung dafür zu erstellen, dass die Kommune innerhalb der kommenden 30 Jahre klimaneutral darstellen kann. Das Ziel der Planung sollte im Gesetz definiert werden, da die Wärmeplanung auch darin bestehen kann, das bestehende Gasnetz weiter auszubauen, auch wenn dies den Klimaschutzziele entgegensteht. Nicht geregelt wird bislang die Art der Umsetzung. Bleibt es bei der Planung, wird ein weiterer Papiertiger geschaffen. Zumindest perspektivisch muss die	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Umsetzung der Wärmeplanung eingefordert werden. Nicht adressiert wird auch die Kommunikation mit dem Bürger. Nur wenn die Art der künftigen kommunalen Wärmeversorgung vor Ort akzeptiert und gewollt ist, wird eine Umsetzung sinnvoll möglich sein.		
M22_014	Netzwerkförderung für Austausch und Informationen. Akzeptanz und Verständnismaßnahmen über Partizipation	n. a.	OB
M22_015	Das sind also die nächsten Schritte zur Einführung der Energie-Planwirtschaft, die in den letzten 20 Jahren schon nicht funktioniert haben und vor dem Fall der Mauer über 40 Jahre in der DDR nicht. Wer erstellt die Pläne? Mit welcher Qualifikation? Was enthalten die Handreichungen? Wer beurteilt die Qualität – der Landesrechnungshof? Um welche Verpflichtungen geht es? Was geschieht, wenn die Verpflichtungen ignoriert werden – gibt es Sanktionen? Was kostet das? Wer evaluiert die Maßnahmen? Wie ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis? Was ist eine Wärmeplan? Werden die Raumtemperaturen vorgeschrieben? Wird überall Fernwärmeversorgung eingeführt? Um wieviel steigt der Bürokratieaufwand? Wo kommt das Personal her?	n. a.	OB
M22_016	Insgesamt fehlt mir im Maßnahmenpaket deutlich die Marktvorbereitende Arbeit. Der Wärmeplanansatz ist ein sehr ingenieursfreundlicher Ansatz, der die Energiewende vor allem als technische Herausforderung sieht. Ohne flankierende Maßnahmen wie Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, Begleitung, Multiplikation und Bürgerinformation werden die Pläne in der Schublade verschwinden.	n. a.	OB
M22_017	Bei der Umsetzung des Wärmeplanes stehen verpflichtend Sanierungslotsen während dem gesamten Prozess beratend zur Seite. Im Gegensatz zu herkömmlichen Gebäudesanierungen, soll in einer Sanierungsberatung nicht nur herausgefunden werden, wie das Haus saniert werden kann, sondern der gesamte Prozess soll begleitet werden. Die Sanierungslotsen beraten dabei, über die Sanierungsmöglichkeiten, machen Wirtschaftlichkeitsrechnungen, organisieren Notare, Rechtsberatung etc. Auch das gesamte Wohnen soll von diesen Sanierungslotsen betrachtet werden, also inwieweit ist das Haus geeignet, um eine Familie zu gründen, ist das Haus zu groß, da die Kinder bereits ausgezogen sind. Die Sanierungslotsen helfen hier auch bei Bedarf eine passendere Wohnung zu vermitteln. Die Kosten für die Sanierungslotsen werden dabei mit 70% gefördert. Im Vorarlberg wurde solch ein Pilotprojekt erfolgreich durchgeführt. Das Pilotprojekt aus dem Vorarlberg soll ausgeweitet werden und mit einer Probedauer von 3 Jahren in ganz Baden-Württemberg eingeführt werden. Ist das Projekt erfolgreich, so soll es dauerhaft eingerichtet werden. Hintergrund: Die Anzahl an Beratungsstunden im derzeitigen Pilotprojekt im Vorarlberg beliefen sich auf 55h. Die Kosten hierfür wurden zu einem Drittel vom Gebäudeeigentümer gezahlt und zu zwei Dritteln durch Zuschüsse aus öffentlicher Hand. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB
M22_018	Schaffung von Energiepromotoren, bessere Zusammenarbeit der Akteure wie KEK, KEA, etc.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M22_019	Flughöhe aus dem Energieatlas zu ungenau. Harte Daten von z.B. Netzbetreibern, Schornsteinfegern, etc. sind aussagekräftiger und führen auch zu einer besseren Planung. Wichtig: gesetzliche Regelung zur Verpflichtung der Datenlieferung. Unterstützung durch vorhandenes Netzwerk Wärmenetze (Wärmeplanung)	n. a.	OB
M22_020	Beratung vor Ort	n. a.	OB
M22_021	Die kommunale Wärmeplanung sollte neben dem technisch-wirtschaftlichen Konzept auch die Finanzierung und mögliche Umsetzungsmodelle (durch Stadtwerke, Energiegenossenschaften, Kontraktoren...) beinhalten. Da in den Kommunen derzeit erhebliche Unsicherheiten bzgl. eines rechtssicheren Anschluss- und Benutzungszwanges bestehen, sollte die Anwendung weitere städtebauliche Instrumente (Vorranggebiet, Regelungen im Kaufvertrag ...) bereits in der Planungsphase geprüft werden.	n. a.	OB
M22_022	Um die enormen Einsparpotentiale im Gebäude zu heben, sollten im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung nicht nur die Wärmeversorgung, sondern auch Maßnahmen zur Wärmebedarfssenkung in den Gebäuden berücksichtigt werden (Information über Förderprogramme zum Wärmeschutz und hydr. Abgleich; serielle Sanierung ...)	n. a.	OB
M22_023	Aktive Qualifizierung von Stadtwerken, Energiegenossenschaften, Handwerksunternehmen hinsichtlich zentraler Wärmeversorgung als auch der Fernüberwachung und Betriebsführung	n. a.	OB
M22_024	zügige Umsetzung sicherstellen, Personalressourcen zur Verfügung stellen	n. a.	OB
M22_025	Effiziente Unterstützung des Bürgers - Beratung - Finanzielle Unterstützung - Bürokratie Abbau - Zwingende Genehmigungspflicht der Verwaltung für Maßnahmen des Bürgers	n. a.	OB
M22_026	Gewinne von Nahwärmenetzten müssen verpflichtend (oder zumindest ein Teil der Gewinne) für neue Projekte verwendet werden (Intractin)	3	BB
M22_027	Die Wärmeplanung jeder Gemeinde muss im landesweiten Monitoring aufgenommen werden.	3	BB
M22_028	Die Wärmeplanung jeder Gemeinde muss in ein Verhältnis zu den Landes-/Bundeszielen der CO2-Einsparung gesehen werden.	0	BB
M22_029	Zeitplan beschleunigen, Energiepläne bis 2022, d.h. dafür Anreize zu schaffen	3	BB
M22_030	Mülltrennung nach nass (Küchenabfälle, Speisereste, ...) und trocken (Plastik, Papier, ...). Nasser Müll in die Biogasanlage, und als Wärmequelle für Nahwärme	0	BB
M22_031	Die Wärmeplanung ist alle X Jahre zu aktualisieren (5-8Jahre)	1	BB
M22_032	Aus der Planung müssen verpflichtende Ziele abgeleitet werden.	4	BB
M22_033	Contracting als Finanzierung z.B. Stadtwerke	1	BB
M22_034	Umsetzung verpflichtend. Zeitplan ist vorzulegen. Umsetzung wird überprüft. Förderung der Umsetzung durch Bürgerenergiegenossenschaften.	1	BB
M22_035	Anreize/Wettbewerb: die ersten 10-15 Projekte/Wärmepläne, die umgesetzt werden, werden zu XX% gefördert/Zuschuss von XX€. Zeitnahe Umsetzung	0	BB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M22_036	Keine Unterscheidung zwischen großen und kleinen Gemeinden/Städten/Kreise machen. Verpflichtende Planung vor der Ausschreibung.	0	BB
M22_037	Wenn/Sobald Ist-Analyse da ist, Umsetzung angehen, nicht erst 2023	0	BB
M22_038	Wärmenetz auch für Kühlweg im Sommer nutzen. Die Planung sollte also auch Möglichkeit zur Kühlung beinhalten.	1	BB
M22_039	Kümmerer/Umsetzer komplett finanzieren	3	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M22_040	Die Handreichung zur Umsetzung der Wärmepläne sollte schon heute im Internet für jedermann zugänglich sein. Als absolut unzureichend empfinde ich dabei das vorhandene bzw. vermittelte Wissen um den Albedo-Effekt. Die Albedo (griechisches Wort für Weisheit) von Erdoberfläche und Klimagasen ist ausschlaggebend für den Wärmeeintrag ins Erdsystem. Weiße Farbe spielt nicht nur für das sommerliche Mikroklima in Städten eine sehr wichtige Rolle, sondern auch global. Nur 1m <sup>2</sup> (€ 0,50) weiße Farbe (Folie) auf eine schwarze Oberfläche, die der Sonne ausgesetzt ist, kompensiert ca. 1200KWh und entspricht damit ~ meinem Stromverbrauch pro JAHR. Ich behaupte auch, dass ohne aktive Verbesserung der Oberflächenalbedo von Dächern u. Straßen und sonstigen Flächen das Mikroklima in den Städten schnell grenzwertig werden wird. Eine Strategie gegen die Erderwärmung, ohne Berücksichtigung des Albedofaktors hat keine Aussicht auf Erfolg. Nur noch große reflektierende Flächen auf dem Meer oder in Wüsten in Äquatornähe könnten die schmelzenden Eiskappen und Gebirgsgletscher ersetzen. Großflächige Solaranlagen können zwar fossile Energieträger ersetzen, aber mit ihrer Fähigkeit Lichtenergie zu absorbieren und ihren schwarzen oder zumindest meist dunklen Oberflächen tragen sie dazu bei, den Energieeintrag in das Energiesystem der Erde zu erhöhen und brauchen schon deshalb eine weiße "Ausgleichsfläche". Als kreativer Unternehmer u. Leuchtenhersteller u. kann ich Ihnen wassergekühlte LED-Leuchten u. auch wassergekühlte Solarmodule präsentieren, die ihre Energieeffizienz durch die Wasserkühlung mehr als verdreifachen. Der Begriff "Licht-Wärme-Kopplung" spielt dabei eine zentrale Rolle - sowie die Erderwärmung Folge der solaren Licht-Wärme-Kopplung ist. Ein elektrisches Heizsystem in Form von wassergekühltem Pflanzenlicht kann in Mini-Gewächshäusern innerhalb des Gebäudes installiert, für negative CO <sup>2</sup> -Emissionen sorgen, die das unaufhaltsame Schrumpfen der weltweit vorhandenen Freilandflächen kompensiert. Schon deshalb sollte Beratung u. Planung zu Wärmeplänen immer "up to date" erfolgen.	n. a.	OB
M22_041	Seite 39: In der Einleitung zum Kapitel „Wärme“ werden CO <sup>2</sup> -arme Wärmenetze als ein für die Zukunft wichtiges Infrastrukturelement benannt. Dies erfolgt an dieser Stelle jedoch nur in Verbindung mit den 850.000 Ölkesseln in Ein- und Zweifamilienhäusern. Diese Formulierung legt zwei Schlussfolgerungen nahe: a) Neue Wärmenetze werden nur da gebaut, wo es	n. a.	OB

	bislang kein Gasnetz gibt. b) Neue Wärmenetze entstehen vor allem in Quartieren mit Ein-/Zweifamilienhäusern Im gleichen Atemzug wird die Fernwärme in den Großstädten erwähnt, die dringend dekarbonisiert werden muss. Das ist auf jeden Fall richtig. Verschwiegen wird durch die gewählten Formulierungen jedoch, dass sehr viele Wärmenetze auch dort gebaut werden können, wo heute in vielen Städten und Gemeinden noch ausgedehnte Gasverteilnetze das Erdgas für die individuellen Gaskessel in Einzelgebäuden liefern. Seite 40/41: Kommunale Wärmepläne: Die Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung für die großen Kommunen und die finanzielle Unterstützung der kleineren Kommunen wird beschrieben. Eine nicht erwähnte und damit vollkommen offene Frage ist, wie die Wärmepläne nach der Ausarbeitung umgesetzt werden und welche Unterstützung dafür vom Land kommen kann, solange im Klimaschutzgesetz keine Umsetzungspflicht für Wärmepläne verankert werden soll.		
M22_042	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB

<b>M23</b>	<b>Förderung der kommunalen Wärmeplanung für kleine Gemeinden</b>
	<p>Die Erstellung der Wärmepläne in kleineren Kommunen soll über ein Förderprogramm unterstützt werden. Zur Unterstützung der Kommunen und zur Sicherung der Qualität der Pläne werden eine Handreichung bereitgestellt und Workshops durchgeführt. Vorhandene Daten, z.B. aus dem Energieatlas, können (kostenlos) genutzt werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderprogramm kommunale Wärmeplanung für kleinere Gemeinden</li> <li>• Beratung/Unterstützung der Kommunen bei Erstellung der Wärmepläne</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.1. S. 40 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
Gesamtanzahl Kommentare: 57				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	10	15	2	30
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	9	Ok.; gute Idee!; Super!; Das finde ich gut.; Eine in jedem Fall sinnvolle Maßnahme.		
Konkrete Ablehnung der Maßnahme				
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung		Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=21)	Verbändefeteiligung (n=20)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll				
Ihre Umsetzung ist notwendig			/	
Die Umsetzung unterstütze ich			/	
Die Maßnahme ist unklar	0	0	0	

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M23_001	Ansatz gut, jedoch gleiche Anforderung wie bei den rd. 100 Groß-Kommunen: Flughöhe aus dem Energieatlas zu ungenau. Harte Daten von z.B. Netzbetreibern, Schornsteinfegern, etc. sind aussagekräftiger und führen auch zu einer besseren Planung. Wichtig: gesetzliche Regelung zur Verpflichtung der Datenlieferung. Unterstützung durch vorhandenes Netzwerk Wärmenetze (Wärmeplanung)	n. a.	OB
M23_002	Projekte wie beispielsweise das Wärmenetze Projekt führen im Regelfall zu guten Ergebnissen, die Beratungen werden von den Kommunen gerne genutzt ein Ausbau von Beratungsangeboten auch in Projektform ist sinnvoll. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M23_003	Erstellung von Wärmeplänen sollte landesweit verpflichtend für die Kommunen sein. Das Land muss das finanzieren.	n. a.	OB
M23_004	Sehr wichtig. Ohne den Ausbau der Wärmenetze schaffen wir die Klimaziele nicht.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M23_005	Die verpflichtende Kommunale Wärmeplanung muss auch für kleine Gemeinden kommen. Diese müssen dann entsprechend gefördert werden.	n. a.	OB
M23_006	Auch in kleineren Kommunen kann es, wenn entsprechende Betriebe vorhanden sind, sinnvoll sein, auch Kältepläne mitzubetrachten.	n. a.	OB
M23_007	Verpflichtung zur Umsetzung	2	BB
M23_008	Nicht erst ab 20.000 EW verpflichtend	0	BB
M23_009	Verpflichtung auch bei Planung und Gewerbegebiete	0	BB
M23_010	Sollte eine verpflichtende Maßnahme sein, wenn neue Baugebiete ausgeschrieben werden, sowie bei Sanierungsgebieten	0	BB
M23_011	Verpflichtende Wärmeplanung auch für kleinere Kommunen bei der Erschließung von Neubaugebieten ab einer gewissen Wärmemenge des Neubaugebiets	1	BB
M23_012	verpflichtende Wärmeplanung auch für kleinere Gemeinden; bis Ende 2020 überall	0	JB
M23_013	verpflichtende Umsetzung (Sanktionen)	0	JB
<b>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M23_014	Das sind zusätzliche Kosten und zusätzlicher Verwaltungsaufwand für die Gemeinden. Unsere Gemeinde ist schon hoch verschuldet und hat Personalengpässe im betroffenen Bereich.	n. a.	OB
<b>Keine wertende Einordnung vorgenommen</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M23_015	Wärme- und Kälteplanung Erstellung von Kleinwärmenetzen mit integrierter Stromversorgung Sektorkopplung: Strom und Wärme/Kälte immer gemeinsam betrachten	n. a.	OB
M23_016	Nahwärmenetze bitte nur wenn es wirklich effizienter ist als Einzelanlagen. In dünn besiedelten Gebieten sind die Übertragungsverluste zu groß.	n. a.	OB
M23_017	Die kommunale Wärmeplanung sollte neben dem technisch-wirtschaftlichen Konzept auch die Finanzierung und mögliche Umsetzungsmodelle (durch Stadtwerke, Energiegenossenschaften, Kontraktoren...) beinhalten. Da in den Kommunen derzeit erhebliche Unsicherheiten bzgl. eines rechtssicheren Anschluss- und Benutzungszwanges bestehen, sollte die Anwendung weitere städtebauliche Instrumente (Vorranggebiet, Regelungen im Kaufvertrag ...) bereits in der Planungsphase geprüft werden.	n. a.	OB
M23_018	Um die enormen Einsparpotentiale im Gebäude zu heben, sollten im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung nicht nur die Wärmeversorgung, sondern auch Maßnahmen zur Wärmebedarfssenkung in den Gebäuden berücksichtigt werden (Information über Förderprogramme zum Wärmeschutz und hydr. Abgleich; serielle Sanierung ...)	n. a.	OB
M23_019	Aktive Qualifizierung von Stadtwerken, Energiegenossenschaften, Handwerksunternehmen hinsichtlich zentraler Wärmeversorgung als auch der Fernüberwachung und Betriebsführung	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M23_020	Für Betreiber von Wärmenetzen ist es viel wichtiger, in den Kommunen auf eine positive Stimmung gegenüber Wärmenetzen zu treffen als auf fertige Wärmepläne. Diese müssen sie sowieso noch einmal selbst erstellen, um ihre Wirtschaftlichkeit planen zu können. Öffentlichkeitsmaßnahmen, Vernetzung, Beratung und Betreuung im Vorfeld sind deshalb viel wichtiger, als fertige Wärmepläne.	n. a.	OB
M23_021	Was beinhaltet der Energieatlas? Wer hat ihn erstellt? Was hat er gekostet? Auf welcher Datengrundlage? Förderprogramme sind Subventionen – wer bekommt die, wer bezahlt sie? Wie wird die Effizienz der Förderprogramme – um welche handelt es sich – evaluiert?	n. a.	OB
M23_022	Förderprogramm für kleinere Gemeinden sollte auch von zukünftigen Bürgerenergiegemeinschaften in Kooperation mit der Kommune abrufbar sein, da im ländlichen Raum oftmals das große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern eine Energiegenossenschaft erst ermöglicht haben. Bei der Planung sollte eine Berücksichtigung der zukünftigen Betreiberstruktur stattfinden um die Planung auch als sinnvolle Vorleistung zur Konkretisierung zu verstehen.	n. a.	OB
M23_023	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. <a href="http://www.klimatrittschule.de">www.klimatrittschule.de</a> , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M23_024	103 Kommunen sollen verpflichtet werden, kommunale Wärmepläne zu erstellen. Das wird die Kapazität der vorhandenen Berater für die kommenden zwei bis drei Jahre vollständig absorbieren. Eine Förderung für die nicht verpflichteten Kommunen sollte daher zurückgestellt werden.	n. a.	OB
M23_025	Kontaktaufnahme der Kommune zu Gemeinden bzw. Genossenschaften mit ausgeführten Nahwärmeversorgungslösungen (Bereitstellung einer Datenbank) auf der Basis nachwachsender Rohstoffe	n. a.	OB
M23_026	Erfahrungsaustausch; Lieferanten von Biomassefeuerungsanlagen (insbesondere aus Österreich) geben gerne Auskünfte und unterstützen bei der Prüfung der technisch-wirtschaftlichen Umsetzungsmöglichkeiten	n. a.	OB
M23_027	Unterstützung in Verbindung mit konkreten Zielen der Kommunen für die Erreichung von Klimaneutralität	n. a.	OB
M23_028	Auch kleine Gemeinden haben durch Bürokratie Abbau u. Verwaltungsreduzierung mind. 50% der Kosten einzusparen sonst ist die Energiewende nicht finanzierbar.	n. a.	OB
M23_029	Kommunen, die Wärme über EE erzeugen, wie z.B. Solarthermie mit Nahwärme, müssen bevorteilt also unterstützt werden. Vielleicht sollte eine Pflicht erstellt werden, dass jede Gemeinde einen Anteil der Energieerzeugung über EE selbst erzeugen muss.	n. a.	OB
M23_030	Begleitung durch Fachmann/Moderator und Vorstellung der Ergebnisse in der Gemeinde	0	BB
M23_031	Förderung durch das Land soll verpflichtend sein, nicht die Planung selbst.	0	BB
M23_032	Land stellt Berater zur Umsetzung bei Bedarf (Veränderung) zur Verfügung	4	BB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M23_033	Warum freiwillig, es hieß, die kleinen Kommunen machen rund 50% der Bevölkerung aus	0	BB
M23_034	Förderung der Umsetzung durch Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgerversammlungen.	1	BB
M23_035	Alternativszenario: Heizungsmodernisierung und Dämmung verpflichtend	0	VB
M23_036	Effizienzgedanke bei der Wärmeplanung	1	VB
M23_037	Datenbasis: Status Quo? (km) 2025, 2030, 2035	1	VB
M23_038	Ausweis Wärmedichte verpflichtend	3	VB
M23_039	Minimum 3000 kWh/ma	0	VB
M23_040	Workshops (Planer, Kommunalvertreter), Bürgerbeteiligung, Beispiele vorstellen. Alles landesweit	0	VB
M23_041	Förderung der Umsetzungsplanung Personal	7	VB
M23_042	Haben wir Zeit für langwierige Planungen, die in der Schublade liegen?	0	VB
M23_043	Motivation des Gebäudeeigentümers den Plan umzusetzen. Förderung?	0	VB
M23_044	Wie kommt man von der Planung zur Umsetzung?	4	VB
M23_045	Welche Behörde macht es? Auslagerung an Dritte?	0	VB
M23_046	Förderung über KfW 432 "Quartiere" schon gegeben	0	VB
M23_047	technologieoffen	8	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M23_048	Motivation ist A und O	0	VB

<b>M24</b>	<b>Schaffung einer Datenübermittlungspflicht für Energieversorger, Unternehmen und öffentliche Stellen für die Erstellung kommunaler Wärme- und Kältepläne</b>
	<p>Es soll eine rechtliche Grundlage für die Datenbereitstellung geschaffen werden. Insbesondere die Energieversorgungsunternehmen, Unternehmen und die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger sollen den Kommunen Daten für die Erstellung der Wärmepläne bereitstellen. Mit einer landeseinheitlichen Lösung wird den Kommunen die Erstellung der Pläne deutlich erleichtert.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufnahme im Rahmen der Novelle des Klimaschutzgesetzes</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.1. S. 41 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 41				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	11	0	30
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	14	Ok.; sehr gut; Eine gute Idee!; Das finde ich gut.; Eine in jedem Fall sinnvolle Maßnahme.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	2	Unnütze Maßnahme.		
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/	
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/	
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	2	3	/	

B Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M24_001	Essenziell wichtig, um eine Wärmeplanung zu gewährleisten, welche auf die Umsetzung ausgelegt ist.	n. a.	OB
M24_002	Eine höchst wünschenswerte Maßnahme im Hinblick auf eine zuverlässige Datenbasis.	n. a.	OB
M24_003	Sehr wichtig. Ohne den Ausbau der Wärmnetze schaffen wir die Klimaziele nicht.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M24_004	unbedingt, eine Kommune sollte wissen wo welche Energiequelle genutzt wird, was davon pro Jahr verbraucht wird, Alter und Zustand der Anlage (sollten die Schornsteinfeger oder Heizungsbauer einsammeln). Damit sind Problemstellen erkennbar, und mittel- und langfristig Pläne machbar wie auf erneuerbare Energieversorgung umgestellt werden kann, wo Einsparungen möglich sind durch Dämmung etc.	n. a.	OB
M24_005	Ein sehr guter Vorschlag. Übersicht uns smarte Vernetzung werden immer wichtiger.	n. a.	OB
M24_006	Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat verschiedene, bereits im Schornsteinfeger-Handwerksgesetz übertragene Aufgaben, zu erfüllen. Eine weitere Verpflichtung zur Übermittlung von Daten darf nicht zu einer übermäßigen zeitlichen Belastung führen und muss in der Handhabung einfach ausgestaltet sein. Die Datenauslagerung kann nur automatisiert über eine EDV-Schnittstelle erfolgen. Diese Schnittstelle muss den verschiedenen Softwareanbietern im Schornsteinfegerhandwerk zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten für die Erstellung und Programmierung der Schnittstelle müssen vom Land übernommen werden. Der Aufwand für die Datenauslagerung ist von der anfordernden Stelle zu tragen. Im Vorfeld müssen klare, einfach zu handhabende Regeln für die Übermittlungsbefugnis festgelegt sein, die deren Umfang beschreiben, damit der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger ohne großen Aufwand seine Verpflichtungen prüfen und ihnen nachkommen kann. Die Erhebungsbefugnis der anfordernden Kommune und die Übermittlungsbefugnis des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers müssen inhaltlich gleich ausgestaltet sein und sich in den Grenzen der EU-DSGVO und des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes bewegen. Bei den im Kkehrbuch hinterlegten Informationen handelt es sich regelmäßig um personenbezogene Daten. Die Vorgaben des Datenschutzes müssen deshalb eingehalten werden. Die Art und die Qualität der übermittelten Daten müssen genau definiert sein. Aus dem Grundsatz der Datensparsamkeit sollten nur bestimmte Kategorien aus dem Kkehrbuch überhaupt übermittelt sowie zudem lediglich anonymisiert, pseudonymisiert oder aggregiert ausgelagert werden dürfen. Die Zweckbestimmung der Übermittlung der Daten muss sich klar auf die Erstellung von Klima- und Kältepläne beschränken und darf sich nicht über die Hintertür zu einem frei abrufbaren Verzeichnis von wirtschaftlich verwertbaren Gebäudeinformationen auf der Basis der Kkehrbücher entwickeln.	n. a.	OB
M24_007	Der BUND empfiehlt, ausreichend Wissen und Arbeit in die Definition von Austauschformaten für die Datenbereitstellung zu stecken, um später nicht nachbessern zu müssen. Um Kompatibilitäten und Vergleichbarkeiten zu gewährleisten, empfehlen wir eine einheitliche Methodendefinition zur Bestandserfassung und einen einheitlichen Technikkatalog für die Umsetzung. Soweit zur Aufstellung von kommunalen Wärme- und Kälteplänen erforderlich, müssen die Kommunen befähigt werden, den Wärmeenergiebedarf, die Art der Wärmeenergiebedarfsdeckung und die anfallende Abwärme von Gewerbe- und Industriebetrieben sowie	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	öffentlichen Gebäuden zu ermitteln. Hierzu muss sie Angaben über die Höhe des Wärmeenergiebedarfs, die Art der Wärmeenergiebedarfsdeckung einschließlich des Anteils Erneuerbarer Energien und von Kraft-Wärme-Kopplung sowie, soweit vorhanden, ein Lastprofil der anfallenden Abwärme verlangen dürfen.		
M24_008	<p>Die Beschäftigung mit dieser Thematik und die Suche nach Optimierungsmöglichkeiten im Bereich „Wärme“ ist im Grundsatz sicherlich sinnvoll. Die angedachte Verpflichtung der Unternehmen in den betroffenen Unternehmen zur Lieferung entsprechender Daten ist allerdings insbesondere vor dem Hintergrund des zusätzlichen bürokratischen Aufwandes wie auch vor dem Hintergrund der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen kritisch zu hinterfragen. Die Schaffung einer Datenübermittlungspflicht darf in keinem Falle zum Aufbau weiterer bürokratischer Belastungen führen und sollte nicht über bereits bestehende Meldepflichten hinausgehen. Zudem sollte es nicht zu einer Verpflichtung zur Einspeisung von Abwärme aus Industrieprozessen ohne Kompensation oder öffentliche Übernahme der Kosten eines Fernwärmenetzanschlusses kommen.</p> <p>Generell gilt, dass Abwärme bereits jetzt so effizient wie möglich genutzt wird und die ökonomische Verwendung etwaig bestehender Überschusswärme kontinuierlich von der Industrie geprüft wird. Eine verpflichtende Einspeisung von Abwärme führt zu einem Standortnachteil, weil die Aufrechterhaltung eines Fernwärmenetzes zwangsläufig zu veränderten Produktionsmustern führt, die nicht mehr der ökonomischen Logik folgen und dementsprechend zu höheren Betriebskosten führen, die nicht umgelegt werden können.</p>	n. a.	OB
M24_009	notwendige Voraussetzung	6	VB
M24_010	Ja, aber nicht als Grundlage für spätere Sanktionen	2	VB
<b>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M24_011	<p>Was bitte ist ein „Kälteplan“? Was soll das bringen? Das wird noch ein Bürokratiemonster ohne Sinn und Verstand! Soll festgelegt werden, wie viel im Sommer gekühlt und im Winter geheizt werden soll? Wer fängt was mit dem Datenwust an (erst mal sammeln, man weiß ja nie, wozu man das einmal gebrauchen kann)? Wer kann das mit welchem Ziel fachlich interpretieren? Was wird das kosten, wer soll das bezahlen? Wie sieht es aus mit dem Datenschutz? Verpflichten Wärme- und Kältepläne jemanden zu irgendetwas? Wenn ja, wozu? Was ist, wenn das nicht umsetzbar ist, wer übernimmt die Verantwortung für die Verschwendung von Steuergeldern? Hat das Vorrang vor der Gewinnung von Pflegepersonal oder Erziehern?</p>	n. a.	OB
M24_012	Eine Datenmeldepflicht für Unternehmen sollte nicht über bereits bestehende Meldepflichten hinausgehen.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M24_013	Unnütze Maßnahme Wärme und Kälte kostet Geld. Daher werden nur die benötigten Mengen bereitgestellt. Überkapazitäten sind nicht zu erwarten, ebenso wenig Unterkapazität.	n. a.	OB
M24_014	Noch mehr Verwaltung.	n. a.	OB
M24_015	Die vorgesehene Maßnahme zur Schaffung einer Datenübermittlungspflicht für Energieversorger, Unternehmen und öffentliche Stellen für die Erstellung kommunaler Wärme- und Kältepläne ist mit Blick auf aus dem Unbundling resultierenden Vorgaben kritisch zu bewerten. Insbesondere, wenn es um kommunale Stadtwerke geht, müsste streng darauf geachtet werden, dass im Strom- und Gasbereich Netz- und Kundendaten nicht in diskriminierender Weise offengelegt werden. Im (Fern-) Wärmebereich könnten kommunale Unternehmen einen erheblichen Wettbewerbsvorteil gegenüber privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen haben.	n. a.	OB
M24_016	Kritisch: Datenübermittlungspflicht von Unternehmen an Kommunen	2	VB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M24_017	Erweiterung um diese Datenübermittlungspflicht für weitere Bereiche im Klimaschutz (z.B. für die Erstellung oder Fortschreibung von CO2 Bilanzen).	n. a.	OB
M24_018	Die Beschaffung von Daten zur Erstellung von beispielsweise Energie- und CO2 Bilanzen ist aufgrund gültiger Vorschriften sehr schwierig, wenn hier eine Lockerung erfolgen könnte, sind die Chancen Kommunaler Wärmepläne deutlich höher. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M24_019	In enger Absprache mit den Kommunen sollen die Nah- und Fernwärmenetze gemäß dem Wärmeplan verbaut werden. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, dass in vielen Fällen autarke Häuser ohne Wärmenetz eine sinnvollere Alternative darstellen.	n. a.	OB
M24_020	Abgabe von Wärme an die Umwelt könnte mit einer Abgabe/ Strafsteuer belegt werden.	n. a.	OB
M24_021	wenn die kommunale Wärmeplanung Pflicht ist, geht es gar nicht anders, d.h. das ist keine Kann-Maßnahme, sondern Voraussetzung für die Pflicht im KSG	n. a.	OB
M24_022	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. <a href="http://www.klimatrittschule.de">www.klimatrittschule.de</a> , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M24_023	Erstellung einer Datenbank mit ausgeführten Nahwärmeverbänden unter Mitwirkung der EVU's, Genossenschaften, Betreibergesellschaften und Schornsteinfegern; Angabe von Kontaktdaten nach Abklärung Datenschutz	n. a.	OB
M24_024	Wer erhält/verarbeitet die Daten?	6	VB
M24_025	Welche daten? Was passiert damit? Was wird veröffentlicht?	3	VB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M24_026	Aufwand/Kosten Datenerhebung?	3	VB
M24_027	Problem: Entflechtung Netz/Vertrieb Gas und wettbewerbsrelevante Daten	0	VB
M24_028	sinnvolle Berechnung Aufwände	1	VB
M24_029	Bürokratischen Aufwand eingrenzen/beschränken	5	VB
M24_030	Aufwand Datenerhebung zur Effizienz und Nutzung der Daten klarstellen. Zielführung unklar.	1	VB
M24_031	Betriebsgeheimnisse berücksichtigen. Freiwilligkeit	6	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<b>M25</b>	<b>Konkretisierung des Flächenbedarfs zur klimafreundlichen Wärmeerzeugung</b>
<p>Der mit kommunalen Wärmeplänen festgestellte Flächenbedarf für großflächige Erzeugungsanlagen (Solarthermie, Wärmespeicher) sowie Anlagen mit spezifischen Anforderungen zum Zugang zu bestimmten Flächen (z.B. Zugang zu Gewässern bei Großwärmepumpen) ist eine wichtige fachliche Grundlage für die kommunale Bauleitplanung. Dieser Flächenbedarf für eine klimafreundliche Energieerzeugung wird mit Hilfe der Wärmeplanung konkretisiert und im Rahmen der Abwägung in den Bauleitplanverfahren berücksichtigt.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kommunale Wärmeplanung</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.1. S. 41 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 30</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	1	2	0	27
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	14	Ok.; gut!; Gut.; Das finde ich gut.; Unbedingt empfehlenswert!; Eine in jedem Fall sinnvolle Maßnahme.; Absolut sinnvoll!		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=21)	Verbändebeteiligung (n=20)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	3	/

<b>B</b> Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M25_001	Sehr wichtig. Ohne den Ausbau der Wärmenetze schaffen wir die Klimaziele nicht. Bitte auch die Kläranlagen als Wärmequelle (direkt und Biogas) nutzen.	n. a.	OB
M25_002	Da insbesondere in Siedlungsnähe der Druck auf noch vorhandene Freiflächen enorm groß ist, müssen hier Naturschutzbelange adressiert werden.	n. a.	OB
M25_003	Pläne verpflichtend umsetzen! (Planungsleistungen sollen nicht umsonst sein, ansonsten Problem mit der Motivation)	2	BB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M25_004	Nicht nur mit Hilfe der Wärmeplanung, sondern auch von Energienutzungsplänen, also auch die Stromversorgung mit einfließen lassen. In der Realität sind zu viele wichtige Abwägungsbelange vorhanden. Klimaschutz ist zu beachten und nicht nur abzuwägen. Genauso auch der Flächenbedarf für erneuerbare Energieversorgung. Möglichkeit diese Flächen in das Ökokontoprogram aufzunehmen (z.B. neu als Energiekonto). So könnten ländlichere Gemeinden mit vielen Flächen mit anderen Kommunen Flächen "tauschen". So das auf BW bezogen die Flächenbedarfe genutzt werden.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M25_005	Besonderer Einbezug von Unternehmen.	n. a.	OB
M25_006	Vorgaben zur Ausgestaltung von effizienter Wärmenutzung in Quartieren sowie dezentrale Lösungen einer kompletten Quartiersversorgung inkl. Strom und wenn möglich Wasser sind sinnvoll. Die Erarbeitung von Leitfäden oder Musterbebauungsplänen erleichtern die Arbeit vor Ort. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M25_007	BW soll sich auf Bundesebene für die Privilegierung der Solarthermie nach §35 BauGB einsetzen. Verpflichtung zur Bereitstellung und Ertüchtigung großer Gebäudedächer für die Solarenergienutzung.	n. a.	OB
M25_008	Die Wärmegewinnung durch Strom ist zu bevorzugen. Gas- und Ölheizungen müssen verboten werden. Pelletheizungen können durch Solarthermie noch besser gestaltet werden. Die Verbrennung fossiler Rohstoffe ist zu verbieten.	n. a.	OB
M25_009	Ist das bis jetzt technisch realisiert worden? Mit welchen Kosten pro kWh? Es sollen also zusätzlich zu den versiegelten Flächen durch Windkraft und Photovoltaik, Biomasse noch zusätzliche Flächen der Landwirtschaft und der Wälder herangezogen werden, um Wärme zu gewinnen? Am meisten wird dadurch Wärme im Sommer gewonnen, wo am wenigsten gebraucht wird. Große Wärmepumpen verbrauchen sehr viel Strom und Luftwärmepumpen sind sehr laut und strahlen erheblich Infraschall ab. Wie kommt die Wärme in die Häuser (100 % besitzen bereits eine Heizung!)? Will die Landesregierung BW komplett umgraben?? Solarthermieflächen werden im Sommer sehr heiß, damit wird die Umwelt aufgeheizt, Insekten sterben den Hitzetod, der Lebensraum für Fauna und Flora noch weiter eingeschränkt. So sieht also Landschafts- und Naturschutz der Landesregierung aus!!! Das soll „klimafreundlich“ sein?	n. a.	OB
M25_010	In der Kommunalen Wärmeplanung sollten ortsnahe Vorrangflächen beschrieben werden. Dies kann unabhängig gefördert werden.	n. a.	OB
M25_011	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. <a href="http://www.klimatrittschule.de">www.klimatrittschule.de</a> , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M25_012	Wie schon erwähnt stellt die gleichzeitige Strom- u. Wärmeproduktion durch PVT-Module eine enorme Effizienzsteigerung gegenüber herkömmlicher Dachnutzung dar. Die Logik im Sommer immer größer werdende Wärmemengen über das Dach abzuleiten, bedingt saisonale Wärmespeicher (am besten im Gebäudekeller), die für mildere Winter in Zukunft meist ausreichen werden.	n. a.	OB
M25_013	Voraussetzung: Intelligente EDV gestütztes System, das kostengünstige Wärmeplanung ermöglicht. Sowie die persönliche Haftung für die Richtigkeit der Daten des Verantwortlichen.	n. a.	OB
M25_014	Kommen dann Enteignungen für das Wärmekraftwerk?	n. a.	OB
M25_015	Genehmigungsfähigkeit von Anlagen (insbesondere Solarthermie im Außenbereich)	2	VB

## Wärme – Bestehende Maßnahmvorschläge

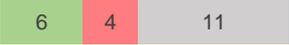
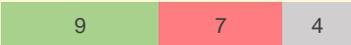
M25_016	Norm im gleichen Trang wie Wohnbauflächenbedarfsermittlung	3	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

## 2. HANDLUNGSFELD: ENERGIESPAREN IM NEUBAU UND BEI DER SANIERUNG PRIVATER GEBÄUDE

<b>M26</b>	<b>Serielle Sanierung</b>
<p>Um Sanierungen zu erleichtern, die Sanierungskosten zu senken und sowohl die Sanierungsqualität als auch die Sanierungsquote zu erhöhen, sollen bestehende Wohngebäude unter Verwendung industriell vorgefertigter Fassaden- und Dachelemente qualitativ hochwertig auf einen ambitionierten Energiestandard saniert werden. Dabei sollen analog zu „Energiesprung“ aus den Niederlanden in BW erste Modellprojekte zur seriellen Sanierung durchgeführt und in Form eines Landesförderprogramms gefördert werden. Für Kulturdenkmale sind denkmalgerechte Konzepte zu entwickeln.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderprogramm „serielle Sanierung“</li> <li>• Unterstützung bestehender Bundesprogramme (v.a. das Projekt der dena)</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.2. S. 42 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
Gesamtanzahl Kommentare: 39				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbände<b>beteiligung</b></i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	2	0	2	35
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	9	Ok.; sehr gut.; Das finde ich gut.; Eine in jedem Fall sinnvolle Maßnahme.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>		<i>Verbände<b>beteiligung</b></i> (n=20)	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #90ee90; width: 62%;"></div> <div style="background-color: #d3d3d3; width: 38%;"></div> </div>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #90ee90; width: 60%;"></div> <div style="background-color: #ff69b4; width: 25%;"></div> <div style="background-color: #d3d3d3; width: 15%;"></div> </div>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #90ee90; width: 31%;"></div> <div style="background-color: #d3d3d3; width: 69%;"></div> </div>	

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	2	1	5

<b>B</b> <b>Kommentarinhalt</b>			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M26_001	Diesen Punkt finde ich sehr wichtig, da aus ökologischen Gründen eine Sanierung immer einem Neubau vorzuziehen ist.	n. a.	OB
M26_002	Gute Idee. Wäre gern bereit mein Reihenhaus (Bj. 1958) als Modellprojekt zur Verfügung zu stellen.	n. a.	OB
M26_003	Serielle Sanierungen sind im Geschößwohnungsbau sehr gut anzuwenden, eine Förderung ist hier nützlich und dient voraussichtlich dazu die Sanierung von Gebäuden im Besitz von WEG's zu fördern. Die Ein- und Zweifamilienhäuser dürfen jedoch nicht vergessen werden. Eine erweiterte Förderung mit Sonderkonditionen ergänzend zur KfW Förderung über die L-Bank wie bereits einmal durchgeführt würden den Sanierungsmarkt in Baden-Württemberg voraussichtlich weiter steigern. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M26_004	Serielles Sanieren wird bis auf weiteres ein Nischenthema bleiben und sollte daher intensiv weiterbetrieben aber auch entsprechend gewichtet werden.	n. a.	OB
M26_005	Unterstützung, allerdings soll darauf geachtet werden, dass die Dämmung aus natürlichen Rohstoffen besteht! Keine Styropor-Dämmung, die nur mittelfristige Dämmwirkung hat und als Sondermüll entsorgt werden muss.	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M26_006	Der Ideengeber für die Plattform hätte mal mit einem Professor der Fachrichtung „Architektur“ einer unserer Hochschulen sprechen sollen, dann wäre ihm vielleicht vorher klar geworden, was für eine absurde Idee das ist. Wie viele identische Häuser gibt es bei uns, an die passgenaue vorgefertigte Elemente von der Stange angebaut werden können? Dass das Einpacken in Schaumstoff den Häusern nicht bekommt, sollte sich herumgesprochen haben, sondern Schäden verursacht (neben erhöhtem Brandrisiko), die Heizkosten nicht senkt, sondern durch Feuchtigkeit mittels Mikrorissen und Kapillareffekt im Schaumstoff die Heizkosten erhöht, bauphysikalisch schädlich mit starker Schimmelbildung. Die Schaumstoffe sind mit Giften	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	behandelt und Algenwachstum zu verhindern, die in das Grundwasser gelangen (nachgewiesen!) und Kleinstlebewesen vergiften. Für die verwendeten Schaumstoffe, die nach ein paar Jahren erneut saniert werden müssen, gibt es bisher keine Entsorgungsmöglichkeit. Das treibt die Kosten hoch und erhöht direkt die Mietpreise. Der Bundesrechnungshof hat den Förderprogrammen der Bundesregierung ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Welches Evaluationsergebnis liegt für das Programm der DENA vor?		
M26_007	Schwierig! Jedes Gebäude benötigt eine individuelle energetische Optimierung. Doch lassen sich dafür mit Sicherheit gewisse kostengünstige Maßnahmen entwickeln, mit denen die Sanierungskosten gesenkt werden können.	n. a.	OB
M26_008	Bisher waren wenigstens denkmalgeschützte Gebäude vor dem Dämmwahn geschützt. Die Bauphysik passt nicht dazu. Bei Neubauten mit entsprechenden Lüftungskonzepten funktioniert Dämmung. Allerdings hatten meine Kollegen enorme Wartungskosten (absurd überhöhte Ersatzteilpreise). Die Probleme mit Schimmel und Nestbau behebt serielle Sanierung auch nicht.	n. a.	OB
M26_009	Sanierungen sollten stärker in Frage gestellt werden. Besonders der Ansatz die Kosten zu senken, wirft die Frage auf, welche Materialien hierzu verwendet werden. Inwiefern ist die Herstellung und spätere Entsorgung dieser Stoffe klima- und/ oder umweltschädlich? Sind diese Materialien aus fossilen Rohstoffen? Enthalten Sie Gifte? Sind sie am Ende Sondermüll? Inwiefern wird die zur Herstellung und Entsorgung benötigte Energie berücksichtigt? (nach Prof. Sobek: Der Gesamtenergieverbrauch eines Gebäudes besteht nur zu 40% aus der Energie, die während der Nutzung benötigt werden, der Rest wird für die Herstellung und Entsorgung benötigt) Jede Sanierung muss auch gestalterisch durchdacht sein. Eine trostlose Verküstung der Umwelt hat weitreichende Folgen auf das Wohlbefinden, die Gesundheit und das Zusammenleben der Menschen.	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M26_010	Was ist unter "serieller Sanierung zu verstehen? Ein Angebot an preiswerten Bauteilen, die es im Fachhandel oder im Baumarkt zu kaufen gibt, sollte reichen.	n. a.	OB
M26_011	Ab 2020 Nullenergiehäuser fördern. Für Plusenergiehäuser zusätzliche Bonus-Förderung.	n. a.	OB
M26_012	TU München hat das Forschungsprojekt TES zu vorgefertigten Fassaden gemacht. Dies kann als Beispiel für effiziente und umweltfreundliche Fassadensanierung genommen werden. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M26_013	Die Gemeinde Waldstetten - in der ich zufällig wohne - würde sich als Modell-Kommune bestens eignen. Es gibt Sanierungsbedarf bei den Liegenschaften der Gemeinde und auch bei privaten Immobilien. Aber es gibt auch neue Häuser, also eine gute Mischung. Sanierung nach Baukasten finde	n. a.	OB

	<p>ich gut, denke auch es schafft Arbeitsplätze, wenn 2 Leute im Schnitt PV-Anlagen installieren (Skalierungseffekt durch Bau nicht 1 Anlage, sondern 50 Anlagen vom gleichen Hersteller, installiert durch 2 geschulte Leute - denn die Elektrohandwerker vor Ort haben aus Kapa-Gründen gar kein Interesse an sowas - verrückte Situation) Ähnliches für Dachsanierungen, Fenstertausch, etc. denkbar. Wenn es nicht anders geht holen wir uns Facharbeiter aus Polen und lernen diese an, samt Familien, und bringen die Kinder vor Ort in die Schule.</p>		
M26_014	<p>Das Land wirkt auf Bundesebene darauf hin, dass im GEG der Niedrigstenergiestandard für Neubauten erhalten bleibt. Außerdem wirkt es im Bundesrat darauf hin, dass die Zielvorgaben, wie "nahezu klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050" entsprechend den Landeszielen, also der Einhaltung der 1,5 Grad Grenze angepasst werden.</p> <p><b>(Duplikate: 1)</b></p>	n. a.	OB
M26_015	<p>Warum nicht eine "Dachumlage" für Dachflächen, die weder zur Energiegewinnung genutzt werden, noch begrünt sind. Das Geld wird jährlich ausgeschüttet an die Eigentümer von Dachflächen, wo genau dies der Fall ist. Auf diese Weise werden "first mover" belohnt, denn sie bekommen ja im ersten Jahr der Regelung das meiste Geld...</p>	n. a.	OB
M26_016	<p>In vielen Mietwohnungen werden die Kosten für Heizenergie von den Mietern getragen. Eine Sanierung wird also vom Vermieter mit aller Wahrscheinlichkeit auf die Mietkosten umgelegt, was einkommensschwache Mieter davon abhält, hier die Initiative zu ergreifen. Ein zinsloser Kredit zur energetischen Sanierung, der mit Raten in Höhe der Differenz zwischen tatsächlichen Energiekosten und einem Durchschnitt aus den Energiekosten der letzten Jahre zurückgezahlt wird, wäre eine für den Staat günstige und für Mieter risikoarme Maßnahme zur Finanzierung energetischer Aufrüstung.</p>	n. a.	OB
M26_017	<p>Bündelung der Maßnahmen auf einen Straßenzug, um Synergieeffekte zu erhalten und um den psychologischen Druck auszunutzen.</p>	n. a.	OB
M26_018	<p>Erarbeitung von Konzepten, die eine serielle Sanierung mit Effizienzmaßnahmen kombinieren (z.B. über Energiecontrolling bis hin zu Contracting für den TGA-Anteil). Insbesondere Energiesparmaßnahmen mit langer Refinanzierung (Wärmeschutz) sollten durch das Landesprogramm deutlich bezuschusst werden, so dass dadurch der Energiebedarf maßgeblich gesenkt werden kann. Vom Land sollte eine „Dämmoffensive“ (über das serielle Sanieren hinaus) gemeinsam mit den relevanten Akteuren entwickelt, bezuschusst und beworben werden.</p>	n. a.	OB
M26_019	<p>Die Dämmung (Sanierung) von Bestandsgebäuden, die ein höheres Alter aufweisen, ist mit exorbitant hohen Kosten verbunden, die nur die wenigsten Hausbesitzer 'schultern' können. Vorgefertigte Sanierungselemente sind bestimmt ein guter Weg, um die Kosten auf ein erträgliches - und vor allem: vermittelbares! - Niveau zu senken. So gesehen könnte man die 40 Milliarden für Kompensationsmaßnahmen in Braunkohle-Abbaugebieten in die Sanierung von Wohngebäuden vor Ort investieren. Ein breit angelegtes, bundesweites Sanierungsprogramm ist immens teuer und müsste über mehrere Jahre/Jahrzehnte hinweg aufgelegt und auch entsprechend mit</p>	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Mitteln ausgestattet werden. Es müsste auch wesentlich bessere steuerliche Anreize für solche Sanierungsprogramme geben, verbunden mit guter steuerlicher Absetzbarkeit.		
M26_020	Das Land wirkt auf Bundesebene darauf hin, dass Niedrigstenergie für Neubauten erhalten bleibt. Klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050 muss vordatiert werden für die Einhaltung der Erhitzungsgrenze.	n. a.	OB
M26_021	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. <a href="http://www.klimatrittschule.de">www.klimatrittschule.de</a> , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M26_022	Viele Wege führen nach Rom. Das gilt auch beim Erreichen von KfW Standards und Null-Energie Häusern. Ich rate zu mehr Aufklärung über die techn. Komponenten, die bei Energiesprung zum Zuge kommen. (z.B. welche Solarmodule, Wärmepumpe, Brandschutzklasse der Fassadenelemente...kann diese begründet werden? usw.) Interessant werden statistisch gesammelte Daten bezügl. Flächen-, Strom- u. Wärmeverbrauch beim Hochrechnen auf einen gesamten Häuserblock,! da mehrgeschossige, rechteckig zwischen 4 Straßenzügen angeordnete Miets- und Geschäftshäuser in den urbanen Zentren weltweit eine dominante, architektonische Grundeinheit darstellen! Eine von mir vorgeschlagene Quartierslösung bezieht sich nun also (auch aus Zeitgründen) gleich auf einen ganzen Häuserblock und kann somit im Ansatz eine Möglichkeit bieten, Lösungen zu finden, die dann auch global übertragbar sind. Durch das Potenzieren der seriellen Sanierungseinheit (Häuserblock statt Einzelgebäude) erweitert sich auch das Anwendungsspektrum von erneuerbaren Energien und /oder Einsatz energieeffizienter Technik. z.B. - Kleinere Biogasanlagen zur Nutzung der org. Abfälle durch - Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. - saisonale Wärmespeicher & Eisspeicher - bessere und preisgünstiger Dimensionierung der Einheiten von Energieerzeugung und Energieverbrauch - Nutzung des Innenraums (Gemeinschaft der Hinterhöfe) für zusätzliche Flächen zur Energiegewinnung, ev. kleinere Agrarproduktion oder gar Wohnraumverdichtung zur Finanzierung der energetischen Sanierung. - Möglichkeit für viele weitere Initiativen innerhalb des Häuserblocks, die auch "gesellschaftliche Wärme" u. Zusammenhalt fördern sollten.	n. a.	OB
M26_023	Der Einsatz nachhaltiger Cradle-to-Cradle Produkte sollte für diese Förderungen zwingend vorgeschrieben werden.	n. a.	OB
M26_024	Baugenossenschaften und städtische Wohnungsbaununternehmen bei der Planung/Umsetzung solcher Vorhaben unterstützen/fördern.	1	BB
M26_025	Sanierung mit Nachhaltigkeitskriterien (z.B. ökologische Dämmung)	2	BB
M26_026	KfW 100 Standard	0	JB
M26_027	ökologische Baumaterialien	0	JB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
---------	-----------	------------	--------

M27	Sicherstellung zukunftsfähiger Gebäudestandards
<p>Die Landesregierung wirkt auf Bundesebene darauf hin, dass das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zielkompatible Anforderungen bei Neubau und Sanierung enthält, sowie die Länderöffnungsklausel erhalten bleibt. Damit soll das Sanierungsniveau angehoben werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gebäudeenergiegesetz (GEG)</li> <li>• Hinwirken auf zielkompatible Anforderungen bei Neubau und Sanierung</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.2. S. 42 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 79				
	Bürgerbeteiligung	Verbände <b>e</b> beteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	1	19	0	61
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	Anzahl	Auswahl		
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	3	Ja.		
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung		Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=21)	Verbände <b>e</b> beteiligung (n=20)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/	
Ihre Umsetzung ist notwendig			/	

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	2	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M27_001	Beides wünschenswerte Maßnahmen. Allerdings: Im Kontext der durch den Klimawandel bedingten ansteigenden Temperaturen in unseren Breiten müsste doppelte Vorsorge getroffen werden: Maßnahmen gegen den Wärmeverlust eines Gebäudes und solche, die gegen hohe Außentemperaturen effizient abschirmen. Welche Dämmstoffe usw. wären hier denkbar?	n. a.	OB
M27_002	Unterstützung, aber keine Styropor-Dämmung	n. a.	OB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M27_003	GEG ist zu schlecht, um die Klimaziele zu erreichen. Die EPBD ist das bessere Werkzeug. Oder man schreibt nur U-Werte vor, rechnen nur dann, wenn diese nicht eingehalten werden können.	n. a.	OB
M27_004	Es muss klar sein, dass nicht jedes Gebäude zum Passivstandard saniert werden kann. Schwer zu dämmende Kellergeschosse, Fachwerkhäuser, komplexe Dächer... In diesen Fällen sollten keine "zielkompatible Anforderungen" gefordert werden, sondern Augenmaß. Eine diverse Bebauung sowie die für Neubauten notwendigen Ressourcen rechtfertigen auch den Erhalt von subperfekt gedämmten Häusern. Der Fokus sollte daher auf dem Passivhausstandard für Neubauten, sowie kostendeckender und energieeffizienter Maßnahmen für Altbauten liegen. Wir brauchen keinen weiteren Regulierungswahn.	n. a.	OB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M27_005	Das Land wirkt auf Bundesebene darauf hin, dass im GEG der Niedrigstenergiestandard für Neubauten erhalten bleibt. Außerdem wirkt es im Bundesrat darauf hin, dass die Zielvorgaben, wie "nahezu klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050" entsprechend den Landeszielen, also der Einhaltung der 1,5 Grad Grenze angepasst werden. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M27_006	Was ist ein zukunftsfähiger Gebäudestandard? Dass die Häuser noch in 30 Jahren stehen? Wurden bisher Gebäude gebaut, denen man kein längeres	n. a.	OB

	<p>„Leben“ zugetraut hat? Was soll ein Gesetz auf Bundesebene, wenn die Landesregierung nach Belieben davon abweichen will? „Zielkompatibel“: Wurden bisher überwiegend Gesetze beschlossen, die andere Folgen hatten als beabsichtigt? Kein Wunder, dass so viel schief läuft bei uns. Wieso weiß eigentlich die Landesregierung besser als Architekten und Bauingenieure, was ein „gutes“ Gebäude auszeichnet? Das Ziel bestimmt der Bauherr und nicht der Staat. Es bleibt dem Staat unbenommen, bei eigenen Bauvorhaben die Zielkompatibilität herzustellen. Da bekanntlich durch Fensterflächen mehr Wärme verloren geht als durch Wände, wird bei Landesgebäuden auf Fenster verzichtet und innen mit sparsamer LED-Beleuchtung Arbeitsfähigkeit hergestellt. So kann man bereits bei bestehenden Gebäuden die Fenster zubauen und hat einen deutlichen Effekt bei der Einsparung von Heizenergie. Schwierig wird das aber bei verglasten Gebäuden...</p>		
M27_007	<p>Zielsetzung: Null-Energie bzw. Null-Emissionsgebäude --&gt; WICHTIG: Vorgabe JETZT, wie die Vorgaben für die nächsten 30 Jahre aussehen. Dies führt dann zu Investitionssicherheit und könnte die aktuell viel zu geringe Sanierungsrate wieder steigern</p>	n. a.	OB
M27_008	<p>Bei jeder Sanierung von Gebäuden sollte stärker berücksichtigt werden, welche Materialien hierzu verwendet werden. Inwiefern ist die Herstellung und spätere Entsorgung dieser Stoffe klima- und/ oder umweltschädlich? Sind diese Materialien aus fossilen Rohstoffen? Enthalten Sie Gifte? Sind sie am Ende Sondermüll? Inwiefern wird die zur Herstellung und Entsorgung benötigte Energie berücksichtigt? (nach Prof. Sobek: Der Gesamtenergieverbrauch eines Gebäudes besteht nur zu 40% aus der Energie, die während der Nutzung benötigt werden, der Rest wird für Herstellung und Entsorgung benötigt) Jede Sanierung muss auch gestalterisch durchdacht sein. Eine trostlose Verküstung der Umwelt hat weitreichende Folgen auf das Wohlbefinden, die Gesundheit und das Zusammenleben der Menschen.</p>	n. a.	OB
M27_009	<p>Das Land sollte perspektivisch das Niveau KfW 40, kurzfristig zumindest das Niveau KfW 55 als Neubaustandard einfordern. Ziel sollte es sein, dass das EWärmeG Baden-Württemberg das Anforderungsniveau des Bundes für den Gebäudebestand beschreibt.</p>	n. a.	OB
M27_010	<p>Wenn der klimaneutrale Gebäudebestand tatsächlich ernsthaft erreicht werden soll, darf man heutzutage nicht mehr anders bauen - vor allem nicht öffentliche Gebäude. Alles andere ist komplett unglaublich</p>	n. a.	OB
M27_011	<p>Die im bisherigen Entwurf des GEG enthaltenen Anforderungen sind von Seiten der Bundesregierung etwas "kurz" gedacht, eine Erhöhung der Anforderungen auf einen heutigen Effizienzhausstandard 55 wäre wirtschaftlich und mit den heutigen Baustoffen und der Technik ohne Weiteres machbar. Die Einführung des GEG, auch zur Vereinfachung und zur Verbesserung im Bereich Anrechnung von PV Strom ist jedoch wichtig und sollte bei Bedarf im ersten Schritt auch mit dem bestehenden Standard erfolgen, eine Novellierung ist jederzeit machbar. <b>(Duplikate: 1)</b></p>	n. a.	OB
M27_012	<p>Niveau der Sanierung muss bei KfW40 oder KfW55 liegen.</p>	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M27_013	Finanzielle Förderung von Holzbauten, sollte die CO2-Steuer nicht eingeführt werden. Ggf. als zusätzliche Ergänzung.	n. a.	OB
M27_014	Ich halte es für sinnvoll, für Bestandsgebäude eine Sanierungspflicht im GEG festzulegen, die im Augenblick des Eigentumübergangs (Schenkung, Kauf, Erbe) wirksam wird und eine Sanierung auf EnEV-Niveau innerhalb von fünf oder zehn Jahren vorschreibt. Für WEGen und Gebäude unter Denkmalschutz wären natürlich Sonderregelungen nötig, über die man noch diskutieren müsste.	n. a.	OB
M27_015	Nicht nur auf die physikalische Wärmedämmung achten, die Baubiologie ist ebenso wichtig. Der Hausherr sollte auch für baubiologisch wertvolle, teurere Isolationen Förderung bekommen. Ich denke da nur an Brennbarkeit und Wasserdampf Diffusion etc..	n. a.	OB
M27_016	Auch hier sollte es darum gehen, möglichst schnell möglichst viele Gebäude klimaneutral zu heizen. D.h. der Niedrigstenergiestandard muss auf jeden Fall erhalten bleiben.	n. a.	OB
M27_017	Helfen der Wohnungsnot nicht. Baurecht vereinfachen.	n. a.	OB
M27_018	Bei der Länderöffnungsklausel darf es nicht möglich seine Unterschreitungen zu ermöglichen.	n. a.	OB
M27_019	Auf Bundesebene geeignete Berechnungsverfahren für PE und CO2 von Fernwärme durchsetzen.	n. a.	OB
M27_020	Es dürfen die Gebäude nicht nur energetisch optimiert werden. Auch der ökologische Gedanke und Cradle-to- Cradle sind zu berücksichtigen. Also, nicht dämmen bis zu null Energiehaus, denn das kostet viel zu viel Ressourcen. So dämmen, dass Wärmepumpen sinnvoll eingesetzt werden können. Da reicht KfW55 voll und ganz aus.	n. a.	OB
M27_021	Jedes neue Haus muss mind. 130% vom eigenen Energieverbrauch erzeugen. Das ist mit einer guten Gebäudehülle und effizienter Haustechnik wie Erdwärmepumpe kein Problem. Sanierte Häuser 100% <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M27_022	Das GEG läuft auf eine Verschärfung der ENEV heraus. Das geht nicht kostenneutral. Wie verträgt sich das mit der Forderung nach bezahlbaren Mieten? Ja, ich habe als Kleinvermieter ein Interesse an bezahlbaren Mieten. Nur so finde ich vernünftige Mieter. Drauflegen kann ich aber nicht.	n. a.	OB
M27_023	Dachbegrünung und andere Maßnahmen als Standard?	1	BB
M27_024	keine Sonderanforderungen im Land	1	VB
M27_025	Fördern statt gesetzlich verpflichten. Pflichten (=zusätzliche Kosten) halten Eigentümer möglicherweise von Sanierung ab	3	VB
M27_026	SFP Neubau. Perspektive 2050	0	VB
M27_027	Sozialverträglichkeit sicherstellen	5	VB
M27_028	für rechtsanwender Gebäudestandards einfach/verständlich machen	1	VB
M27_029	keine Festlegung auf einen Standard	0	VB
M27_030	statt Max-Standards möglichst große Breitenwirkung (Dänemark)	0	VB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M27_031	Höhere Standards	1	VB
M27_032	Fokus auf Bestand legen (Pflichten?)	5	VB
M27_033	Keine überzogenen Forderungen. Augenmaß schafft Akzeptanz!	4	VB
M27_034	Klarstellung für alle Gebäude	2	VB
M27_035	Vorrang Quartierslösung mit Wärmenetzen	1	VB
M27_036	Lebenszyklus mit einbeziehen <sup>2</sup>	2	VB
M27_037	Einbeziehung der Produktionsenergie der Dämmung (wie A)	0	VB
M27_038	Weiterentwicklung der Bewertungs- und Berechnungszahlen hin zum Klimaschutz = CO <sub>2</sub> /THG Bewertung	1	VB
M27_039	Anforderungen so halten, dass Wohnraumschaffung bezahlbar bleibt	4	VB
M27_040	Was sind zielkompatible Anforderungen?	3	VB
M27_041	Definition/Festlegung "Niedrigstenergiegebäude"	0	VB
M27_041	Das EWärmeG Baden-Württemberg sollte in seiner jetzigen Form nicht als Blaupause fürs GEG verwendet werden. Ansonsten ist eine bundeseinheitliche Lösung zur Wärmewende und vor allem zur Behebung des Sanierungsstaus sehr wichtig.	0	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M27_043	In der Einleitung unter Pkt.4 wird der Austausch von Nachtspeicherheizungen gefordert. Das ist ökologischer Unsinn. 1. Speicherheizungen benötigen weniger kWh Energie als Gas Heizungen (bei gleichem Energiestandard). 2. Power to Gas ist nicht effizienter. 3. Nachts ist im Winter reichlich Windstrom vorhanden, der genutzt werden kann. 4. Wärmepumpen heizen tagsüber, wenn Verkehr, Industrie und Haushalte Öko-Strom brauchen, Speicherheizungen nutzen Phasen mit geringem Strombedarf und stabilisieren dazu das Netz. Bitte langsam mal umdenken. 5. Keine Großinvestitionen hierfür erforderlich.	n. a.	OB

<b>M28</b>	<b>Förderung zukunftsfähiger Gebäudestandards</b>
	<p>Die KfW-Förderung „Energieeffizient Sanieren“ für ambitionierte Sanierungen des Bundes (Effizienzhaus 70 und 55) soll durch ein L-Bank-Förderprogramm aufgestockt werden. Hiermit sollen mehr Gelder bereitstehen, um den Gebäudebestand zielorientiert sanieren zu können und weitere Anreize für die Sanierung zu setzen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesförderprogramm Energieeffizient Sanieren</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.2. S. 42 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 90				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	13	9	2	66
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	13	Sehr gut.; Guter Ansatz.; Gute Idee.; Super, sehr gut!; Eine in jeder Hinsicht sinnvolle Maßnahme.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/	
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	1	0	2	

B Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M28_001	Volle Unterstützung. Bitte in Verbindung mit Informationsveranstaltungen für die Bürger (technische Beratung, Energieberatung, Fördermittelberatung, etc.)	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M28_002	Ja, Bestandsgebäude die KfW70 oder 55 erreichen sollten mehr Förderung als bisher erhalten... Dabei müssen aber auch die verwandte EE berücksichtigt werden. Also nicht nur die Gebäudedämmung.	n. a.	OB
M28_003	Die Einführung (Wiedereinführung) einer verbesserten Förderung über die L-Bank ist sehr zu begrüßen. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M28_004	Ausreichende Zuschüsse/Förderungsmittel müssen bereitgestellt werden, damit eine ganzheitliche Sanierung inklusive Energieversorgung (Photovoltaik Anlage) möglich ist. Diese Förderungsmittel müssen für einen längeren Zeitraum gelten, um Planungssicherheit bei Investoren und Bauunternehmen zu garantieren. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M28_005	Die Einführung diese etwas verbesserten Förderung hat Baden-Württemberg hier zum Spitzenreiter bei der Nutzung von KfW-Mitteln gemacht. Dies ist aus der Praxis oft das Zünglein, welches eine zukunftsorientierte Sanierung erst für den Sanierungswilligen in die konkretere Überlegung bringt.	n. a.	OB
M28_006	Sehr gut. Bitte mit attraktiver Aufstockung! Und bei Nichtwohngebäude bitte ein Zuschuss-Programm bei Sanierungen!	n. a.	OB
M28_007	Im Prinzip ja, siehe jedoch Anmerkungen zu M27.	n. a.	OB
M28_008	Aus BUND-Sicht ist KfW 70 nicht ausreichend. Die Verwendung von Passivhauskomponenten bei der Bestandsmodernisierung muss zum Baustandard werden.	n. a.	OB
M28_009	Diese Beratung und Unterstützung sollten weiterhin finanziell unterstützt werden.	2	BB
<b>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M28_010	Ich halte nichts von Förderprogrammen, da dies in einem Bürokratiedschungel und nicht praxistauglichen Prozess endet. Bitte Programm beenden.	0	BB
<b>Keine wertende Einordnung vorgenommen</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M28_011	Die Förderungsmittel werden im nächsten Bundeshaushalt (ab 2020) festgesetzt, um Planungssicherheit zu garantieren. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M28_012	Zusätzlich zu bestehenden Kredit- und Zuschussförderung wird eine steuerliche Förderung in Höhe von 40% eingeführt. Außerdem wird die Abschreibung für Abnutzung verbessert. Somit können Vermieter die anteiligen Sanierungskosten für ein Gebäude abschreiben; die Abschreiberate wird auf 5% für 20 Jahre gesetzt. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M28_013	Niveau der Sanierung muss bei KfW40 oder KfW55 liegen. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M28_014	Bei der Sanierung müssen die grauen Energien minimiert werden.	n. a.	OB

	<b>(Duplikate: 37)</b>		
M28_015	Gewinnflächen müssen aktiviert werden -> beim Sanieren auf alle Dächer PV-Anlagen <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M28_016	Die Förderung von Einzelmaßnahmen (wie zum Beispiel Kessel-, Fenstertausch, Dach- und Fassadendämmung) muss erhöht, vereinfacht und sinnvoll beworben werden. Es ist sinnvoll die Förderung der Einzelmaßnahmen auf 20% zu verdoppeln. <b>(Duplikate: 37)</b>	n. a.	OB
M28_017	Die Politik beklagt, dass zu wenig Wohnungen gebaut werden. Die Politik verschärft seit Jahren die Anforderungen immer mehr, was zu steigenden Gebäude- und damit zu steigenden Mietpreisen führt. In europ. Nachbarländern kann deutlich günstiger gebaut werden als in D. Was hat Vorrang: Günstige Baupreise und Mieten oder immer höhere und damit unwirtschaftliche Energiestandards? Beides gleichzeitig geht nicht. Wer das von der Politik kann, sollte sich selbständig machen und ein Bauunternehmen gründen, dann wird er schnell zum Millionär. Und wieder sollen Subventionen helfen, wo die Planungen der Politik in die falsche Richtung gehen.	n. a.	OB
M28_018	Mit solchen "Förderungen" können Sie unerfahrene Selbstbewohner über den Tisch ziehen. Bisher haben sich diese wegen überhöhter Investitionen nie gerechnet. Dabei ist die Unbekannte "Wann muss die Dämmung saniert werden" noch nicht berücksichtigt. Wie wäre es mit einer 30 Jahre-Garantie für Dämmungen. Absicherung des Konkurs-Risikos des Anbieters durch das Land?	n. a.	OB
M28_019	Abschreibungsmodelle für Sanierungen wären ein guter Ansatz!	n. a.	OB
M28_020	Bauen muss auch preiswerter werden (vgl. Niederlande, Modelle in Deutschland) Förderung aber eher in Verbindung mit Quartieren, Mehrfamilien-Wohnanlagen, oder mind. Reihenhäusern. Der Platzverbrauch ist immens bei reinen Einfamilienhäusern. Bauvorschriften dürfen nicht die Kosten zu hochtreiben (Geschossdicken, etc.) Anreiz-System zum Wechsel von Wohnraum in verschiedenen Lebensabschnitten, Beispiel: Zimmer oder WG mit 18, kleine Wohnung als Paar oder Single, kleines Haus oder Wohnung als Familie, Apartment mit 50-60 (Kinder aus dem Haus), Mehrfamilienhaus mit 60-70, betreutes Wohnen mit 80, etc. Vielleicht kann gefördert werden, dass man nicht sein Leben lang etwas abbezahlt, sondern solch eine Kauf oder Bau auf 20 oder 30 Jahre angelegt ist wie das Leasing eines Autos, dann gibt man das Objekt einer Bank oder ImmoGesellschaft und least ein nächstes Objekt.	n. a.	OB
M28_021	Die Förderung müsste so hoch sein, dass nicht nur Mitnahmeeffekte passieren.	n. a.	OB
M28_022	Ab 2020 Nullenergiehäuser fördern. Für Plusenergiehäuser zusätzliche Bonus-Förderung.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M28_023	KfW 55 ist nicht ausreichend, gerade weil die Gebäude anschließend über viele Jahre nicht mehr saniert werden. Denken Sie daran, wie andernfalls die Klimaziele eingehalten werden sollen.	n. a.	OB
M28_024	das Programm wurde erst vor wenigen Jahren eingestellt - warum soll es nun wieder aufgelegt werden, wo die Bundesförderung weiterhin so gut ist?	n. a.	OB
M28_025	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M28_026	wichtiger als weitere Fördermittel ist ein ausreichendes und perspektivisch steigendes Preisniveau für fossile Energieträger (CO2-Preis)	n. a.	OB
M28_027	Im Vergleich zu den Haus- u. Grundbesitzern, die ihr Eigentum, Heimat und Wurzeln durch den Kohle-Tagebau und somit zur Energiesicherung verloren haben - und immer noch verlieren - wirken Hausbesitzer, die ihre Dächer mit Steuer- u. KfW Geld vergolden könnten - es aber auch aus Bequemlichkeit nicht tun - wie arrogante Vollpfosten. Hier helfen nur schnelle, gesetzliche Vorgaben, die gerne auch anspruchsvoller wie die europäischen Vorgaben, in nationales Recht umgesetzt werden dürfen.	n. a.	OB
M28_028	Bei jeder Sanierung von Gebäuden sollte stärker berücksichtigt werden, welche Materialien hierzu verwendet werden. Inwiefern ist die Herstellung und spätere Entsorgung dieser Stoffe klima- und/ oder umweltschädlich? Sind diese Materialien aus fossilen Rohstoffen? Enthalten Sie Gifte? Sind sie am Ende Sondermüll? Inwiefern wird die zur Herstellung und Entsorgung benötigte Energie berücksichtigt? (nach Prof. Sobek: Der Gesamtenergieverbrauch eines Gebäudes besteht nur zu 40% aus der Energie, die während der Nutzung benötigt werden. Der Rest wird für Herstellung und Entsorgung benötigt) Jede Sanierung muss auch gestalterisch durchdacht sein. Eine trostlose Verküstung der Umwelt hat weitreichende Folgen auf das Wohlbefinden, die Gesundheit und das Zusammenleben der Menschen.	n. a.	OB
M28_029	Wenn es schon um Energieeffizienz-Sanierungen geht, sollte ein möglichst hoher Standard angestrebt werden. KfW70 für Neubauten ist gestrichen, auch bei Sanierungen sollte das Ziel bei KfW40 oder 55 liegen. Die Förderung sollte besonders Gesamtkonzepte begünstigen, bei denen z.B. auch PV installiert wird. Die Förderung muss langfristig planbar sein, d.h. langfristige Festschreibung im Haushalt, um Investitionssicherheit zu bieten.	n. a.	OB
M28_030	Dieses Programm stellt ohnehin nur einen minimalen Anreiz dar.	n. a.	OB
M28_031	Steuerliche Absetzbarkeit und Sanierungsmaßnahmen	0	BB
M28_032	Statt Grunderwerbssteuer diesen Betrag verpflichtend in die energetische Optimierung stecken.	6	BB
M28_033	Sanierungsberatung soll Voraussetzung der Förderung sein. Es muss zwingend ein Architekt/Ingenieur beauftragt werden.	0	BB
M28_034	Förderstruktur vereinfachen; verstärkte Förderung bei Mietobjekten und in Verbindung mit Mietobergrenzen.	1	BB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M28_035	Direktzuschuss. Dafür braucht es vereinfachte Formulare (sonst Barriere)	8	BB
M28_036	Schriftlicher Aufwand verringern. Um Förderung zu bekommen ist eine Fachfrau/mann notwendig, die sind rar.	2	BB
M28_037	Auch Paketförderung durch L-Bank wieder einführen.	1	BB
M28_038	Stadt/Gemeinde sollte einen Geld-Pool haben (KfW gestützt) zur individuellen Förderung (Direktzuschuss)	1	BB
M28_039	In Sanierungsgebieten die Eigentümer aktiv bei Denkmalgebäuden fördern, auch wenn die KfW-Werte nicht erreicht werden.	0	BB
M28_040	Was ist mit Neubau? Hier muss die Förderung auch überarbeitet und wieder attraktiver gemacht werden (Stichwort: Zins)	1	BB
M28_041	Zinssituation, Effekt verpufft; somit ist ein Zuschuss besser	0	BB
M28_042	Förderung NBBW ausweiten von kommunalem Hochbau auf private Sanierung	2	VB
M28_043	Zuschlag für nachhaltige Baustoffe, Bsp. Freiburg; NBBW	1	VB
M28_044	Alternative Förderung anbieten für innovative Maßnahmen jenseits der KfW-Standards (Maßstab THg Minderung)	1	VB
M28_045	Förderung fossiler Energieträger streichen	0	VB
M28_046	CO2-Bepreisung fossiler Brennstoffe: Initiative BR	4	VB
M28_047	Vereinfachung der technischen Mindestanforderungen (siehe KfW)	0	VB
M28_048	Förderung über Bundes-Fördertatbestände hinaus. Nicht nur aufstocken.	3	VB
M28_049	Steuerliche Förderung	9	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<b>M29</b>	<b>Weiterentwicklung rechtlicher Grundlagen</b>
<p>Das Umweltministerium wirkt darauf hin, die bundesrechtlichen Vorgaben zum Austausch alter ineffizienter Heizanlagen zu schärfen. Dabei geht es z.B. um eine Ausweitung der Nachrüstverpflichtung alter Heizkessel im Rahmen des (geplanten) Gebäudeenergie-Gesetzes (GEG) und den Einsatz von Niedertemperatur-Verteilssystemen im Neubau.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• GEG: Hinwirken auf eine Ausweitung der Nachrüstverpflichtung alter Heizkessel</li> <li>• Prüfung rechtlicher Möglichkeiten zur Festlegung maximaler Temperaturniveaus in den Wärmeverteilsystemen von Neubauten</li> <li>• Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG): Perspektivische Weiterentwicklung in Hinblick auf den Auslösetatbestand</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.2. S. 43 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 74				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	1	7	0	66
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	2	Sehr gut.; unbedingt		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/	
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/	
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	0	2	/	

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M29_001	Alte Heizungsanlagen sollten mit Blick auf den Energieverbrauch rasch erneuert werden. Das zweite Instrument ist höchst sinnvoll. Aber: Auch an Gebäude-Kühlung wird zu denken sein! Das 3. Instrument ist zu empfehlen.	n. a.	OB
M29_002	Weitere wichtige Punkte innerhalb dieser Maßnahme sind: - Verbot des Einbaus neuer ölbefuerter Heizungsanlagen und Anlagen ohne Brennwertnutzung	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beendigung der Förderung neuer, gasbefuerter Heizungsanlagen</li> <li>- Verbot von Nachtspeicherheizungen</li> <li>- Erlaubnis einer Stromnutzung zu Heizzwecken nur in Kombination mit hocheffizienten Wärmepumpen, die mindestens eine sicher eingehaltene Jahresnutzungszahl von über 4,0 aufweisen</li> </ul>		
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M29_002	Mehr Pflichten bringen keine Verbesserung, sondern einen Investitionsstau.	n. a.	OB
M29_003	Statt durch diverse halb durchdachte Lösungen Hauseigentümer zum Austausch zu zwingen sollte durch eine entsprechende CO2-Steuer ein Anreiz zum Austausch geschaffen werden. Gerade für nur wenig genutzte Heizungen (z.B. in Ferienhäusern) oder gut gedämmten Häusern ist ein Austausch weder wirtschaftlich noch sinnvoll und das auch in Zukunft nicht.	n. a.	OB
M29_004	keine weiteren Verschärfungen. Statt Zwang besser informieren und steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten (ähnlich Denkmalschutz) verbessern.	2	VB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M29_005	Das Land wirkt im geplanten GEG daraufhin, dass keine Kesselwechsel mehr vorgenommen werden; Ölkessel müssen zügig getauscht werden. Dazu bietet sich eine Energieberatung an. Es eignen sich zum Beispiel Wärmepumpen welche mit PV-Anlagen gekoppelt sind. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M29_006	Für alte Gasheizungen kann sich unter Umständen anbieten, eine KWK-Kopplung einzubauen. Grundsätzlich muss jedoch das Ziel einer jeden Umrüstungsaktion sein, eine klimaneutrale Wärmeversorgung bereit zu stellen. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M29_007	2027 wird der letzte Ölkessel durch erneuerbare Wärmequellen ersetzt. Also Motivation zum Austauschen der alten Ölkessel sollte eine „Ölkesselabwrackprämie“ eingeführt werden. Zusätzlich dazu gibt es Förderungsmittel beim Einbauen von erneuerbaren Wärmequellen. Kessel die ca. 10 Jahre alt sind sollten dennoch bis in 3 Jahren ausgetauscht werden. Als Zwischenschritt (z.B. Falls der Ölkessel gerade erst ausgetauscht wurde) sollte eine die Heizung durch eine Koppelung von Ölkessel + erneuerbaren Alternativen betrieben werden. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M29_008	Verpflichtende Wärme- und Energieberatung o Abraten von Palett-Heizungen, da Holz anderswo dringender gebraucht wird. <b>(Duplikate: 36)</b>	n. a.	OB
M29_009	Kommunen müssen prüfen wo Abwärmenutzung/Fernwärmenetze eingesetzt werden können und wo sie wirtschaftlich sind, falls sie wirtschaftlich sind müssen diese in Betrieb genommen werden.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	<b>(Duplikate: 36)</b>		
M29_010	Die Frage ist, ob die Nachrüstung alter Heizkessel nicht den Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung hinauszögert, weil die neuen Heizkessel eine Weile in Betrieb bleiben werden. Das sollte sorgfältig abgewogen werden.	n. a.	OB
M29_011	Holzschnitzelanlagen oder Pellets sollten langfristig untersagt werden, Bäume sind zu wertvoll für die Klimabilanz Das Ziel einer jeden Umrüstungsaktion sollte sein, eine klimaneutrale Wärmeversorgung bereit zu stellen.	n. a.	OB
M29_012	Eine Erneuerung von Verbrennungsanlagen (Gas und Öl) ist nicht zielführend und zu verbieten. Wärmepumpen in Verbindung mit Photovoltaik sind auch bei Sanierungen zu fördern.	n. a.	OB
M29_013	umfangreiche Informationen über moderne, finanziell stemmbare Alternativen	n. a.	OB
M29_014	EWärmeG Prozentsatz der erneuerbaren erhöhen! EE mind. 50% schrittweise Erhöhung auf 100%. Eine Lösung finden, dass nicht in 90% der Fälle die Lösung (Biogas + Sanierungsfahrplan gewählt wird, weil der Heizungsbauer u. U. keine andere Lösung möchte.	n. a.	OB
M29_015	Insbesondere im Handlungsfeld „Wärmeversorgung dekarbonisieren“ bietet die derzeitige Erarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zahlreiche Möglichkeiten den Einsatz Erneuerbarer Energieträger erheblich auszubauen. Aus Sicht des DeSH konterkarieren die im Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes vorgesehenen Optionen, die einen vollständigen Ersatz der Nutzungspflicht von Erneuerbaren Energien ermöglichen, wie die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) oder die Unterschreitung der baulichen Standards, das Ziel der Steigerung des Klimaschutzes im Gebäudebereich. Für einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien ist es daher unerlässlich, lediglich eine anteilige statt eine vollständige Ersatzmöglichkeit (bspw. von 50 Prozent) zu schaffen. Die ebenfalls im Gesetzentwurf geplante finanzielle Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien für die Erzeugung von Wärme oder Kälte und von Energieeffizienzmaßnahmen wird grundsätzlich sehr begrüßt. Um jedoch die gewünschten Effekte zu erzielen, ist es aus Sicht des DeSH erforderlich, Anlagen, die mit fossilen Energieträgern unter bestimmten Voraussetzungen betrieben werden, von dieser Förderung auszuschließen.	n. a.	OB
M29_016	Es sollten Werte (in CO2/ kWh Wärme) festgelegt werden, die eine Sanierung rechtlich vorschreiben - dieser Wert sollte jedes Jahr um 10% abgesenkt werden.	n. a.	OB
M29_017	Die Übernahme der Anforderungen des EWärmeG in das GEG wäre prima. Die in der Evaluierung des GEG vorgeschlagenen Anpassungen des EWärmeG sind sinnvoll und sollten in einer Novelle umgesetzt werden. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M29_018	Kommunen müssen prüfen wo Abwärmenutzung/Fernwärmenetze eingesetzt werden können und wo sie wirtschaftlich sind, falls sie wirtschaftlich sind müssen diese in Betrieb genommen werden.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M29_019	Das Ziel sollte sein, möglichst keine Öl- oder Gasheizungen mehr zu erneuern, sondern alle Umrüstungen mit Wärmepumpen oder evtl. KWK-Systemen vorzunehmen. Eine Abwrackprämie für besonders dreckige Heizungen könnte als Anreizsystem funktionieren. Fernwärmesysteme sollten von den Kommunen bevorzugt eingesetzt werden. Die Voraussetzung ist natürlich eine nachhaltige Wärmequelle!	n. a.	OB
M29_020	Vermieter haben in der Regel kein Interesse daran, die Heizungsanlage auszutauschen, da die Energiekosten komplett auf die Mieter umgelegt werden, hier könnte eine gesetzlicher Rahmen Anreize schaffen. Das gleiche gilt für den Austausch der Fenster.	n. a.	OB
M29_021	Die Festlegung von niedrigen Temperaturniveaus in Verteilsystemen sollte sich nicht nur auf Neubauten beschränken, sondern kann auch in Versorgungssysteme für Bestandsgebäude zum Tragen kommen. Hierzu gibt es bspw. in Dänemark gute Erfahrungen. Wird nur eine reduzierte Temperatur in Fernwärmenetzen bereitgestellt, so vergrößert sich für die Eigentümer der Handlungsdruck, um in Maßnahmen zur Senkung der Heizlast zu investieren. Wärmeversorger sollten den Kunden hierzu aktiv Informationen bereitstellen, so dass für die Kunden klar wird, dass die Rückkehr zu dezentralen Lösungen keine Option ist.	n. a.	OB
M29_022	Warum soll eine Heizungsanlage getauscht werden, die zwar älter, aber so solide ist, z.B. Kessel und einen modernsten Brenner hat mit einem Wirkungsgrad von 95 oder mehr Prozent? Selbst wenn 1 oder 2 % noch eingespart werden könnten, ist der zwangsweise Austausch sinnlos, weil er eine fehlerfreie Anlage zur Entsorgung freigibt bei minimalem Gewinn an Wirkungsgrad, der die Kosten nie und nimmer sich amortisieren lässt (für die Produktion wird ja erhebliche Energie verbraucht, so wie für die Umbauten an Arbeitseinsatz und Energie für die Komponenten); und eine neue Anlage hat einen wesentlich höheren Wartungsaufwand und ist fehleranfälliger, deren Beseitigung wiederum Energie und Geld kosten. Zudem werden notwendigerweise die Mietkosten steigen müssen. Wenn das Handwerk die Kapazitäten nicht hat, was dann? Die Vorlauf-Temperaturen der Heizungsanlage hängen in allerster Linie von den Außentemperaturen ab; wenn es also arktische Kälteeinbrüche geben wird (sind ja nicht ausgeschlossen, kann das dazu führen, das die Räume nicht mehr ausreichend geheizt werden können, was zu verstärkter Schimmelbildung und geplatzten Wasserleitungen führen kann. Will die Landesregierung das wirklich? Perspektivische Weiterentwicklung... Was ist mit „Auslösetatbestand“ gemeint? Wie soll eine Meinung geäußert werden, wenn die Bedeutung nicht definiert ist und jeder Beliebigen darunter verstehen kann. Haben wir soll viele arbeitslose Behördenmitarbeiter, die sich eine „Wünsch-Dir-was-Konstellation“ ausdenken können für etwas, wo niemand weiß, ob es jemals gebraucht wird? Dann sollten doch die freien Kräfte sich dem Pflegenotstand oder der dringend notwendigen Sanierung der Schulen widmen, da ist das Steuergeld besser investiert!	n. a.	OB
M29_023	all dies wird viel zu zaghaft vorgenommen sehr energieeffizient zu bauen ist erwiesenermaßen viel wirtschaftlicher	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M29_024	Ausführung zum EWärmeG sinnvoll erscheint, neben dem Austausch des Wärmeerzeugers ein Höchstalter des Hauptwärmeerzeugers vorzugeben: Ist der zentrale Wärmeerzeuger älter als 30 Jahre, muss die Anlage erneuert werden und das EWärmeG eingehalten werden.	n. a.	OB
M29_025	Fossile Energieanlagen sollten ausschließlich nur noch durch nachhaltige, elektrische und thermische Energieerzeuger ersetzt werden. Wie bei allen anderen Maßnahmen zum Klimaschutz ist Schnelligkeit - Trumpf. Hausbesitzer, Verwalter und Wohnungsbaugesellschaften spielen eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Heizzeit und müssen in eine besondere Verantwortung gestellt werden.	n. a.	OB
M29_026	häufig sind neue Anlagen sehr störanfällig und müssen nach einem Bruchteil des Nutzungszeitraumes im Vergleich mit alten Anlagen erneuert werden. Hierdurch ergeben sich erheblich höhere Umweltbelastungen sowie höhere Kosten für den Nutzer.	n. a.	OB
M29_027	insbes. Pflicht um Austausch von Ölkesseln bei gleichzeitiger Förderung klimaneutraler alternativer Heizmöglichkeiten. Ggf. gezielter Ausbau des Gasnetzes oder punktuell in "Ölheizungs-Regionen" Installation eines regionalen KWK-Fernwärmenetzes	n. a.	OB
M29_028	Finanzielle Förderung des Heizkesseltausches durch das Land. Umlage der Kosten der Energiewende verstärkt auf den Eigentümer ist unfair. Die Wende geht uns alle an. Auch das Land muss mindestens 50% seiner Verwaltungskosten einsparen, um die Wende zu finanzieren!	n. a.	OB
M29_029	Siehe EWärmeG BW. Alle Gebäudeeigentümer müssen sich zu einer Energieberatung (Neubau/Altbau) und einem Sanierungsfahrplan verpflichten.	n. a.	OB
M29_030	Keine fossilen Brennstoff-Heizungen erneuern, sondern durch Wärmepumpen, Speicherheizungen u. andere klimaneutrale Systeme auf null CO2 bringen. Sonst haben wir wieder 30 Jahre CO2 Belastung	n. a.	OB
M29_031	Nachrüstverpflichtung EnEV für alte Heizkessel gilt bisher nur für Standardeheizkessel (Kesseltemperatur > 70 Grad). Bitte erweitern für Niedertemperaturkessel, die älter wie 30 Jahre sind. Ausnahme für Brennwertkessel beibehalten. E-Wärme-G BW: Anteil der erneuerbaren Energien ab 2020 auf 20 Prozent erhöhen. Bioheizöl bis max. 50 kW begrenzen.	n. a.	OB
M29_032	Fossile Brennstoffe sind mit einer CO2 Abgabe zu belegen. Das regelt den Ausstieg aus der fossilen Energie automatisch.	n. a.	OB
M29_033	Diese Maßnahmen erhöhen durch die Komplexität die Ausfallwahrscheinlichkeit der Heizungen. Im Neubau gegenüber (nur Pellet-Heizung ohne Solar) ist monatlich der Heizungsmonteur. Dabei gibt es jetzt schon nicht genügend Fachpersonal und das scheitert teilweise schon an simplen atmosphärischen Thermen.	n. a.	OB
M29_034	EWärmeG: Keine Möglichkeit der Heizungserneuerung, wenn Wärmenetz liegt. Anschlusszwang auch im Bestand.	1	BB
M29_035	Widerspruch zur	0	VB

	<p><i>Prüfung rechtlicher Möglichkeiten zur Festlegung maximaler Temperaturniveaus in den Wärmeverteilungssystemen von Neubauten</i></p> <p>Wir benötigen auch im Neubau technologieoffene Verfahren zur Wärmeversorgung und Klimatisierung der Gebäude. Allein bei der Warmwasserversorgung wird ein Temperaturniveau von 60 ° C benötigt, um hygienische Voraussetzungen zu schaffen (Legionellen usw.). Holzheizkessel bringen eine deutlich höhere Vorlauftemperatur.</p> <p>Das Ziel im IEKK dürfte Flächenheizungen favorisieren und andere Heizsysteme, wie Heizkörper, ausschließen. Bereits heute betragen die Vorlauftemperaturen max. 75°C, in Neubauten z.T. max. 50° C.</p> <p>Um die bestmögliche Lösung zu realisieren, ist es weiterhin unabdingbar, dass die planerische Freiheit gewährleistet bleibt.</p>		
M29_036	hydraulischer Abgleich	0	VB
M29_037	Technologieoffenheit	5	VB
M29_038	keine Temperaturbegrenzung Heizsystem/60°C	1	VB
M29_039	Kurzfristiges Dekarbonisierungspotenzial durch Gas statt Öl bei Einsatz Biogas und Perspektive synthetische Gase	1	VB
M29_040	Bezahlbarkeit - Härtefallregelungen weit genug	2	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<b>M30</b>	<b>Verbesserung des Monitorings</b>		
	<p>Um die Datenlage des Gebäudebestandes zu verbessern, soll die Entwicklung und Etablierung eines Monitoringkonzepts durchgeführt werden. Ein regelmäßiges Monitoring der Entwicklungen im Bereich der Wohn- und Nichtwohngebäude ist notwendig, um Kenntnis darüber zu erhalten, wie häufig Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Wärmeschutz und Wärmeversorgung durchgeführt wurden und in welchem Umfang erneuerbare Energien im Gebäudebestand eingesetzt werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung eines Monitoringkonzepts für den Gebäudebestand in Baden-Württemberg</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.2. S. 43 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
Gesamtanzahl Kommentare: 55				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	1	0	0	54
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Anzahl	Auswahl		
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	1	Ja.		
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0			
<b>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</b>				
Angaben = Häufigkeit der Nennung		Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=21)	Verbändefeteiligung (n=20)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/	
Ihre Umsetzung ist notwendig			/	
Die Umsetzung unterstütze ich			/	
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/	

<b>B</b> <b>Kommentarinhalt</b>			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M30_001	Gut so - Ergänzung: Monitoring des Strom-/Wärmeverbrauch eines Gebäudes nach Sanierung für 24 Monaten und vergleich mit früheren Werten. Damit kann geprüft werden, ob die Sanierung erfolgreich war. Falls die Werte schlechter ausfallen als erwartet, muss die Sanierung nachgebessert werden und ein weiteres Jahr der Verbrauch überwacht werden. Durch diese Nachkontrolle erhalten die Kunden eine Sicherheit, dass die Sanierung sich rentiert. Diese verpflichtenden Nachüberwachung in den ersten 24 Monaten wird durch ein zertifizierten Energieberater durchgeführt. <b>(Duplikate: 29)</b>	n. a.	OB
M30_002	Monitoring ist wichtig, als erster Schritt ist die weitere Förderung von Energie- und CO2 Bilanzen sinnvoll und sollte auch bei Städten und Landkreisen über 50.000 EW gefördert werden.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	<b>(Duplikate: 1)</b>		
M30_003	Ja, bisher erreichen wir in guten Energiequartieren mit Sanierungsrate, Sanierungsqualität, Ausstieg aus fossiler Energieversorgung und Ausbau von PVA nur eine CO2 Reduktion auch ca. 60% anstatt auf 10% zum Referenzjahr. Hier müssen jährliche Ziele und Forderungen formuliert werden.	n. a.	OB
M30_004	Die Maßnahme Entwicklung eines Monitoringkonzepts für den Gebäudebestand in Baden-Württemberg ist aus unserer Sicht sehr zu begrüßen und sollte in der Bewertung eher mit einem (++) als nur mit einem (+) versehen werden.	n. a.	OB
<b>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M30_005	Bitte auf das Recht der Bürger auf informelle Selbstbestimmung achten. Keine verpflichtende "Verbrauchsüberwachung".	n. a.	OB
M30_006	Aus Datenschutzgründen abzulehnen.	n. a.	OB
M30_007	Wird aus Datenschutzgründen hoffentlich nicht gehen.	n. a.	OB
<b>Keine wertende Einordnung vorgenommen</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M30_008	Kommunen müssen prüfen wo Abwärmenutzung/Fernwärmenetze eingesetzt werden können und wo sie wirtschaftlich sind, falls sie wirtschaftlich sind müssen diese in Betrieb genommen werden.	n. a.	OB
M30_009	Wie soll ein solches, im Prinzip wünschenswertes Monitoringkonzept technisch durchgeführt werden? Ein Monitoring wird immer auch den Aspekt 'Datenschutz' und 'Privatsphäre' zu berücksichtigen haben.	n. a.	OB
M30_010	Das Monitoringkonzept für die Verbrauchsüberwachung sollte eine transparente und jedermann zugängliche Übersicht aller Energieverbrauchsdaten mindestens der kommunalen Liegenschaften in Baden-Württemberg inkl. der wesentlichen Kennzahlen kWh/ m² beinhalten. So können Kommunen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen bzw. engagierte Bürger und Gemeinderäte aktiv auf Missstände verweisen.	n. a.	OB
M30_011	Schornsteinfeger sollten die Werte (CO2/kWh Wärme) messen und an das RP melden.	n. a.	OB
M30_012	Seltsam: Es gibt so viele Förderprogramme und die Landesregierung weiß nicht, wie viele davon in welchem Umfang und mit welchem evaluierten Ergebnis in Anspruch genommen werden und will jetzt erst damit anfangen, sich einen Überblick zu verschaffen? Was hat die Landesregierung in all den Jahren der Energiewende eigentlich gemacht, wenn nicht überprüft, wie mit welchem Erfolg die Mittel eingesetzt werden (oder wollte man das eigentlich gar nicht wissen, weil mangels Erfolglosigkeit nur Mitnahmeeffekte ausgelöst wurden und die Programme zu weitesten Teilen (siehe E-Mobilität) eingestampft werden müssten? Was kostet das? Wer bezahlt das? Was fängt die Landesregierung mit den Daten an?	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M30_013	Gibt es das nicht schon auf Bundesebene?	n. a.	OB
M30_014	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M30_015	Diese Daten gehen mit jedem Bauantrag beim Amt ein. Könnten diese nicht einfach über Eingabemasken direkt an ein System übermittelt werden. Muss ein aufwändiges Monitoringkonzept entwickelt werden?	n. a.	OB
M30_016	Monitoring über Abfrage bei den Schornsteinfegern möglich?	n. a.	OB
M30_017	Die Datensammlung könnten die Schornsteinfeger übernehmen. Sie sollten auch das Energiemanagement in allen Gebäuden Ihres Bezirks übernehmen. Verantwortung dafür, dass die Anlagen optimal laufen.	n. a.	OB
M30_018	Sanierung sollte nicht als Allheilmittel gesehen werden und stärker hinterfragt werden. Es sollte stärker berücksichtigt werden, welche Materialien hierzu verwendet werden. Inwiefern ist die Herstellung und spätere Entsorgung dieser Stoffe klima- und/ oder umweltschädlich? Sind diese Materialien aus fossilen Rohstoffen? Enthalten Sie Gifte? Sind sie am Ende Sondermüll? Inwiefern wird die zur Herstellung und Entsorgung benötigte Energie berücksichtigt? (nach Prof. Sobek: Der Gesamtenergieverbrauch eines Gebäudes besteht nur zu 40% aus der Energie, die während der Nutzung benötigt wird, der Rest wird für Herstellung und Entsorgung benötigt) Jede Sanierung muss auch gestalterisch durchdacht sein. Eine trostlose Verküstung der Umwelt hat weitreichende Folgen auf das Wohlbefinden, die Gesundheit und das Zusammenleben der Menschen.	n. a.	OB
M30_019	Wer soll diesen Verwaltungsaufwand - durchführen? - bezahlen? Gibt es hierzu keine intelligentere Alternative?	n. a.	OB
M30_020	s. auch Wärmeplan weiter oben: Kommunen sollten wissen wo uneffektiver Bestand ist und Fachleute sollten dann beraten von der Alternative, dem Aufwand, den Kosten, den Einsparungen und dem Klimateffekt Das ist auch eine Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsplätzen (wenn jemand Heizungsbauer oder so werden möchte, aber vielleicht ist der Beruf nicht interessant genug gemacht, klingt altbacken, ...)	n. a.	OB
M30_021	Wie schön, dass es den Blockwart (für Energieeffizienz) geben wird. Gibt es dann bitte auch für Flugreisen insbesondere von Politikern? Oder sind dann manche "gleicher"? Animal Farm lässt grüßen.	n. a.	OB
M30_022	Auch bei dem Thema „Monitoringkonzept für den Gebäudebestand“, bei dem auch „Nichtwohngebäude mit aufgenommen werden sollen, ist unklar, was an bürokratischen Zusatzaufwendungen auf die betroffenen Unternehmen zukommen würde. Eine abschließende Bewertung dieser Maßnahme ist daher nicht möglich.	n. a.	OB
M30_023	Energieverbrauch abhängige Grundsteuer	6	BB

Allgemeine Hinweise

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
---------	-----------	------------	--------

<b>M31</b>	<b>Stärkung der Energieberatungsstruktur für Bürgerinnen und Bürger</b>
<p>Um die Energieberatungsstruktur für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, soll eine Stärkung und Weiterführung zielgruppenspezifischer Beratungsangebote (regionale Energieagenturen, VZ BW, Caritas, Zukunft Altbau), z.B. mit Fokus auf einkommensschwache Haushalte erfolgen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung und Weiterführung zielgruppenspezifischer Beratungsangebote</li> <li>• Stärkung der Energieberatung privater Haushalte durch regionale Netzwerkbildung</li> <li>• Qualifizierungsprogramme für Beraterinnen und Berater</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.2. S. 44 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>		
Gesamtanzahl Kommentare: 63			
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	1	2	0
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>			
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>	
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	6	Gute Idee.; gut; Unbedingt ja!; Volle Unterstützung	
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0		
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

<b>B</b> <b>Kommentarinhalt</b>			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M31_001	Gut! Viele Menschen glauben nämlich, bei einer Energieberatung bekommen sie nur die Info, Glühlampen durch LEDs zu ersetzen o.ä... Sinnvoll wäre es, jeweils ein Gesamtkonzept mit Stromgewinnung, Wärmeversorgung und evtl. sogar Elektromobilität zu entwickeln. Wenn dann ein sinnvoller Plan steht, kann die Energieberatung die Umsetzung begleiten und die Realisierung überwachen. Wichtig ist es, eine Umlage auf eventuelle Mieter zu verhindern.	n. a.	OB
M31_002	sehr wichtig, evtl. in der Schule lehren	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M31_003	Welchen messbaren Nutzen soll das haben? Das ist lediglich ein Pöstchen ohne Verantwortung und Verschwendung von Steuergeld. Was sagt der Landesrechnungshof dazu? Und der Bund der Steuerzahler?	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M31_004	Verpflichtende, umfassende Energieberatung für jedes Haus. In dieser Energieberatung müssen alle Bereiche des Energiesektors für das Haus betrachtet werden. Stromgewinnung (PV); Wärmeversorgung (Gebäudesanierung, Wärmepumpe, Wärmenetz), sowie eventuell auch Mobilität (Aufladen des E-Autos). Außerdem muss in der Energieberatung beraten werden, wie die erarbeiteten Konzepte umgesetzt werden können (Sanierungsmaßnahmenplan). Nach Aufstellen eines individuellen Sanierungsfahrplans steht die Energieberatung während des gesamten Prozesses zu Seite. Die Energieberatung und Erstellung des individuellen Sanierungsfahrplanes werden mit 70% gefördert. Der Hausbesitzer bekommt Förderungsmittel, um die Maßnahmen umzusetzen. Kosten dürfen nicht auf den Mieter übertragen werden. Nach 24 Monaten muss überprüft werden, welche der Maßnahmen umgesetzt worden sind und wie erfolgreich die einzelnen Sanierungsmaßnahmen waren. Bei einem höheren Verbrauch als erwartet muss überprüft werden, ob die Sanierungsmaßnahmen richtig umgesetzt wurden oder wo nachgebessert werden muss. Durch verpflichtende	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Energieberatung und der Aufstellung eines Sanierungsfahrplanes wird Planungssicherheit garantiert. <b>(Duplikate: 33)</b>		
M31_005	die Beratungslandschaft ist gut, zu verbessern wäre Bekanntheit und v.a. ein sehr einfacher Zugriff und Abwicklung	n. a.	OB
M31_006	Es lassen sich nur die Eigentümer beraten, die auch das Potenzial für eine Sanierung haben. Was macht man mit dem Rest? Da hilft nur eine CO2 Abgabe. Geld regiert die Welt	n. a.	OB
M31_007	Das riecht für mich sehr nach Zwangsbeglückung. Ich kann mir zwar durchaus vorstellen, dass es eine Klientel gibt, die das benötigt, aber die gebildete Mittelschicht treibt die Regierung so aus dem Land.	n. a.	OB
M31_008	Die Energieagenturen beraten immer noch zu Gas- und Öl-Brennwertheizungen, weil diese so wirtschaftlich sind. Die Richtung muss doch heißen: die Zukunft ist elektrisch. Strom wird immer sauberer, Gas und Öl nicht. Power to Gas hat einen schlechten Wirkungsgrad und verschwendet Strom, und sollte einmal die Ausnahme sein, wenn es anders nicht geht. Umdenken erforderlich!	n. a.	OB
M31_009	Das muss das bestehende Verwaltungssystem im Zuge der Kostenkontrolle mittragen. Ressourcen sind durch Bürokratie Abbau zu schaffen.	n. a.	OB
M31_010	Die Leute müssen ja erst mal Beratung wollen, also muss das verstärkt werden.	n. a.	OB
M31_011	Nur durch 100%-Förderung können einkommensschwache Haushalte hier unterstützt werden. Diese Förderung würde im Bereich sozialer Wohnungsbau mehr bewirken. Bzw. durch Förderung einkommensschwacher Haushalte energetisch hochwertiges Wohneigentum zu erwerben.	n. a.	OB
M31_012	Der Hinweis auf das Projekt Stromsparcheck der Caritas (im Übrigen ein Gemeinschaftsprojekt der Energieagenturen mit der Caritas) passt hier nur eingeschränkt, da der Fokus die Stromeinsparung ist. Eine Weiterentwicklung der Energieberatung erscheint möglich und sinnvoll jedoch nicht prioritär.	n. a.	OB
M31_013	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. <a href="http://www.klimatrittschule.de">www.klimatrittschule.de</a> , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M31_014	Klare Informationen über ein Informationsportal im Netz!	n. a.	OB
M31_015	Informationsmaterial in leichter Sprache anbieten	n. a.	OB
M31_016	Online Angebote zur Information und Beratung	n. a.	OB
M31_017	Bessere Beratungsangebote für ältere Menschen, die eine sehr große Wohnfläche pro Kopf bewohnen, hinsichtlich möglicher Optionen zur Reduktion der Wohnfläche. Adressierung des Problems, dass bei Umzug in eine kleinere Wohnung oft höhere Kosten als bei Verbleib in der zu großen Wohnung entstehen.	n. a.	OB
M31_018	Schaffung von Energiepromotoren	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M31_019	Hier sind auf dem Markt schon viele Angebote vorhanden. Zu viele parallele Angebot mit gleichem Inhalt und keine Anrechnung dieser in den andern "Qualifizierungssystemen" stärken nur die Anbieter und deren Einnahmen, führen aber zu "teuren" Beratern, welche dann keine Aufträge bekommen. Persönliche Rückmeldung von einem E-Berater: "umso mehr Zertifikate ich im Online-Auftritt bewerbe, umso weniger Aufträge bekomme ich bei der Energieberatung, weil (so denkt der Kunde) viel Schulung auch hohe Kosten für die Dienstleistung bedeutet	n. a.	OB
M31_020	Die Qualifizierung von Beratern ist wichtig, um die Beratungsqualität hoch zu halten. Hier sollte allerdings an einem bundesweit einheitlichen Standard gearbeitet werden. Netzwerke, die über die Beratungsebene hinaus gehen, wie das Qualitätsnetzwerk Bau sind weiter zu fördern. Es ist wichtig die planende und ausführende Instanz auf ein gleiches Niveau zu bringen. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M31_021	Bei der Umsetzung des Wärmeplanes stehen verpflichtend Sanierungslotsen während dem gesamten Prozess beratend zur Seite. Im Gegensatz zu herkömmlichen Gebäudesanierungen, soll in einer Sanierungsberatung nicht nur herausgefunden werden, wie das Haus saniert werden kann, sondern der gesamte Prozess soll begleitet werden. Die Sanierungslotsen beraten dabei, über die Sanierungsmöglichkeiten, machen Wirtschaftlichkeitsrechnungen, organisieren Notare, Rechtsberatung etc. Auch das gesamte Wohnen soll von diesen Sanierungslotsen betrachtet werden, also inwieweit ist das Haus geeignet, um eine Familie zu gründen, ist das Haus zu groß, da die Kinder bereits ausgezogen sind. Die Sanierungslotsen helfen hier auch bei Bedarf eine passendere Wohnung zu vermitteln. Die Kosten für die Sanierungslotsen werden dabei mit 70% gefördert. Im Vorarlberg wurde solch ein Pilotprojekt erfolgreich durchgeführt. Das Pilotprojekt aus dem Vorarlberg soll ausgeweitet werden und mit einer Probedauer von 3 Jahren in ganz Baden-Württemberg eingeführt werden. Ist das Projekt erfolgreich, so soll es dauerhaft eingerichtet werden.	n. a.	OB
M31_022	Klarheit, Einfachheit, gute grafische Übersicht von zentralem Anbieter (z.B. Erklärvideos). Zielgruppe: besonders auch ältere Personen benötigen dabei Unterstützung	6	BB
M31_023	Alle Akteure für die Beratung nutzen (z.B. EVV) nicht nur eigene	0	VB
M31_024	Die Forcierung der Energieberatung ist ein wichtiges Anliegen. Der Fokus sollte sich aber nicht nur auf einkommensschwache Haushalte beziehen. Generell haben Mieter, egal ob einkommensschwach oder nicht, nur begrenzte Möglichkeiten, um Energie einzusparen. Bei den in der Regel zentralen Heizsystemen haben sie keinen Einfluss auf eine Modernisierung oder dem Einsatz von EE. Energieeinsparmaßnahmen ergeben sich daher nur im persönlichen Bereich, wie Reduzierung der Raumtemperatur, Duschen statt Baden sowie sinnvolles Lüften während der Heizperiode. Daher muss zusätzlich die Energieberatung für Hausbesitzer ausgeweitet werden. Dies sollte auch über eine gezielte Informations- und	0	VB

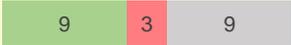
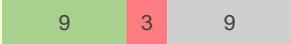
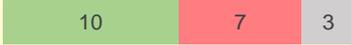
Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Motivationskampagne des Landes zur effizienten Heiztechnik und dem Einsatz von erneuerbarer Energie begleitet werden. Bestehende Beratungsinitiativen, wie die „Top-Runner-Initiative“ der Bafa (NTRI) sollten mit aufgenommen werden.		
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<b>M32</b>	<b>Stärkung des Vollzugs</b>		
	<p>Die Qualität des Vollzugs der gesetzlichen Vorgaben zur Energieeffizienz von Gebäuden soll weiter erhöht werden. Dazu soll ein Konzept erarbeitet werden, wie der Vollzug weiter optimiert werden kann. Teil des Konzepts sollen auch Weiterbildungsmaßnahmen für das Vollzugspersonal, die Verbesserung des Meldewesens und der Datenlage sowie die notwendige Fortschreibung von Handreichungen sein.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung eines Konzepts, wie der Vollzug weiter optimiert werden kann</li> <li>• Weiterbildungsmaßnahmen für das Vollzugspersonal</li> <li>• Verbesserung des Meldewesens und der Datenlage</li> <li>• Fortschreibung von Handreichungen</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.2. S. 44 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 35</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbände<b>e</b>beteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	1	14	0	20
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Sehr gut.; ok.; ja; Auf jeden Fall wichtig		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>	<i>Verbände<b>e</b>beteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M32_001	Ein weiterer Schritt zu diktatorischen Maßnahmen - dahin führt das in letzter Konsequenz. Sozialismus in Reinkultur: "Und bist Du nicht willig, so...." Die Wortwahl deutet das schon an!	n. a.	OB
M32_002	Vollzugspersonal, Meldewesen - und das anlasslos in der eigenen Wohnung? Geht's noch?	n. a.	OB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M32_003	Die Baurechtsbehörden sind oft personell unterbesetzt und es steht für spezielle Aufgaben kein Fachpersonal zur Verfügung. Hier wäre unter anderem ein guter Schritt die Möglichkeit zu schaffen und dafür zu werben beispielsweise auch Hochbautechniker oder Handwerksmeister in Kommunen über der TVÖD Entgeltgruppe 9 zu beschäftigen. Regelmäßige Fortbildungsangebote könnten beispielsweise über die regionalen Energieagenturen erfolgen. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M32_004	Ein überaus heikles Thema (Privatsphäre, Datenschutz), das hohes Fingerspitzengefühl verlangt. Sollen Kontrolleure regelmäßig in Privathäuser kommen?	n. a.	OB
M32_005	hier fehlt vor allem Personal an den zuständigen Baurechtsämtern - es muss dringend aufgestockt werden, das lohnt sich	n. a.	OB
M32_006	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

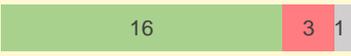
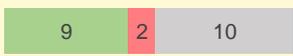
	vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. <a href="http://www.klimatrittschule.de">www.klimatrittschule.de</a> , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"		
M32_007	Hier wird ein zentrales Handlungsfeld gesehen. Dies beginnt jedoch damit, die zahlreichen Ausnahmetatbestände aus der EnEV drastisch zu reduzieren und so die Grundlage für einen wirkungsvollen Vollzug zu schaffen. In der Branche ist bekannt, dass die EnEV nicht umgesetzt wird. Dies hat die entsprechenden Konsequenzen in der Baupraxis. Auch das WärmeG sollte intensiver überwacht werden und Vollzugspersonal besser geschult werden. Die Praxis zeigt, dass auch hier noch erhebliche Defizite bestehen.	n. a.	OB
M32_008	Wie bei Kraftfahrzeugen, die eine Abgasnorm nicht mehr erreichen und deren Eigentümer auch keine Maßnahmen zur Besserung erfüllen, sollte die "Stilllegung der Immobilie" angedroht werden.	n. a.	OB
M32_009	Die Architektenkammer schult ihr "Vollzugspersonal" bereits ausgiebig. Wichtiger wäre es die Notwendigkeit der Energieeffizienz von Gebäuden den Bürgern des Landes näher zu bringen - und durch Netzwerke mit dem Vollzugspersonal in Verbindung zu bringen. Ein Anfang ist der "Tag der Architektur".	n. a.	OB
M32_010	Sanierung sollte nicht als Allheilmittel gesehen werden und stärker hinterfragt werden. Es sollte stärker berücksichtigt werden, welche Materialien hierzu verwendet werden. Inwiefern ist die Herstellung und spätere Entsorgung dieser Stoffe klima- und/ oder umweltschädlich? Sind diese Materialien aus fossilen Rohstoffen? Enthalten Sie Gifte? Sind sie am Ende Sondermüll? Inwiefern wird die zur Herstellung und Entsorgung benötigte Energie berücksichtigt? (nach Prof. Sobek: Der Gesamtenergieverbrauch eines Gebäudes besteht nur zu 40% aus der Energie, die während der Nutzung benötigt wird, der Rest wird für Herstellung und Entsorgung benötigt) Jede Sanierung muss auch gestalterisch durchdacht sein. Eine trostlose Verküstung der Umwelt hat weitreichende Folgen auf das Wohlbefinden, die Gesundheit und das Zusammenleben der Menschen.	n. a.	OB
M32_011	Unter der Maßgabe einer kostenneutralen Umsetzung diskussionsfähig.	n. a.	OB
M32_012	Solange weder die unteren Baurechtsbehörden noch teilweise die RPs überzeugt werden können, dass diese Maßnahme sehr sinnvoll ist, sehe ich schwarz. Die Ausbildung in den technischen Bereichen des Vollzugs muss verbessert werden. Wenn "Unwissende" z.B. eine "Pinselsanierung" beurteilen müssen wird es schwierig.	n. a.	OB
M32_013	Wenn ein Wärmeplan existiert, gibt es Objekte mit Potenzialen, dann muss es Grenzwerte geben die über die Zukunft niedriger werden, zum Handeln zwingen, aber auch Planbarkeit schaffen (ggf. mit Förderung) Dann Gespräche und Beratung mit Betroffenen, Plan erstellen was man wann und wie machen kann, wie gefördert und bezahlt wird auch denke ich der Effekt jedes Einzelnen auf die Masse muss aufgezeigt werden, was nämlich passiert wenn er und viele andre das machen, also aufgezeigt wird wie sich die Situation und Klima dadurch in den nächsten Jahren verändern werden.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

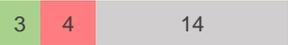
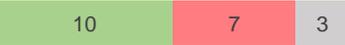
M32_014	Katastrophales Unwissen in der Veralterung beim Thema Energieeffizienz. Verpflichtende Fortbildungen. Dienstanweisungen zur Durchführung.	2	BB
M32_015	Ausweitung Handreichungen, etwa zu EnEV	0	VB
M32_016	besser überzeugen als kontrollieren	2	VB
M32_017	Personalschulung	0	VB
M32_018	Finanzierung von mehr Ressourcen (v.a. personal)	6	VB
M32_019	geltende Regeln auch kontrollieren	2	VB
M32_020	Kontrolle = hoheitliche Aufgabe (unabhängige Instanz)	0	VB
M32_021	Motivieren statt sanktionieren!	8	VB
M32_022	Wie groß sind die Lücken des Vollzugs? (staatstragende Bürger): davon orientiert Maßnahmen ergreifen	1	VB
M32_023	Kontrolle auf Zuruf: nicht generell, Eigenverantwortlichkeit, informieren!	1	VB
M32_024	Wer? Schornsteinfeger?	0	VB
M32_025	Informieren und Fördern	6	VB
M32_026	Gesetzeslücken schließen (Bußgeldkatalog,...)	1	VB
M32_027	Prüfung von Maßnahmen über Gesetz hinaus (Passivhaus etc.)	0	VB
M32_028	Stichprobenkontrollen	4	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M32_029	Keine Öko-Polizei	n. a.	OB

### 3. HANDLUNGSFELD: NETZGESTÜTZTE WÄRMEVERSORGUNG

<b>M33</b>	<b>Landes-Investitionsprogramm Wärmenetze</b>
<p>Der notwendige Ausbau der Wärmenetzinfrastruktur soll weiterhin unterstützt werden. Gefördert werden der Neubau sowie die Erweiterung bestehender Netze, die überwiegend erneuerbar erzeugte Wärme verteilen. Mitgefördert werden Erzeugungsanlagen auf erneuerbarer Basis. Neben dem Einsatz von Groß-Wärmepumpen, großen Solarthermieanlagen und der Einbindung von Abwärme bildet der Ersatz von Kohle in Fernwärmenetzen einen Schwerpunkt.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterführung und Ausbau der Landes-Förderprogramme im Bereich Wärmenetze</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.3. S. 45 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

<b>A</b>		<b>In Zahlen</b>		
Gesamtanzahl Kommentare: 74				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	1	6	1	66
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	8	Sehr gut und wichtig!; Unbedingt!; Ja.; Unterstützung; Absolut sinnvoll!		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	1

<b>B</b> <b>Kommentarinhalt</b>			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M33_001	Sehr gut und wichtig! CO <sup>2</sup> -Fernwärme wie in Karlsruhe durch die Miro oder das Kohlekraftwerk RDK7/8 wird bald nicht mehr toleriert. Das Land sollte aktiv CO <sup>2</sup> -Fernwärme verhindern oder auf den Ausstieg hinwirken.	n. a.	OB
M33_002	Ja. Wir brauchen mehr netzgestützte Wärmeversorgung. Aber bitte nachhaltig! Biomasse ist aktuell noch billig und im Überfluss verfügbar. Dies verleitet gerne dazu, das Biomassepotential in Baden-Württemberg zu überschätzen. Ich bitte darum, das Biomasse-Potential realistisch zu berücksichtigen. Vergleiche: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (2010): Biomasse-Aktionsplan - Erste Fortschreibung. S. 9 "... in der Fortschreibung des Biomasse-Aktionsplans [wird] deshalb wie bisher von einem technischen Potenzial zur energetischen Biomassenutzung von 130 bis 160 PJ pro Jahr ausgegangen. Dies entspricht einem Anteil von 8 bis 10 % am aktuelle Primärenergieverbrauch."	n. a.	OB
M33_003	Sehr guter Ansatz, Wirtschaftlichkeit sollte im Sinne akzeptabler Wärmepreise unterstützt werden	n. a.	OB
M33_004	Hier begrüßen wir als EnBW ausdrücklich das klare Bekenntnis im IEKK-Maßnahmenkatalog die erneuerbaren Energien möglichst direkt und mit möglichst wenigen Umwandlungsverlusten zu nutzen. Dies ist beispielsweise bei der Solarthermie oder auch der Nutzung der Umweltwärme mittels Wärmepumpen möglich. Außerdem bietet sich auch ein direkter Ersatz fossiler Brennstoffe durch grüne Substitute bei Verwendung in moderner Brennwertechnik an. So kann bspw. Erdgas und bei bereits vorhandener Infrastruktur auch Heizöl durch Biomethan ersetzt werden, auch wenn zunächst fehlende finanzielle Mittel einer Generalsanierung im Wege stehen. Dabei ist vorauszusetzen, dass die tatsächlichen Primärenergiefaktoren und Emissionswerte der grünen Brennstoffe für den Vergleich und die Bewertung des CO <sub>2</sub> -Reduktionsbeitrages herangezogen werden.	n. a.	OB
M33_005	Ein Schwerpunkt dabei ist auch der Ersatz von Kohle in Fernwärmenetzen. Aus unserer Sicht wäre hier eine Umstellung auf Gas v.a. kurz- bis mittelfristig am wirkungsvollsten, bis sich Alternativen (z.B. Großwärmepumpen, Biomasseanlagen etc.) etablieren können. Die Dekarbonisierung bestehender Wärmenetze und der Ausbau von klimafreundlichen Wärmenetzen ist eng mit der Versorgung der	n. a.	OB

	<p>Erzeugungsanlagen mit Gas durch die Gasinfrastruktur verknüpft. Insbesondere der Fuel Switch von Kohle auf Gas wird erst durch die Gasinfrastruktur ermöglicht. Beim Ausbau der Wärmenetze sollte daher idealerweise der Ansatz einer infrastrukturellen Kopplung der Wärme-, Gas- und Strominfrastrukturen als Grundlage zur kosteneffizienten Optimierung dienen. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass statt den Emissionen, die während des Betriebs anfallen, auch die Treibhausgasemissionen sowie die weiteren Umwelteffekte (z.B. Flächenverbrauch, Ressourceninanspruchnahme, etc.) die während des gesamten Lebenszyklus der Infrastruktur anfallen zukünftig als Entscheidungsgrundlage für die Wärmeplanung herangezogen werden. Bezüglich der Förderung von Erzeugungsanlagen auf erneuerbarer Basis, ist es zielführend aufgrund des Treibhausgasminderungspotenzials auch die Mitförderung von gasgeführten wasserstoffverträglichen Erzeugungsanlagen zu prüfen, insbesondere vor dem Hintergrund der perspektivischen Substitution mittels erneuerbaren Gasen. Als Indikator zur Bewertung der Förderwürdigkeit kann eine hohe Wasserstofftoleranz der gasgeführten Erzeugungsanlagen herangezogen werden. Es ist aus Sicht der EnBW positiv, dass hier explizit der Fuel-Switch Kohle und Dampfnetzumstellungen erwähnt werden. Hinweis zu Low-Ex-Netzen: Parallel zur Vorlauftemperaturabsenkung muss auch die Rücklauftemperatur abgesenkt werden, um die Transportkapazitäten nicht zu verringern. Hier gibt es aber natürliche Grenzen.</p>		
<p><i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i></p>			
<p><i>Kennung</i></p>	<p><i>Kommentar</i></p>	<p><i>Gewichtung</i></p>	<p><i>Quelle</i></p>
<p><i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i></p>			
<p><i>Kennung</i></p>	<p><i>Kommentar</i></p>	<p><i>Gewichtung</i></p>	<p><i>Quelle</i></p>
<p>M33_006</p>	<p>Der Ausbau und die Fortführung des Projekts Wärmenetze ist sinnvoll, hierüber wurden in den letzten Jahren einige Wärmenetze angestoßen. Das Projekt sollte möglichst Technologie offen sein, auch der Bereich "kalte Wärmenetze" ist wichtig zu betrachten. <b>(Duplikate: 1)</b></p>	<p>n. a.</p>	<p>OB</p>
<p>M33_007</p>	<p>Den Gemeinden ins Stammbuch schreiben, dass zur Genehmigung eines jeden Bebauungsplanes auch die Einführung von Gemeinschaftswäre etc. geprüft werden muss.</p>	<p>n. a.</p>	<p>OB</p>
<p>M33_008</p>	<p>Wird die gesamte Energieversorgung auf Förderprogramme aufgesetzt? Es müssen wirtschaftliche Lösungen gefunden werden.</p>	<p>n. a.</p>	<p>OB</p>
<p>M33_009</p>	<p>Das Wärmenetz in Leinfelden (jedenfalls auf den Fildern, war Anfang des Jahres wegen überhöhter Preise in der Presse) macht Mut sich an sowas anschließen zu lassen. Bedeutet das mit der "kommunalen Wärmeplanung" zusammen, dass man dann ggf. keine eigene Wärmepumpe betreiben darf? Dann mir die Wärmeversorgung zum Armuts-Risiko im Alter.</p>	<p>n. a.</p>	<p>OB</p>
<p>M33_010</p>	<p>In enger Absprache mit den Kommunen sollen die Nah- und Fernwärmenetze gemäß dem Wärmeplan verbaut werden. Es sollte jedoch berücksichtigt</p>	<p>n. a.</p>	<p>OB</p>

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	werden, dass in vielen Fällen autarke Häuser ohne Wärmenetz eine sinnvollere Alternative darstellen. <b>(Duplikate: 32)</b>		
M33_011	Es muss immer überprüft werden, welche Maßnahme ökologisch am sinnvollsten ist und diese gewählt werden. Mithilfe einer angemessenen Treibhausgas-Bepreisung (180€ pro 1 Tonne CO <sub>2</sub> -Äquivalente) wäre dies gegeben. - Die gemeinschaftliche Nutzung von erneuerbaren Energien verringert die Kosten. Daher ergibt eine beschleunigte Quartierssanierung mit gleichzeitigem Ausbau von hocheffizienten Wärmenetzen Sinn. Um Quartierssanierungen sinnvoll umsetzen zu können, müssten die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingung angepasst werden. <b>(Duplikate: 32)</b>	n. a.	OB
M33_012	Aufbau einer Förderung für Klein- und Mittel BHKW's verbunden mit horizontaler Sektorkopplung (Verbund Gas BHKW u Solarthermie, Geothermie falls vorhanden) Einbeziehung von Biogas-Klärgasanlagen	n. a.	OB
M33_013	Fortsetzung der aktuellen Förderung beibehalten (Breitenförderung) und nicht nur Leuchttürme - denn die Menge an neuen Netzen bzw. der Ausbau und die Dekarbonisierung sind noch eine große Aufgabe.	n. a.	OB
M33_014	Verbesserte Rahmenbedingungen	n. a.	OB
M33_015	Mehr Information an Planungsbüros	n. a.	OB
M33_016	Bitte nur dort wo es effizienter ist als Einzelanlagen	n. a.	OB
M33_017	BW-Fördermodell für Integration erneuerbare Energien in städtische Fernwärme.	n. a.	OB
M33_018	Es könnte überprüft werden wo es ökologisch sinnvoll ist Oberflächennahe-Geothermie zu verwenden.	n. a.	OB
M33_019	Besonders vorteilhaft ist die gebündelte Sanierung einer ganzen Nachbarschaft. Damit ist z.B. die Investition in eine zentrale Wärmeerzeugung mit effizientem Nahwärmenetz realisierbar.	n. a.	OB
M33_020	Verpflichtende, umfassende Energieberatung für jedes Haus. In dieser Energieberatung müssen alle Bereiche des Energiesektors für das Haus betrachtet werden. Stromgewinnung (PV); Wärmeversorgung (Gebäudesanierung, Wärmepumpe, Wärmenetz), sowie eventuell auch Mobilität (Aufladen des E-Autos). Außerdem muss in der Energieberatung beraten werden, wie die erarbeiteten Konzepte umgesetzt werden können (Sanierungsmaßnahmenplan). Nach Aufstellen eines individuellen Sanierungsfahrplans steht die Energieberatung während des gesamten Prozesses zu Seite. Die Energieberatung und Erstellung des individuellen Sanierungsfahrplanes werden mit 70% gefördert.	n. a.	OB
M33_021	Erweiterung des Förderangebotes um eine offene Beratungsoffensive nicht allein für Kommunen über die Wärmeplanung, sondern ebenso für andere Akteure, z.B. zukünftige Bürgerenergien. Marktbereitungsmaßnahmen über Netzwerkarbeit und Austauschplattformen. Kein rein technischer Zugang an Wärmethemen! Soziale Aspekte bei Wärme berücksichtigen und keine ausschließliche Fokussierung auf Technik!	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M33_022	insbesondere die Förderung der Wärmenetzinitiativen sollte nicht auslaufen	n. a.	OB
M33_023	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M33_024	Da KmS in EFRE nicht fortgeführt wird, entsteht eine deutliche Lücke, ggf. Modellprojektförderung Tiefe Geothermie oder von Projekten mit Solarthermie und Industrieabwärme?	n. a.	OB
M33_025	Diesem Förderprogramm wird weiterhin hohe Bedeutung beigemessen. Im Zuge der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung ist von einem deutlich steigenden Bedarf auszugehen, sodass eine deutliche Aufstockung spätestens ab 2021 vorgesehen werden sollte.	n. a.	OB
M33_026	Unter der Maßgabe einer kostenneutralen Umsetzung.	n. a.	OB
M33_027	Bitte auch für Bürgerenergiegenossenschaften öffnen. Gerade in Stuttgart geht gar nichts beim Fern-/Nahwärmeausbau. Die Stadt fühlt sich hier nicht verantwortlich. Wenn hier eine BEG eine Quartiernahwärme möglich machen will, sollte man das unterstützen.	n. a.	OB
M33_028	Finanzierbarkeit über Steuer auf fossile Brennstoffe	4	BB
M33_029	Mittleinsatz (Kapital) und THG-Effizienz: Netze in verdichtetem Bereich, ländlicher Raum mit geringer Abnahme dichten eher per Einzelhausversorgung (solar u.a.)	1	VB
M33_030	Niedertransportnetze brauchen auch Modernisierung der Gebäude	1	VB
M33_031	Ausweis Wärmedichte kein Netz unter 3000 kWh/Meter x a	1	VB
M33_032	mit Perspektive Biogas/ synthetisches Gas	0	VB
M33_033	Fuel-Switch Kohle auf Gas ist auch Dekarbonisierung	2	VB
M33_034	Die Landesförderung für den Ausbau der Wärmenetzinfrastruktur (VwV energieeffiziente Wärmenetze) sollte sich an den Vertragsbedingungen des Betreibers orientieren. Wärmnetze mit einem • Anschluss- und Benutzungszwang • Verbot für den Einsatz weiterer Feuerstätten, wie zum Beispiel Kaminöfen und Heizkaminen zur zeitweisen Beheizung • Verbot zur Nutzung von erneuerbarer Energie sollten keine Landesförderung erhalten.	0	VB
M33_035	Bis spätestens 2035 100% erneuerbare Wärmeversorgung.	0	JB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M33_036	<p>Welchen Nutzen soll das haben? Wer bezahlt das? Was kostet das? Wem soll das nutzen? Wo entsteht die Wärme? Wo soll sie hin? Wer braucht Wärme im Sommer zum Heizen? Wer baut die Rohrleitungen? Wo sollen sie verlegt werden? Von Stadt zu Stadt? Förderprogramme ohne Nutzen gibt es zu viele, was die Landesregierung aber mangels Evaluierung nicht mitbekommt und deshalb bereitwillig Steuergelder verschwendet.</p>	n. a.	OB
M33_037	<p>Seite 45/46: Netzgestützte Wärmeversorgung: Das Handlungsfeld wird vollkommen unabhängig vom Handlungsfeld Kommunale Wärmeplanung beschrieben. Dabei ist lokale Wärmeplanung eine wesentliche Voraussetzung für den zielgerichteten und konsequenten Ausbau neuer Wärmenetze sowie der Erweiterung und Dekarbonisierung der bestehenden großen Fernwärme. Aufgrund des hohen Anteils der Erdgas-Verteilnetze heute, ist dieser Punkt eng verknüpft mit der Frage, welche Rolle Gasnetze in Zukunft spielen werden und wie der dafür erforderliche Umbau erfolgen soll. Seite 45/46: Die Frage, auf welche Art und Weise Vorranggebiete für Wärmenetze ausgewiesen werden, ist ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil der Wärmeplanung. Ein möglicher Ansatz wäre, als erstes einen landesweiten Planungsschritt durchzuführen, in dem auf der Grundlage eines einheitlichen Verfahrens für ganz Baden-Württemberg Wärmenetz-Vorranggebiete festgelegt werden. Die landesweite Planung bietet dann die Grundlage für die weiteren Planungen vor Ort. Darüber hinaus muss geklärt werden, welche Konsequenzen die Ausweisung als Wärmenetz-Vorranggebiet für die weitere Realisierung hat. Soll diese Festlegung unverbindlich sein und offenlassen, was in diesem Stadtteil oder Quartier umgesetzt wird, oder soll die Festlegung als Vorranggebiet Voraussetzung dafür sein, dass ein Wärmenetz auch tatsächlich gebaut wird? Seite 45/46: Eine weitere zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist, welche Strategie beim Umbau der Wärmeversorgung für die Nutzung erneuerbarer Energien verfolgt und wie die Wärmeversorgung in das gesamte Energiesystem integriert wird. Wird der Schwerpunkt auf die Elektrifizierung der Wärmeversorgung mit dezentralen Wärmepumpen gelegt oder wird der Fokus auf einen starken Ausbau von Wärmenetzen gelegt, was eine viel stärkere Kopplung der Sektoren zur Folge hat. Seite 45/46: Wärmedämmung im Rahmen der Gebäudesanierung und der Ausbau der Wärmenetze müssen gemeinsam gedacht werden. Verbesserte Wärmedämmung des Gebäudes führt zu niedrigeren Betriebstemperaturen im Heizungssystem. Diese sind wiederum Bedingung für den verstärkten Einsatz von Niedertemperatur-Wärmenetzen. Niedertemperaturnetze schaffen darüber hinaus die Voraussetzungen für den breiten Einsatz erneuerbarer Energien, der weit über die Verbrennung von Biomasse hinausgeht. In diesem Zusammenhang muss deshalb unbedingt das technische Entwicklungspotenzial der Wärmenetze beim Übergang von der dritten zur vierten Generation berücksichtigt werden. Stichwort: die Gebäude und die Netze werden gleichermaßen effizienter. Seite 46: Angestrebte Ausbaugeschwindigkeit der Wärmenetze. Bis 2030 soll der Anteil des Fernwärmeabsatzes um rund ein Drittel gegenüber heute (12%-13%) erhöht werden. Geht das anschließend bis 2050 in der gleichen Geschwindigkeit</p>	n. a.	OB

	<p>weiter, landet man dann bei einem Fernwärmeanteil von rund 25 %. Ist das wirklich ausreichend für ein effizientes, kostengünstiges und stabiles Energiesystem mit hoher Versorgungssicherheit? Verglichen mit den Ergebnissen der Länderstudie Heat Roadmap Germany, die im Rahmen des Projekts Heat Roadmap Europe durchgeführt wurde, ist im IEKK das Zwischenziel für 2030 viel zu niedrig angesetzt. Zusammenfassung / Empfehlungen Die Entscheidung in der Landesregierung, den Schritt zu einer verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung, zumindest für die rund 100 größten Kommunen zu gehen, stellt eine sehr gute Möglichkeit dar, jetzt eine von der Zielsetzung der nahezu vollständigen Dekarbonisierung der Wärmeversorgung her gedachte Wärmepolitik in Baden-Württemberg in Gang zu bringen. Den Wärmenetzen wurde hier im Land während der letzten Jahre ein relativ hoher Stellenwert eingeräumt. Insofern ist es nicht notwendig, die Ausrichtung grundlegend zu ändern. Angesichts des Umfangs der Aufgabe, vor der wir aktuell jedoch stehen, muss das Ziel der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung mit Hilfe des Klimaschutzgesetzes und des IEKK konsequent angesteuert werden. Die bisherigen Landesförderprogramme z. B. zum Ausbau von Wärmenetzen, die gemessen an der Zielsetzung und am Volumen ja durchaus erfolgreich waren, haben bei weitem nicht die Dynamik entfacht, die für die Wärmewende auf jeden Fall erforderlich ist. Folgende Punkte sind in diesem Zusammenhang wichtig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wärmeplanung auf kommunaler und teilweise auch auf übergeordneten Ebenen wird umso wichtiger, je höher der Anteil der Wärmenetze am Wärmebedarf ist.</li> <li>• Auf diesen engen Zusammenhang zwischen kommunaler Wärmeplanung und dem Ausbau von Wärmenetzen sollte im IEKK unbedingt hingewiesen werden.</li> <li>• Da sich die Rolle der Gasnetze in Zukunft deutlich ändern wird, ist auch der damit verbundene Umbau ein wesentlicher Bestandteil der Wärmeplanung vor Ort.</li> <li>• Gleichzeitig ist kommunale Wärmeplanung eine Langfristaufgabe, die erst dann beendet ist, wenn die Transformation der Wärmeversorgung abgeschlossen ist.</li> <li>• Wärmeplanung macht nur dann Sinn, wenn anschließend die Konzepte auch konsequent umgesetzt werden.</li> <li>• Wie verschiedene internationale wissenschaftliche Projekte (Research Center 4th generation district heat, Heat Roadmap Europe) gezeigt haben, ist die optimale Gestaltung des zukünftigen Energiesystems nur dann möglich, wenn ein integrierter Ansatz über alle Sektoren hinweg bei der Planung zugrunde gelegt wird → Smart Energy System.</li> <li>• Die Zielsetzung zum Ausbau der Wärmenetze sollte gegenüber den bisherigen Zahlen deutlich erhöht werden. Wenn das Land, wie auf Seite 47 des Maßnahmenkatalogs vermerkt, bei den Wärmenetzen über eine vergleichsweise große Regelungskompetenz verfügt, sollte diese auf jeden Fall konsequent genutzt werden.</li> </ul>		
--	---	--	--

<b>M34</b>	<b>Information, Forschung und Förderung</b>
<p>Um die, in Baden-Württemberg bislang sehr geringe Nutzung der Tiefen Geothermie voran zu bringen, ist beabsichtigt, ein Paket von Einzelmaßnahmen zusammen mit Unternehmen und Verbänden bzw. evtl. auch Kommunen umzusetzen. Forschung zur Tiefen Geothermie soll gefördert werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiative Wärmewende mit Tiefer Geothermie: Z.B. Informationsveranstaltungen, Unterstützung von Netzwerkbildung und Kooperationen</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.3. S. 46 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 66</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	13	0	1	52
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Ok.; Ja.; Sehr guter Ansatz.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	1	Abzulehnen.		
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>				/

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Maßnahme ist unklar	1	0	1
-------------------------	---	---	---

<b>B</b> <b>Kommentarinhalt</b>			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M34_001	Ok - Ergänzung: Es soll überprüft werden wo es ökologisch sinnvoll ist Oberflächennahe-Geothermie zu verwenden. <b>(Duplikate: 29)</b>	n. a.	OB
M34_002	Sehr gut, wenn es auch mit konkreten Projekten unterlegt ist.	n. a.	OB
M34_003	In geologisch unbedenklichen Regionen ja - aber warnendes Beispiel Staufen im Breisgau!	n. a.	OB
M34_004	JA. Entscheidend wichtig! Wir brauchen funktionierende, kleine Leuchttürme, die vor Ort zeigen, was möglich ist. Ich würde gerne in Freudenstadt für unsere Wohnung, gemeinsam mit den Miteigentümern und Nachbarn auf Geothermie umsteigen - im denkmalgeschützten Altbau. Ich suche nach Möglichkeiten und Unterstützung, um beispielhaft nach vorne gehen zu können.	n. a.	OB
M34_005	Betreffend die Initiative Wärmewende mit tiefer Geothermie (Information, Forschung, Förderung) weisen wir daraufhin, dass bei einer Förderung von Geothermie, das Thema „Sicherheit“ und eine entsprechende kommunikative Begleitung einen erheblichen Wert hat.	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M34_006	Abzulehnen. Zu gefährlich für den Boden. Besser Industrieabwärme.	n. a.	OB
M34_007	Geht's noch? Aus Staufen und Böblingen nix gelernt? Oder will man so den Altbestand an Gebäuden entsorgen? Ich kann es wirklich nicht fassen!	n. a.	OB
M34_008	Geldverschwendung	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M34_009	Die Wärmewende gelingt nur mit einer Kombination aus vielen Maßnahmen. Die Tiefengeothermie ist ein Baustein, hier sollte allerdings darauf geachtet werden, dass durch Maßnahmen in diesem Bereich die Eigenwasserversorgungen der Kommunen nicht gefährdet werden. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M34_010	Einbeziehung der geplanten Maßnahme Geothermie in Karlsruhe	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M34_011	incl. der Einrichtung einer Rücklage, um für etwaige bauliche Schäden aufkommen zu können (Vermeiden langwieriger Prozesse; Erhöhung der Akzeptanz)	n. a.	OB
M34_012	Die Zeit für Forschung ist vorbei - wenn am z.B. beim Tiefengeothermieprojekt in Bad Waldsee aus Kostengründen das Ganze trotz guter Förderung wieder auf Eis legt, sollte die Förderung so verbessert werden, dass solche Lösungen auch wettbewerbsfähig sind. Nur gute Beispiel führen zum Nachmachen und der Weiterverbreitung	n. a.	OB
M34_013	Unternehmen Anreize schaffen, um in Geothermie zu investieren und diese langfristig zu nutzen/anzubieten	n. a.	OB
M34_014	Gezielte Informationskampagne für den Nichtwohngebäude-Bereich. Auch hier müssen Energieberater gestellt werden die individueller Sanierungsfahrpläne erstellen. Diese Beratung wird durch den Staat gefördert.	n. a.	OB
M34_015	Investition in die Erforschung von sicherer Tiefengeothermie (das wäre dann auch eine Exporttechnologie made in Ba-Wü) Erforschung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Wärme-/Kälteerzeugung bei oberflächennaher Geothermie	n. a.	OB
M34_016	Bekanntermaßen fördert Geothermie die Gefahr von Erdbeben und Bodenabsenkungen, auch schon in BW vorgekommen, aber auch in den Niederlanden und anderswo. Wo ist der Nutzen, wo die Gefahren? Was kostet das?	n. a.	OB
M34_017	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M34_018	Ziel muss vor allem Kommunikation und Netzwerkbildung sein, die technische Forschung erscheint nicht prioritär, sondern die Umsetzung des bekannten Standes der Technik.	n. a.	OB
M34_019	Nicht nur Tiefen-Geothermie (nutzt nur den Großunternehmen), sondern auch Lösungsansätze für Eigenheime, z.B. Forschung Redox-Flow-Batterien und Power to H2 als stationäre PV-Nutzung für die saisonale Stromspeicherung/Sektorenkopplung (Brennstoffzellen-KWK), sowie Forschung bzgl. saisonalen Wärmespeichern (Zeolith, Phasenwechselmaterialien, etc.)	n. a.	OB
M34_020	Zielgebundene Förderung/Unterstützung der Wissenschaft in Bezug auf die Energiewende ist zwingend notwendig.	n. a.	OB
M34_021	nichts gegen Forschung, aber die vorhandene Technik muss fokussiert werden (PV, Wind, Wasser für Strom, Passiv- oder Niedrigenergiehaus = weniger Verbrauchen, KWK und Verwendung von sowieso vorhandenem Biogas oder Abfallprodukten aus der Chemischen Industrie) Und bitte, nix in irgendwelche alten Schächte pumpen, eine Idee dir mir genauso wenig gefällt wie das verkappen von Abfällen aus der Kernenergie ins Meer in den 80er Jahren)	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M34_022	Was ist mit Oberflächengeothermie? Hier ist der Forschungsbedarf zwar gering(er), aber wird noch nicht so oft umgesetzt. Förderung notwendig!	0	BB
M34_023	Energieerzeugung über Biogas aus Biomüll	2	BB
M34_024	Alternative Energieerzeugung Power to Gas, Solarthermie, Speichersysteme etc.	3	BB
M34_025	Geothermie zwingend an CO2-neutrale Stromerzeugung binden	1	BB
M34_026	Wir fragen uns: Warum wird nur die tiefe Geothermie in den Fokus gestellt? Lobbyismus?	0	BB
M34_027	Mehr Aufklärung über tiefe Geothermie	1	BB
M34_028	Forschung fördern, Ausführung auf Expertenebene, keine Bürgerbeteiligung, nur Info über Ergebnis	0	BB
M34_029	Alternativen ebenfalls erforschen. Kampagne: Ba-Wü als Land der Tüftler, was Wettbewerbe fördert. Vorreiterrolle.	1	BB
M34_030	Mehr Forschung und Förderung in Energiespeicherung	2	BB
M34_031	Standortbezogene Forschung zu vielen unterschiedlichen Möglichkeiten	3	BB
M34_032	stärker andere Maßnahmen in den Fokus nehmen; solare Wärmeversorgung	3	BB
M34_033	zu spezielles Fachthema	0	BB
M34_034	Ideen/Erfindungen durch Wettbewerbe fördern/veröffentlichen/weiterentwickeln/umsetzen!	2	BB
M34_035	Wenn gute Anwendungsmöglichkeiten -> Anwenden für Kommunen!	0	JB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<b>M35</b>	<b>Transparenzoffensive Fernwärme</b>
	<p>Um die Kundenakzeptanz beim Anschluss an Wärmenetze zu verbessern, soll die Einführung einer Informationspflicht der Versorger zu Preisen, ökologischer Qualität der Wärme und Netzgebiet geprüft werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Landesgesetzliche Regelung zur Informationsbereitstellung durch die Fernwärmeunternehmen</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.3. S. 46 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 71</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbände<b>e</b>beteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Anzahl Kommentare	1	17	1	52
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	Anzahl	Auswahl		
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	2	Ja.; Ist eine sinnvolle Maßnahme.		
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	2	Unnötige Maßnahme.; Unnötig		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung		Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=21)	Verbändefeteiligung (n=20)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll				
Ihre Umsetzung ist notwendig			/	
Die Umsetzung unterstütze ich			/	
Die Maßnahme ist unklar	2	2	3	

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M35_001	Ein begrüßenswertes Instrument. Ich bin jedoch der Ansicht, dass das Thema Fernwärme vor allem von der Kostenseite her anzugehen ist. Allgemeine Informationen über Fernwärme sind zwar nicht schlecht, aber allein entscheidend ist der Energiepreis bei Fernwärmeversorgung.	n. a.	OB
M35_002	Betreffend die Umsetzung der Maßnahme zur Transparenzoffensive Fernwärme (Landesgesetzliche Regelung zur Informationsbereitstellung durch die Fernwärmeunternehmen) sollte bei einer entsprechenden Umsetzung darauf geachtet werden, dass die Bewertungsbasis identisch ist. Es sind aktuell immer wieder Nahwärmelösungen in der Kritik, die vermeintlich hohe spezifische Wärmepreise haben (Biogasgefeuerte BHKW etc.), wobei hier	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	die Begrifflichkeiten Vollkosten, Arbeits- und Leistungs- /Grundpreis häufig beliebig vermengt werden, obwohl die absoluten Jahreskosten gering sind.		
<b>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M35_003	Unnötige Maßnahme. Sobald es für den Verbraucher „günstiger“ ist sich ans Wärmenetz anzuschließen, anstatt die Wärme selbst zu erzeugen, wird er es tun. Der Fernwärmeerzeuger muss motiviert werden hier attraktive Angebote zu erstellen.	n. a.	OB
M35_004	Unnötig. Was zählt ist das Preis-Leistungsverhältnis. Das bekommen die Bürger schon selbst hin.	n. a.	OB
<b>Keine wertende Einordnung vorgenommen</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M35_005	Anschließend an die Prüfung soll die Einführung einer Informationspflicht dann auch bis Ende 2020 eingeführt werden. <b>(Duplikate: 28)</b>	n. a.	OB
M35_006	Unmissverständliche Verbraucherinformation: Öl und Gas werden schon in absehbarer Zeit für die Wärmeversorgung nicht mehr zur Verfügung stehen.	n. a.	OB
M35_007	Nur durch Transparenz und Information und entsprechende Kommunikation ist der Betrieb und Bestand eines Wärmenetz möglich. Eine Informationspflicht ist sinnvoll. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M35_008	Erstellung eines Atlas für leitungsgebundene Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energie; Ausrichtung eines jährlichen Wettbewerbs zur Auszeichnung vorbildlicher Nahwärmekonzepte	n. a.	OB
M35_009	Dabei Transparenz zu den Arten der erneuerbaren Energien herstellen (ohne Abwärme, Müllverbrennung und KWK) Vereinbarung mit BW Wärmeversorgern zur jährlichen Steigerung des echten EE-Anteils in der FW abschließen bzw. auf Bundesebene für Ordnungsrecht einsetzen (entsprechend EU-Direktive). Auf Bundesebene für ein Bilanzierungsmodell für EE-Wärme in der FW einsetzen (Dezentrale Einspeisung von Dritten).	n. a.	OB
M35_010	Die Landesregierung sollte erstmal dafür sorgen, dass die Informationspflicht der Windkraftbetreiber nach EEG § 77 erfüllt wird, ehe neue Informationspflichten - gesteigerte Bürokratieaufwand - wir haben ja noch zu wenig - die Folge sein wird. Was kostet das? Wer muss das bezahlen?	n. a.	OB
M35_011	Fernwärme sollte von der öffentlichen Hand angeboten werden, nicht von privaten Unternehmen, damit wäre eine Preis- und Verfügungsstabilität gewährleistet.	n. a.	OB
M35_012	Fernwärme basierend auf der Verbrennung von fossilen Rohstoffen ist nicht zielführend und daher zu beenden.	n. a.	OB
M35_013	Der Aufbau eines landesweiten Portals Wärmenetze wird dringend empfohlen. Hier sollte mit Hilfe eines validen Vergleichsrechners der angebotene Wärmepreis, mit dem einer dezentralen Erzeugung verglichen werden können. Ein Ranking der Wärmepreise wird empfohlen, um den Druck auf Wärmenetzbetreiber zu erhöhen, wettbewerbsfähige Preise	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	anzubieten. Die Pflicht von Wärmenetzbetreibern zur Lieferung von Energiepreisen sollte im Klimaschutzgesetz verankert werden. Da Wärmenetze ein natürliches Monopol bilden, ist im Gegenzug Transparenz einzufordern.		
M35_014	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M35_015	In vielen Kommunen besteht der Zielkonflikt, dass einerseits Klimaschutzmaßnahmen in kommunalen und nichtkommunalen Gebäuden umgesetzt werden sollen, andererseits die Stadtwerke durch den Verkauf von Strom und Brennstoff Einnahmen generieren. Es sollte geprüft werden, durch welche Maßnahmen dieser Zielkonflikt entschärft werden kann. Um die Anbindung vermieteter Wohngebäude zu erleichtern, sollte sich das Land bei der Novellierung der WärmeLV auf Bundesebene einbringen, so dass bestehende Hürden insbesondere hinsichtlich des Kostenneutralitätsnachweises beseitigt werden.	n. a.	OB
M35_016	Es wäre sinnvoll, diese Informationspflicht auch auf die Kostenstruktur der Wärmenetzbetreiber zu erweitern und diese Angaben in landes- oder bundesweites Portal einzutragen, in dem der Wärmekunde seine Wärmepreise vergleichen kann (analog Dänemark).	n. a.	OB
M35_017	Hierzu sollte eine einheitliche Preisbewertung Voraussetzung sein: Investitionszuschüsse, Anschlusskosten, einheitliche Abschreibung, Verbrauchskosten, Grundgebühren, Mitgliedsbeiträge, Eintrittsgelder, Stromkosten für Betrieb von Pumpen im Haus... wie setzt sich daraus der Preis zusammen?	n. a.	OB
M35_018	Bei BEG's oder Stadtwerken ist die Akzeptanz höher.	n. a.	OB
M35_019	gehört für mich zu einem Wärmeplan, der enthält welche Fernwärme vorhanden wäre, weil ein Betreiber diese produziert, welche Objekte dann sinnvoll angeschlossen werden können, also Wärmeplan mit Ist-Aufnahme, max. erlaubter Laufzeit, welche Alternativen stehen dann zur Verfügung, welche können gebündelt werden (z.B. Fernwärme), etc.	n. a.	OB
M35_020	So lange Fernwärme nicht die kWh Kosten von WP schlagen, wird Fernwärme nur eine geringe Rolle spielen, wenn Bestandsgebäude sinnvoll saniert werden. Für den Neubaus ist Fernwärme aufgrund der Verluste eh uninteressant. NT-Netze können eine Lösung sein.	n. a.	OB
M35_021	100% Finanzierung eines Wärmenetzanschlusses im Bestand. Anschlusszwang.	3	BB
M35_022	Geht das überhaupt?	0	VB
M35_023	Veröffentlichung aller Preisdaten im Internet; Offenlegung der verwendeten Brennstoffe; Regulierung analog Strom/Gasmärkte	1	VB
M35_024	Bewertung normieren (1 verfahren); Gutachten offenlegen; s. KfW Anforderungen	5	VB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

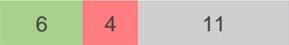
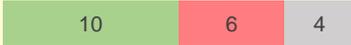
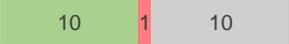
M35_025	Hinweise auf Kostenneutralität Warmmiete §556cBuB	1	VB
M35_026	Freiheit zur Solaranlage oder Dämmung	1	VB
M35_027	Offenlegung der Kalkulation/Wärmelieferungs-Verordnung	3	VB
M35_028	Informationen so einfach wie möglich für Endverbraucher darstellen! Verwirrung vermeiden. Übersicht über Alternativen	4	VB
M35_029	Welche Daten? Betriebsgeheimnisse?	4	VB
M35_030	Bei mehreren Wärmenetzinseln in einer Gemeinde führt Transparenz ggf. auch zu Verunsicherung	1	VB
M35_031	Transparenz bei Kalkulationsgrundlagen, Preismodellen und Bindefristen	3	VB
M35_032	Nahwärme?	0	VB
M35_033	Bürgerinitiative fördern	1	VB
M35_034	Alternativen zu anderen Effizienzmaßnahmen offenhalten. Solarthermie, Gebäude	1	VB
M35_035	Wie errechnet sich der einzelne Primärenergiefaktor? – Offenlegung	1	VB
M35_036	langfristige Preisbindung mit Indexierung (Deckelung)	2	VB
M35_037	Wie passt das zur Novelle AVB Fernwärme V?	0	VB
M35_038	Angesichts der vielen Streitfälle bei mit Fernwärme versorgten Gebäuden bzw. Wohngebieten, sollte in die Transparenzoffensive auch die Verpflichtung aufgenommen werden, dass die Wärmelieferungs-Verordnung sowie bei einer Änderung der Wärmeversorgung auf eine gewerbliche Wärmeversorgung die Kostenneutralität der Warmmiete nach § 556 c des BGB hingewiesen und erläutert muss. Weiterhin ist ein Vergleich von dezentraler und zentraler Wärmeversorgung wichtig und notwendig, um die jeweiligen Vor- und Nachteile für die betroffenen Bewohner aufzuzeigen. Wir verweisen hierzu auf eine entsprechende Studie der ITG, Institut für Technische Gebäudeausrüstung Dresden und des Forschungsceneters Betriebliche Immobilienwirtschaft an der TU Darmstadt von August 2016.	0	VB
M35_039	Informationspflicht soll eingeführt werden! (nicht nur geprüft)	0	JB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

**4. HANDLUNGSFELD: EFFIZIENTE WOHNRAUMNUTZUNG**

<b>M36</b>	<b>Unterstützung von Kommunen bei der Ergreifung von Maßnahmen für eine effiziente Wohnraumnutzung</b>
<p>Der fortlaufend steigende Bedarf an Wohnraum ist mitverantwortlich dafür, dass die Emissionen des Gebäudebestandes trotz Sanierungsanstrengungen kaum sinken. Ein Grund für den steigenden Wohnraumbedarf ist der Anstieg der Wohnfläche pro Einwohner. Gleichzeitig gibt es ineffizient und sogar ungenutzten Wohnraum.</p> <p>Im Programm „Raumteiler“ motivieren die beteiligten Kommunen mit Unterstützung des Landes private Gebäudeeigentümer, ihren nicht genutzten Wohnraum an Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu vermieten.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiative des Landes, gemeinsam mit Städtetag BW und Kommunen, zur Vermittlung von ineffizient oder nicht genutztem Wohnraum an Wohnraumsuchende (Vorbild Programm „Raumteiler“)</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.4. S. 47 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A		In Zahlen		
Gesamtanzahl Kommentare: 82				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	15	0	1	66
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Gute Idee.; sehr gut; ja.; Finde ich gut.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	1

<b>B</b> <b>Kommentarinhalt</b>			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M36_001	Der Ansatz ist gut, aber geht definitiv nicht weit genug. Das Programm sollte sich nicht nur an Menschen in schwierigen Lebenssituationen richten (sehr hochschwelliges Verhalten, jemanden mit Problemen in das eigene Haus zu lassen), sondern sollte allen Menschen ermöglicht werden. Darüber hinaus sollte es mehrere Programme zum Thema "Gemeinschaftliches Wohnen" geben. Momentan suchen viele Menschen das Zusammenleben mit anderen, z.B. in mehreren Generationen. Ältere Menschen sind auf die Hilfe durch jüngere angewiesen, jedoch leben die Kinder oft an anderen Orten. Deshalb schlage ich vor, dass genossenschaftliche Bauprojekte mehrere Generationen gestärkt werden sollten. Insbesondere der Verein "Mietshäuser-Syndikat", der als Innovationsprojekt in BaWü gegründet wurde, soll hier handlungsfähiger gemacht und unterstützt werden, sich auf wesentlich mehr Objekte auszuweiten.	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M36_002	Das löst dann das Problem mit dem wegen der Heizkosten nicht mehr bezahlbaren Wohnraum für die Krankenschwester in Stuttgart! Zimmer bei einer Witwe, statt 2-Zimmerwohnung. Und die Witwe muss froh sein, wenn sie statt eine ehemals Obdachlosen die Krankenschwester zugewiesen bekommt. Ach - und das Wohnungsproblem der "Geflüchteten" kann man so auch lösen. Oh, das löst vielleicht das Problem der zu vielen Alten. Sorry - diese Maßnahme ist NUR mit Zynismus zu ertragen. So schlimm war nicht einmal die DDR nach der allergrößten Kriegs-Not.	n. a.	OB
M36_003	Der Nutzen dürfte relativ gering sein. Es muss mehr Wohnraum, auch kleine Wohnungen geschaffen werden.	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M36_004	<p>Kommunen müssen grundsätzlich mehr darauf verzichten ihr Land zu verkaufen, sondern es stattdessen verpachten. Damit bleiben dann auch grundsätzlich mehr gesetzliche Handlungsspielräume offen. - Eine Einführung der Treibhausgas-Bepreisung würde dieses Problem in den Griff bekommen, da in großen halb-leerstehenden Häusern die Nebenkosten viel höher wären.</p> <p><b>(Duplikate: 32)</b></p>	n. a.	OB
M36_005	<p>Eine Informationskampagne zur Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum ist sinnvoll, die Kommunen sollten hier durch Fachpersonal eine entsprechende Unterstützung bekommen. Die Durchführung von Infoveranstaltungen und ggf. eine Förderung sind ergänzend sinnvoll.</p> <p><b>(Duplikate: 2)</b></p>	n. a.	OB
M36_006	Keine Planwirtschaft im Wohnungssektor. Birgt die Gefahr, dass Mietnomadentum verstärkt wird.	n. a.	OB
M36_007	Eine Möglichkeit wäre die Schaffung "lebenswerter" Altenheime. Aufgrund der minderwertigen Lebensstandards heutiger Altenheime sind die wenigstens älteren Personen, die in entsprechend großen Häusern oder Wohnungen wohnen zu einem freiwilligen Umzug bereit, und das zu Recht. Durch die Schaffung "gemütlicher" Wohnungen für Älter zu fairen Preisen könnte neuer Wohnraum freigegeben werden.	n. a.	OB
M36_008	Kein einfacher Ansatz.	n. a.	OB
M36_009	Wer schon mal Ärger mit Mietern hatte, wird nicht freiwillig vermieten. Wer die Miete braucht, wird auch vermieten. Kein neues Gesetz erforderlich.	n. a.	OB
M36_010	Denkmalschutz-Verordnungen überarbeiten, da in ländlichen Gebieten viele alte Häuser leer stehen aber nicht abgerissen werden (dürfen). Unterstützung eines Wohnraumwechsels von älteren Bürgern und damit "Freigabe" von Wohnraum durch Errichten von altersgerechten/betreuten Wohnungen oder "Mini-Häusern" für 1-2 ältere Personen.	n. a.	OB
M36_011	Solange diese „Motivation“ zum Raumteilen keinen Eingriff in die Freiheit, Eigentumsrechte und Grundrechte des Wohnraumbesitzers darstellen, spricht dem Vorhaben nichts entgegen. Wenn das Land durch Bürokratie Abbau 50% seiner Ausgaben einspart, kann es ein Teil des Eingesparten dazu verwenden die "Wohnraumteilung" finanziell attraktiv zu gestalten.	n. a.	OB
M36_012	Die seit Langem existierende Gesetzgebung zur Vermeidung von Spekulation mit Wohnraum greift nicht, da Staatsanwaltschaften hier, wie so oft, keinen Handlungsbedarf sehen.	n. a.	OB
M36_013	Hier könnte die Förderung der KfW auch mit Einschränkungen der geförderten Wohnfläche pro Kopf arbeiten. Unpopulär - aber sicher ein sinnvolles Mittel, um die Förderung dort ankommen zu lassen wo sie auch wirklich benötigt wird. "Luxusimmobilien" benötigen keine Förderung.	n. a.	OB
M36_014	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - Art 14 (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Diese Gesetzesgrundlage sollte auf leerstehende Wohngebäude angewendet werden.	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M36_015	Ist gerade ein Krieg zu Ende gegangen? Haben wir Verhältnisse wie nach dem Krieg, wo Wohnraum jahrelang zugewiesen werden musste? Will die Landesregierung Bezugscheine ausgeben? Wo sollen die Menschen dann untergebracht werden? Was ist mit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes? Alles hinfällig? Die Sowjetunion lässt grüßen!!	n. a.	OB
M36_016	Bau von gemischten Wohneinheiten in Landeseigentum, die energetisch auf dem allerhöchsten Stand sind und unterschiedlich große Wohnungen bieten. - Zusätzliche Effizienz kann erreicht werden durch: gemeinsame Waschmaschinen, Stellplätze für Carsharing (und weniger für die Mietenden)	n. a.	OB
M36_017	Ein sehr brisantes Thema! Natürlich spricht nichts gegen die Propagierung dieses Instrumentes, aber dabei ist Vorsicht geboten, damit nicht der Eindruck eines 'Zwangsraumteilers' geschaffen wird.	n. a.	OB
M36_018	Eine CO2-Steuer würde die Nebenkosten für große Häuser mit wenigen Bewohnern deutlich verteuern. Damit tritt eine gewünschte Lenkungswirkung ein.	n. a.	OB
M36_019	Zudem sollte sich das Land auf Bundesebene einbringen, um Instrumente zu identifizieren, die den Konflikt zwischen Mieterschutz / Wohnraummangel/ Miethöhe und notwendiger Gebäudesanierung entschärfen. Bspw. könnte eine Kostenteilung Vermieter/Mieter/ öff. Hand überlegt werden.	n. a.	OB
M36_020	Umzug der Senioren in kleinere Wohnungen fördern. Mietrecht vereinfachen, damit Vermieter Interesse an Vermietungen haben (dadurch weniger Nachfrage nach Neubauten).	n. a.	OB
M36_021	Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppierungen	n. a.	OB
M36_022	Anreiz oder Programm zur Freigabe zu groß gewordener Häuser / Wohnungen eventuell in Kombination zur Förderung des Mehrgenerationen-Hauses.	n. a.	OB
M36_023	Nicht genutzter Wohnraum sollte grundsätzlich verboten werden. Wenn Firmen oder Privatpersonen ungenutzten Wohnraum haben, sollten Sie eine Abgabe für die Verschärfung des Wohnraumangels zahlen müssen. Spätestens nach 6 Monaten.	n. a.	OB
M36_024	Die Zunahme der Quadratmeteransprüche ist in der Tat einer der Gründe für den Flächenfraß und dafür, dass die THG-Emissionen nicht sinken. Viele Wohnungen sind untergenutzt oder stehen ganz leer. Niedrigverdiener und Ausländer sind am Mietenmarkt benachteiligt, während ältere, langjährige Mieter oft in zu großen, verhältnismäßig billigen Wohnungen wohnen. Vermieten ist schwierig und riskant. Ich vermiete einige Wohnungen und habe Verständnis dafür, dass jemand, der eine Wohnung übrig hat, diese leer stehen lässt und auf die Mieteinnahmen verzichtet und den Ärger des Vermietens nicht auf sich nimmt. Offensichtlich ist niemand daran interessiert, diese Situation zu ändern, denn die Mietgesetzgebung wird immer komplizierter und vermietenunfreundlicher. Mitverantwortlich für die Verschwendung von Wohnraum sind die Jobcenter. Dazu sagen Sie gar nichts. Das wollen Sie anscheinend nicht ändern. In Stuttgart wird zum Beispiel einem alleinstehenden Bezieher von Hartz IV eine Wohnfläche von durchschnittlich 41 qm zugestanden. Meine Wohnungen liegen im Rems-	n. a.	OB

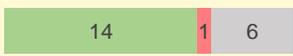
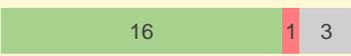
Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Murr-Kreis. Ich hatte in den letzten Jahren in mehreren Wohnungen von 64 qm alleinstehende Hartz-IV-Bezieher. Das Jobcenter hat die Miete problemlos gezahlt. Hier handelt es sich um staatliche Verschwendung von Wohnraum. Anscheinend denkt niemand daran, dies zu ändern. Ich vermisse den Vorschlag, einem alleinstehenden Hartz-IV-Bezieher nicht mehr als 30 qm (2 Personen 45 qm und so weiter) Wohnfläche zur Verfügung zu stellen.		
M36_025	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M36_026	Die "Wohnungsnot" in den Städten des Landes ist primär der gestiegenen Wohnfläche pro Kopf geschuldet. Daher wird das Angebot ausdrücklich begrüßt, auch wenn die Umsetzung schwierig zu werden verspricht.	n. a.	OB
M36_027	Handreichung und Konzepte für alternative Wohnraummodelle die entwickeln und bereitstellen (Alters-WG, Mehrgenerationenhaus, Room/House-Sharing)	1	BB
M36_028	Bei Vermietungsängsten Angebot der Kommune der Anmietung und Weitervermietung	0	BB
M36_029	Fördermodelle bereitstellen für Umbauten, die eine effiziente Wohnraumnutzung ermöglichen	0	BB
M36_030	Voraussetzungen: Erleichterung von Kündigungen; Zahlungsbereitschaft der Stadt.	1	BB
M36_031	Gründung und Förderung von Wohnbaugenossenschaften	0	BB
M36_032	Grundsteuersatz ändern: Abhängigkeit Wohnfläche zu Personenanzahl	4	BB
M36_033	Einrichten einer zentralen Vermittlungsstelle für alters-WGs, bzw. Wohnraumumverteilung (Börse)	1	BB
M36_034	Vermittlungsplattformen von Wohnungen (Wohnraum) unterstützen. Damit könnte man fördern, dass der Wohnraum effizient genutzt wird. Beispiel: Kinder ziehen von zu Hause aus, zwei Zimmer bleiben, werden nicht genutzt und stehen leer. Das Zimmer kann dann nach einem "Wohnungstausch auf privater Basis" von einer Familie mit Kindern genutzt werden.	0	BB
M36_035	Nicht Maßnahmen der Kommunen unterstützen, sondern Maßnahmenkatalog selbst entwickeln (Effizienz)	1	BB
M36_036	Baugenossenschaften und öff. Wohnungsbau können kleine Apartments/Häuser in Nähe des alten sozialen Umfelds zur Verfügung stellen und die so leergewordenen Häuser vermieten. Win-Win - Situation	2	BB
M36_037	Kommune schafft altersgerechten Wohnraum. Somit wird bisher ungenutzter Wohnraum frei.	2	BB
M36_038	Benefit bei Verkleinerung durch monetäre und andere Anreize (Wohnen mit Hilfe)	0	BB
M36_039	Handreichungen reichen nicht!	0	BB
M36_040	Kommunen verpflichten eine vertrauensvolle Stelle/Plattform zu betreiben mit dem Ziel, Wohnraum zu tauschen	0	BB

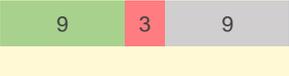
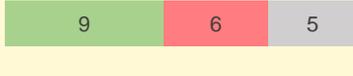
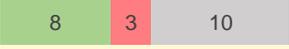
Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M36_041	Ausschreibung für konkretes Projekt, Schritt in die Umsetzung	0	BB
M36_042	Kommunen sollen prinzipiell Grundstücke nur noch verpachten. Damit bleiben mehr Handlungsspielräume offen.	0	JB
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<b>M37</b>	<b>Erschließung ungenutzten Wohnraums</b>
	<p>Die Erschließung derzeit ungenutzten Wohnraums kann einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung des Neubaus, des Energieverbrauchs und der THG-Emissionen leisten. Dieses Potenzial haben viele Kommunen bereits erkannt. Um Maßnahmen und Projekte zur Erschließung des Potenzials umzusetzen, fehlen in den Kommunen jedoch oft Know-how sowie personelle und finanzielle Ressourcen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Förderprogramm zur Unterstützung der Etablierung von „Wohnraummanagern“ und/oder Aktionsstellen „Wohnraumeffizienz“ in den Kommunen</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.4. S. 47 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>

<b>A</b>	<b>In Zahlen</b>			
Gesamtanzahl Kommentare: 71				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	9	0	2	60
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	6	sehr gut; gute Idee.; ja.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	1	Ist abzulehnen.		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=21)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=20)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	1	0

<b>B</b> Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M37_001	Verpflichtende Einführung eines Wohnraummanagers	0	JB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M37_002	Wirkt wie "Blockwarte" - ist abzulehnen.	n. a.	OB
M37_003	Was sagt der Landesrechnungshof dazu? Was kostet das? Wer bezahlt das? Wer hat Anspruch, wer nicht? Wo kommt das Personal her? Wie ist es qualifiziert? Wer evaluiert den Nutzen? Wollen die Menschen das? Hirngespinnste sozialistischer Prägung!!	n. a.	OB
M37_004	nochmal eine Institution zu schaffen allein für diese abstrakte Aufgabe halte ich nicht für zielführend	n. a.	OB
M37_005	Es sind keine neuen Stellen notwendig. Die Kommunen vor Ort wissen wo der Schuh drückt. Auch ohne Wohnraum Manager.	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M37_006	Bis Ende 2020 muss in allen Stadtkreisen und Größeren Kreisstädten ein Wohnraummanager eingestellt werden. Die Aufgaben des Wohnraummanagers müssen die Optimierung der Wohnflächen sein. Er muss in enger Absprache mit dem ebenfalls bis Ende 2020 eingestellten Wärmemanager arbeiten, damit der Energiebedarf der Häuser minimiert werden kann. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB
M37_007	ständige Weiterbildungsprogramme für Wohnraummanager	n. a.	OB
M37_008	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de,	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"		
M37_009	Wenn dieses Vorhaben die im Grundgesetz verbrieften Rechte des Wohnraumbesitzers nicht einschränkt und ihn nicht finanziell stärker belastet und da Wohnraummanagement kostenneutral realisiert werden kann, kann das eine sinnvolle Maßnahme sein. Die einseitige Belastung des Wohnraumbesitzers ist aus Gleichheitsgrundsätzen unzulässig.	n. a.	OB
M37_010	Viele der leerstehenden Objekte sind stark sanierungsbedürftig, bzw. nicht wirtschaftlich sanierungsfähig. Hier könnte eine Partnerschaft der Wohnraummanager mit lokalen Architekturbüros in Workshops Impulse für die Nutzungen geben.	n. a.	OB
M37_011	siehe M36; ggf. kann die Förderung auf Erfolgsbasis erfolgen und so Mittel der Wohnraumförderung genutzt werden.	n. a.	OB
M37_012	Bessere Beratungsangebote für ältere Menschen, die eine sehr große Wohnfläche pro Kopf bewohnen, hinsichtlich möglicher Optionen zur Reduktion der Wohnfläche. Adressierung des Problems, dass bei Umzug in eine kleinere Wohnung oft höhere Kosten als bei Verbleib in der zu großen Wohnung entstehen.	n. a.	OB
M37_013	Vergünstigungen für Personen, die bewusst auf weniger QM leben als der Durchschnitt. Z.B. durch verringerte Anschlussgebühren in Neubaugebieten, wenn Gebäude mit großer EW Dichte geplant werden. Förderung Autofreier Wohngebiete (Überschneidung zu Thema Mobilität). Wenn ich bei einem 8-Wohnungshaus die Stellplätze sparen, kann ich eine ganze Wohnung mehr einbauen! Wohngebiete Fußgänger- und fahrradfreundlich errichten. Insgesamt verringert das den Flächenverbrauch um ein Vielfaches. ÖPNV Stationen als Alternative.	n. a.	OB
M37_014	Ambitionierterer Vorschlag: Förderung von "Wohnraummanagern" durch das Land. Klimawandel ist ein akutes Problem und wir können nicht darauf warten, dass Kommunen selbst Mittel stellen.	n. a.	OB
M37_015	Die hier aufgezeigten Anlaufstellen für Ratsuchende in Kommunen sind wichtig. Separate Personalstellen sind vermutlich schwierig, eine mögliche Förderung durch externe Büros wäre empfehlenswert. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M37_016	Die Einwohner müssen überzeugt werden, es muss einen Grund geben warum sie z.B. kein Einfamilienhaus auf 400 qm bauen wollen, sondern ein Doppelhaus, oder Reihenhaus, oder kleines Mehrfamilienhaus. Also Manager nur, wenn der was anbieten kann. Andere Frage: was tun, wenn Wohnraum einfach leer bleibt, weil es den Besitzern zu aufwendig ist, sie keinen Ärger mit Mietern wollen, etc. Ein Manager kommt doch nur ran, wenn er zukünftige Probleme übernehmen wird, um den Leuten Angst und Vorurteile zu nehmen. Ich möchte nicht an Enteignung denken, geht für mich gar nicht. Aber Probleme mit Mietern, fehlende Zahlungen etc. hemmt sicher auch die Verwendung von Wohnraum. Hier sollten Kommunen einspringen können, ggf. auch Mietverträge befristet machen, laufend klären ob das Mietverhältnis i.O. ist.	n. a.	OB

M37_017	neues Bürokratiemonster vermeiden. Kommunen sollten PV-Anlagen auf privaten Dächern selbst errichten und betreiben dürfen (mit Eigentümergenehmigung) und den Eigentümern eine Vergütung für die genutzte Dachfläche bezahlen. Das würde richtig CO2 sparen.	n. a.	OB
M37_018	Bei uns in der Gemeinde gibt es sehr viele sogenannte Enkelgrundstücke. Es besteht keine Baupflicht. Um weiterer Verdichtung der Fläche, weiterer Ausdehnung von Neubaugebieten und Bodenversiegelung Einhalt zu gebieten, sollten auch diese Enkelgrundstücke an die Gemeinde oder Bauwillige verkauft werden, wenn die Besitzer innerhalb von 3 Jahren nicht bauen.	n. a.	OB
M37_019	Erleichterung bei Gebäudeaufstockung und Dachausbau. Änderung des Bebauungsplans.	2	BB
M37_020	Unterstützung und Förderung bei der Umplanung von Bestandsgebäuden in kleinere Wohneinheiten	1	BB
M37_021	Unterstützung von Boris Palmer in seinen Vorhaben in Tübingen und Ausweitung deutschlandweit	0	BB
M37_022	finanzielle/Steuerliche Anreize bei Vermietung von Leerstand	1	BB
M37_023	Wohnraumgewinnung durch Gebäudeaufstockung und Änderung der Landesbauordnung (Abstandsflächen usw.)	1	BB
M37_024	leerstehenden, bewohnbaren Wohnraum mit Steuern belegen	4	BB
M37_025	Grundsteuersatz ändern: Abhängigkeit Wohnfläche zu Personenzahl	3	BB
M37_026	Gemeinde soll nicht-sanierungsfähige Gebäude erwerben und neue Sozialwohnungen bauen (auf freiwilliger Basis!)	3	BB
M37_027	Städteplanung mit Verdichtung des Wohnraums, sozialer Wohnungsbau erhöhen	0	BB
M37_028	finanzielle Unterstützung	0	JB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<b>M38</b>	<b>Unterstützung innovativer Wohnprojekte mit effizienter Wohnraumnutzung</b>		
	<p>Gemeinschaftliche Wohnprojekte und andere neue Formen des Zusammenlebens können einen Beitrag zur nachhaltigeren Gestaltung des Wohnens leisten, wenn sie Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Eine Handreichung soll über Vergabekriterien für Nachhaltigkeit und effiziente Wohnraumnutzung zur Vergabe innovativer Wohnprojekte informieren.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Handreichung für Kommunen</li> </ul> <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 4.4. S. 48 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

A		In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 54					
		Bürgerbeteiligung	Verbändebeteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	0	0	0	0	54
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)					
	Anzahl	Auswahl			
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	6	Ok.; Gute Idee.; gut; ja.			
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	1	eher unnötig			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)					
Angaben = Häufigkeit der Nennung		Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	
		Bürgerbeteiligung (n=21)	Verbändebeteiligung (n=20)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll					
Ihre Umsetzung ist notwendig				/	
Die Umsetzung unterstütze ich				/	
Die Maßnahme ist unklar		0	0	2	

B		Kommentarinhalt	
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M38_001	Ok - Ergänzung: Möglichkeiten für gemeinschaftliche Wohnprojekte sind zum Beispiel das Teilen einer Waschküche und/oder Küche. Für die Bewohner eines Wohnraumblocks sollen Carsharing-Autos bereitstehen, jedoch keine Parkplätze für private Auto. Solche Pilotprojekte sollen noch 2020 geplant und baldmöglichst umgesetzt werden. <b>(Duplikate: 34)</b>	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M38_002	Ja. Der Wandel zur Nachhaltigkeit braucht mehr als nur technische Lösungen. Der gesellschaftliche Wandel, weg vom traditionellen Familienmodell hat zum steigenden Ressourcenverbrauch beigetragen. Gemeinschaftliche Modelle können zur Nachhaltigkeit beitragen. Hierzu braucht es aber mehr als technisches Knowhow: Soft Skills im Miteinander sind entscheidend z.B. gewaltfreie Kommunikation, Methoden der Gemeinschaftsbildung, Methoden der Mediation, ... Sind mit "Handreichung für Kommunen" die Gemeindeverwaltungen Ziel? Würde ich nicht dran glauben... Als zielführend könnte ich mir vorstellen: Bildungsangebote für Gemeinschaftsinteressierte in Zusammenarbeit mit erfolgreich bestehenden Wohn- / Gemeinschaftsprojekten. Förderung von bestehenden Wohn- / Gemeinschaftsprojekten mit dem Ziel ganzheitlich nachhaltiger Beispiele mit Vorbildfunktion.	n. a.	OB
<b>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</b>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M38_003	Eine Handreichung für Kommunen wird hier nicht reichen. Die Vereine und Institutionen, die bereits innovative Wohnprojekte umsetzen, sollten finanzielle und ideelle Unterstützung erhalten (z.B. das Mietshäuser Syndikat).	n. a.	OB
M38_004	Eine Handreichung für Kommunen ist nicht genug. Die Handreichung sollte auch in der Bevölkerung verbreitet werden, damit auch "bottom-up" derartige Projekte entstehen können. Wohnprojekte, die das Konzept des "Wohnheims" nicht nur für Studierende attraktiv machen, sollten durch das Land gezielt angestoßen und gefördert werden. Sie gewährleisten den Bewohner*innen durch die geteilten Ressourcen einen ressourcensparsamen, aber lebenswerten Komfort und können auch der um sich greifenden Vereinsamung entgegenwirken.	n. a.	OB
M38_005	Kommunen haben hier die Möglichkeit ihr Tafelsilber (Grundstücke und Gebäude) nur unter bestimmten Voraussetzungen zu verkaufen/vermieten. Darauf sollten diese sich verpflichten.	n. a.	OB
M38_006	Finanzielle Förderung der Investoren. Unbürokratische, gesetzlich zwingend vorgeschriebene Genehmigungen durch die Kommune reduzieren Kosten und ermöglichen Entwicklung.	n. a.	OB
M38_007	Ein zusätzlicher Fokus als Ergänzung zu den Themen Energieeffizienz und Klimaschutz mit dem Thema Nachhaltigkeit auch im Bezug zur Nutzung der Gebäude sowie der Verwendung von Baustoffen ist sinnvoll. <b>(Duplikate: 1)</b>	n. a.	OB
M38_008	Für die Bewohner eines Wohnraumblocks sollen Carsharing-Autos bereitstehen, jedoch keine Parkplätze für private Autos.	n. a.	OB
M38_009	Innovative Wohnprojekte testen und deren Verlauf beobachten, anhand dessen Weiterentwickeln und verbessern und schlussendlich für Bürger attraktiv machen	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M38_010	Unbedingt. Wichtig sind in diesem Bereich auch 'Leuchtturm-Projekte'!	n. a.	OB
M38_011	Was kostet das? Wer bezahlt das? Wieviel Personal wird wo benötigt? Wissen die Kommunen nicht selbst am besten, wie sie mit dem Wohnungsmarkt umgehen? Ist die Kommune in dieser Frage bisher hilflos?	n. a.	OB
M38_012	Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatriftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M38_013	Zur Nachhaltigkeit von Gebäuden zählt nicht nur die sparsame Verwendung von klima- und umweltschonenden Materialien und ein gutes Energiekonzept, sondern auch der menschliche Maßstab von Gebäuden. Unmaßstäbliche, abweisende, gleichförmige Gebäude machen Menschen krank. Es sollten Planer*innen unterstützt werden, die diesen Gemeinwohlaspekt in Ihren Konzepten berücksichtigen.	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M38_014	Ab 2020 wird eine verpflichtende Schulung für Heizungsinstallateure über erneuerbare Alternativen eingeführt. Diese wird im ausführlichen Maße alle drei Jahre durchgeführt. Jährlich findet eine verkürzte Impuls-Schulung für Heizungsinstallateure statt. In den Schulungen soll der neueste Stand einer klimaneutralen Wärmeversorgung vermittelt werden. Ebenso findet ab 2020 eine dreijährliche und jährliche Schulung zu klimaneutraler Wärmeversorgung für Beamte und Angestellte in der öffentlichen Fachverwaltung statt. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_015	Es muss eine jährliche Sanierungsrate angestrebt werden, mit der bis 2035 ein klimaneutraler Gebäudebestand möglich ist, d.h. eine Sanierungsrate von ca. 7-10 %. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_016	Land erstellt einen Sanierungsfahrplan und fördert die Ausbildung von Energie Managern, welche die Beratung und Qualitätssicherung von Sanierungsmaßnahmen übernehmen. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_017	Viele der beschriebenen Maßnahmen benötigen eine größere Anzahl an Handwerkern als bisher vorhanden. Daher soll die Stellung der Handwerker verbessert werden. Dies beinhaltet, ist aber nicht limitiert auf, eine Übernahme der Ausbildungskosten, sowie mehr Ausbildungsplätze. Eine weitere Möglichkeit sollten Kurzausbildungen darstellen. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_018	Ländliche Regionen müssen mehr gefördert werden, um die Abwanderung in Städte zu verhindern, die für neuen Wohnraum verantwortlich ist. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M38_019	Das Land geht mit gutem Beispiel voran und hat ab 2030 einen klimaneutralen Gebäudebestand für alle Landesgebäude. Dies wird im GEG festgelegt. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_020	Bis Ende 2020: jeder Stadtkreis und Größere Kreisstädte stellen einen Wärmemanager, ein Wohnraummanager und Sanierungslotsen ein. Kleine Kommunen werden durch Förderungen bei Einstellung dieser Manager unterstützt. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_021	Das Land nutzt seine Möglichkeiten auf Bundesebene um sich für eine eindeutige Subvention klimafreundlicher Wärmetechnik (z.B. Wärmepumpen) einzusetzen und für ein Stopp klimaschädlicher Subventionen, wie zum Beispiel für Öl- und Gasheizungen. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_022	Das Land setzt sich auf Bundesebene für ein sofortiges Verkaufsverbot von Öl- und Gasheizungen in Neubauten auszusprechen. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_023	Das Land nutzt seine Möglichkeiten auf Bundeseben um sich für eine angemessene CO2 Steuer (180 Euro pro Tonne CO2 Äquivalente) einzusetzen, um so klimafreundliche Wärmetechnik zu fördern. Außerdem geht das Land mit gutem Beispiel voran und führt diese Steuer selbst ein. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_024	Auf Bundeseben: Abbau von Subventionen auf fossile Wärme-Kraftstoffe bzw. Erhöhung der Steuer auf Heizöl und Gas <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_025	Das Land investiert in keine Infrastruktur fossiler Brennstoffe; dies gilt auch für Entscheidungen im Bundesrat. Projekte wie die LNG Speicher in Brunsbüttel dürfen somit nicht mehr gefördert/gebaut werden. Erst bei eindeutigem Nachweis, dass solch eine Infrastruktur zeitnah benötigt wird, um synthetische Kraftstoffe zu lagern, darf mit der Planung begonnen werden. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_026	Das Land subventioniert Wärmepumpen mit einer Arbeitszahl von mindestens 5. Nach 1-2 Jahren wird getestet wie gut die Wärmepumpe läuft. Ist diese falsch montiert worden muss – falls möglich nachgerüstet werden – oder Subventionen teilweise zurückgezahlt werden. Das Land setzt sich auf Bundeseben dafür ein, dass die Bundesebene dies genauso handhabt. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_027	Entwicklung von Investitionsmodellen, die es Investoren und Privatpersonen ermöglichen ohne eigenes Haus in die Gebäudesanierung zu investieren. Dadurch könnte Kapital bereitgestellt werden. Zum Beispiel: Investitionen in einen Sanierungsfonds. Mit diesem Fonds werden Gebäudesanierungen finanziert. Die Einnahmen daraus können zu einem bestimmten Anteil abgeschöpft werden vom Investor. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M38_028	Neubauten müssen ab Januar 2020 Effizienzhausstandard haben <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_029	Ausbauen von Energiespar-Contracting <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_030	Keine Deckelung für Wärmeförderung des Landes. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_031	Ersatzlose Streichung des Paragraf 13b des Baugesetzbuches Hintergrund: Paragraf 13b Baugesetzbuch: ermöglicht das vereinfachte Bauverfahren zur Bebauung von Außenflächen. Es muss in der Folge keine Umweltprüfung und kein Umweltbericht erstellt werden, sowie kein Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden. In der Folge steigt der Flächenverbrauch rasant an. Der Paragraf 13b wird in Regionen angewandt in denen Wohnraumnot herrscht, als auch in Regionen in denen keine Wohnraumnot herrscht. Da mit diesem Paragrafen Artenschutz und Biodiversität gegen Wohnraum ausgespielt wird, ohne den ernsthaften Versuch beide Anliegen zu vereinen, muss der Paragraf 13b Baugesetzbuch ersatzlos gestrichen werden. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_032	Es wird eine öffentlichkeitswirksame Informationskampagne 10-Jahres-Kampagne durchgeführt. Diese informiert über die verschiedenen geringinvestiven Maßnahmen, Förderungsmöglichkeiten und Energieberatungen. Die öffentlichkeitswirksame Kampagne wird durch eine Informationskampagne für Hausbesitzer ergänzt. Diese bereitet auch Themen wie "Smart Homes" auf. Ziel der Kampagne muss die Sanierung auf Effizienzhaus-Standard sein. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_033	Gezielte Informationskampagne für den Nichtwohngebäude-Bereich. Auch hier müssen Energieberater gestellt werden die individueller Sanierungsfahrpläne erstellen. Diese Beratung wird durch den Staat gefördert. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_034	Einrichtung eines Gebäudeexpertenzentrums. Diese Plattform dient als Austausch- und Weiterbildungszentrum für (Gebäude-Energie-)Experten. Gemeinsame Projekte sollen von diesem Zentrum ausgehen. Unter anderem soll eine Datenbank mit verfügbaren Daten erstellt werden, um die zielführendsten Maßnahmen herauszufiltern. Dieses Zentrum würde die Qualität der Beratung und Ausführungsqualität steigern (laut gea um 50%). <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_035	Eine erfolgreiche Wärmewende ist nur möglich, wenn das EEG so geändert wird, dass der im Haus erzeugte Strom von allen Fraktionen verwendet werden kann. Hintergrund: Strom auf dem Dach kostet ca. 10 ct/kWh, Wärmepumpe: 2 ct/kWh (Arbeitszahl: 5), Gas: 4-5 ct/kWh => Wärmepumpe wäre billiger zum Heizen - <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_036	Förderung und Einführung einer verbindlichen Quote von PowertoX-Brennstoffen, um den Markteinstieg zu beschleunigen. Ausbau eines	n. a.	OB

Wärme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	internationalen PowertoX-Marktes. Förderungen müssen lang angelegt sein, um Planungssicherheit zu garantieren. <b>(Duplikate: 7)</b>		
M38_037	Grundsätzlich muss der Wärmeplan geändert werden. In Anbetracht des sehr geringen verbleibenden CO2-Budgets dürfen keine neuen Gaskraftwerke gebaut werden. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB
M38_038	Die Sektoren Wärme, Strom, Verkehr müssen unter dem Sektor Energie als eins betrachtet werden. Bis 2035 muss eine 100 % erneuerbare Energieversorgung in diesem Sektor erreicht werden. <b>(Duplikate: 7)</b>	n. a.	OB